

Bezirkskonferenz
17. & 18. Juni 2023
Hustedt



Antragsbuch

„Gerechtigkeit kann nicht erreicht werden, solange die Ungerechtigkeit woanders fortbesteht.“

- Martin Luther King Jr.

Antragsbuch zur Bezirkskonferenz 2023

Herausgeber*innen:

Jusos Bezirk Hannover

Odeonstraße 15/16

30159 Hannover

Für den Inhalt eines Antrags sind die jeweiligen Antragsteller*innen verantwortlich.

Vorgeschlagene Tagesordnung:

TOP 1. Begrüßung

TOP 2. Wahl eines Präsidiums

TOP 3. Beschluss über die Geschäftsordnung

TOP 4. Beschluss über die Tagesordnung

TOP 5. Wahl einer Mandatsprüfungs- und Zählkommission

TOP 6. Bericht der Mandatsprüfungskommission

TOP 7. Grußworte

TOP 8. Rechenschaftsbericht des Bezirksvorstandes

TOP 9. Entlastung des Bezirksvorstandes

TOP 10. Beratung von Änderungsanträgen an die Satzung

TOP 11. Diskussion und Beschluss eines Arbeitsprogramms

TOP 12. Beschluss über ein Vorsitzmodell

TOP 13. Wahl einer oder eines Bezirksvorsitzenden

TOP 14. Festlegung der Anzahl der stellvertretenden Vorsitzenden

TOP 15. Wahl der stellvertretenden Bezirksvorsitzenden

TOP 16. Wahlen der Delegierten zum Bundeskongress

TOP 17. Wahlen der Vertreter*innen im Bundesausschuss

TOP 18. Nominierungen

TOP 19. Antragsberatung

TOP 20. Schlusswort

Vorgeschlagene Geschäftsordnung

§ 1 Die Bezirkskonferenz ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gemeldeten Delegierten anwesend ist. Wird die Beschlussunfähigkeit festgestellt, wird die Konferenz unterbrochen oder alle nicht behandelten Anträge in den Bezirksbeirat verwiesen. Über die Dauer der Unterbrechung oder die Überweisung entscheidet das Plenum.

§ 2 Rede- und Antragsrecht haben alle anwesenden Mitglieder gem. § 2 Abs. 1 und 2 der Satzung sowie die vom Bezirksvorstand geladenen Gäste. Stimmberechtigt sind die gewählten Delegierten.

§ 3 Bei Abstimmungen und Nominierungen wird mit einfacher Mehrheit entschieden. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung.

§ 4 Wortmeldungen werden grundsätzlich schriftlich beim Präsidium eingereicht. Es wird eine Redeliste geführt, aus der abwechselnd einer Frau* und einem Mann das Wort erteilt wird. Stehen keine Frauen mehr auf der Redeliste, erhalten noch maximal drei Männer aufeinanderfolgend das Wort, danach wird die Redeliste geschlossen. Die Redeliste kann einmalig, mit einer Mehrheit von mehr als der Hälfte der Stimmberechtigten, für drei weitere Redner geöffnet werden.

§ 5 Das Wort zur Geschäftsordnung wird außerhalb der Reihenfolge der übrigen Wortmeldungen erteilt. Über Anträge zur Geschäftsordnung (GO-Anträge) wird abgestimmt, nachdem eine Wortmeldung für und eine Wortmeldung gegen den Antrag erhoben wurde. GO-Anträge ohne Gegenrede sind angenommen. Anträge auf Schluss der Debatte oder der Redeliste können nur von Delegierten gestellt werden, die noch nicht zur Sache gesprochen haben.

§ 6 Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt fünf Minuten. Zur gleichen Sache erhält die gleiche Person höchstens zweimal das Wort. Durch GO-Antrag kann die Redezeit für einen Antrag, Antragsbereich oder Tagesordnungspunkt auf einen kürzeren Zeitraum festgesetzt werden.

§ 7 Persönliche Erklärungen sind stets zulässig. Sie sind nur am Schluss einer Debatte oder nach einer Abstimmung möglich.

§ 8 Die Wahlen erfolgen nach der Wahlordnung der SPD.

§ 9 Anträge, die nicht innerhalb der ordentlichen Antragsfrist gestellt wurden (Initiativanträge), können während der Konferenz bis zu einer Stunde nach dem offiziellen Beginn der Konferenz gestellt werden. Sie werden behandelt, wenn sie beim Präsidium in einer zur Vervielfältigung geeigneten Form (grds. elektronisch) vorgelegt werden.

§ 10 Personalvorschläge für die Wahlen zum Bezirksvorstand und für die Nominierung zum SPD-Bezirksvorstand sind bis zu einer Stunde nach dem Beginn der Konferenz am Samstag möglich. Personalvorschläge für die Wahlen der Delegierten zum Bundeskongress sind bis zu dreißig Minuten nach der Fortsetzung der Konferenz am zweiten Tage zulässig. Personalvorschläge zum Bundesausschuss werden vom Bezirksvorstand nach dessen Wahl und Konstituierung gestellt und sind zulässig. Personalvorschläge sind dem Präsidium schriftlich vorzulegen.

Personalvorschläge

Kandidaturen für den Vorsitz der Jusos Bezirk Hannover

Name	Vorname	Nominiert von
Albers	Marco Darius	UB Diepholz, UB Hildesheim, UB Northeim-Einbeck, UB Nienburg, UB Region Hannover, UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Kandidaturen für den stellvertretenden Vorsitz der Jusos Bezirk Hannover

Name	Vorname	Nominiert von
Block	Emily	UB Nienburg
Glaubitz	Tim	UB Hildesheim
Herschmann	Noel	UB Schaumburg
Hoffmann	Bo	UB Hameln-Pyrmont
Jaernecke	Yuma Elisa	UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg
Jarmuth	Lisa	UB Diepholz
Lang	Tobias	UB Region Hannover
Meyer	Lara	UB Diepholz
Schoor	Leon	UB Göttingen
Seidel	Pascal	UB Diepholz
Thieme	Luca Tom	UB Lüneburg
Weers	Stefanie	UB Region Hannover
Weifenbach	Marlon	UB Northeim-Einbeck

Personalvorschläge für die Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Juso-Bundeskongress

Die Personalvorschläge für die Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Juso-Bundeskongress werden als Tischvorlage zur Bezirkskonferenz vorgelegt.

Inhaltsverzeichnis

AP - Arbeitsprogramm

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
AP01	"Gerechtigkeit kann nicht erreicht werden, solange die Ungerechtigkeit woanders fortbesteht." Arbeitsprogramm des Juso-Bezirksvorstands 2023/24 Bezirksvorstand	13

A - Arbeit und Soziales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
A01	Befristete Mitglieder von Betriebsräten schützen Jusos Schaumburg	25
A02	Gründung eines Konzernbetriebsrats (KBR) erleichtern Jusos Schaumburg	26

B - Bildung

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
B01	Für ein Wissenschaftssystem, dass sich den komplexen Gesellschaftsproblemen stellen kann. Für Universitäten, die für alle da sind. Für Zeit zum Lernen, Lehren und Forschen. Bezirksvorstand	27
B02	Kostenpflichtige Tests bei Universitäts- und Ausbildungsbewerbungen abschaffen – Freie Wahl von Ausbildung stärken! Jusos Lüneburg	34
B03	Religionsunterricht säkularisieren Jusos Göttingen	35
B04	Kindergartenplätze für alle Jusos Göttingen	36

D - Digitales und Medien

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
D01	Datenschutz 2.0 bei Amazon & Co. Jusos Hildesheim	37
D02	Kinderschutz im Netz! Jusos Lüneburg	38

E - Europa, Internationales und Intergalaktisches

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
E01	Reißt die Festung ein! Europa muss ein sicherer Hafen werden. Bezirksvorstand	39
E02	Rechtsstaatlichkeit in der EU – Ein Muss Bezirksvorstand	43
E03	Keine Zustimmung zum EU-Grenzverfahren Jusos Göttingen	47
E04	Verhandelt endlich über Menschlichkeit! Für eine humane Flucht und Migrationspolitik Jusos Göttingen	49
E05	Gründung einer europäischen Versammlung für die Demokratisierung Europas. Jusos Göttingen	51
E06	Auslandseinsätze der Bundeswehr neu denken Jusos Celle	53
E07	„Colonia Dignidad“ – Das Hilfskonzept konsequent umsetzen! Jusos Region Hannover	55
E08	Jamas Sera Vencido – Chiles antikapitalistischen Kampf konsequent unterstützen! Jusos Region Hannover	57
E09	Weg mit der Artsakh-Blockade! Jusos Schaumburg	65

F - Feminismus, Gleichstellung und Gender

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
F01	Offenlegung von Gehältern Jusos Göttingen	67
F02	Gestaffelter Mutterschutz – die harte Grenze überwinden! Jusos Region Hannover	68

G - Gesundheit und Körperpolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
G01	Raus aus der Dunstwolke Bezirksvorstand	70
G02	Patente für Medizinprodukte freigeben Jusos Göttingen	74
G03	Angemessene Versorgung für genitalverstümmelte FINTA*! Jusos Schaumburg	75
G04	Stop Body Shaming: Gewichtsdiskriminierung ins AGG jetzt! Jusos Region Hannover	76
G05	"Sinnvoll, machbar und realisierbar" – Vollakademisierung der Logopädie jetzt! Jusos Region Hannover	78
G06	Vermehrte Kassensitzvergabe bei Psychotherapeut*Innen Jusos Hildesheim	81
G07	Arzneimittelversorgung zukunftssicher gestalten! Jusos Region Hannover	82

I - Inneres und Antifaschismus

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
I01	Kein Gott im Staat. Unser jungsozialistischer Blick auf das Verhältnis von Staat und Kirche. Bezirksvorstand	84
I02	Umfassende Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen – Misstrauen vorbeugen, Vertrauen stärken! Jusos Uelzen/Lüchow-Dannenberg	90
I03	Schaffung eines grundsätzlichen Abschiebehindernisses Jusos Celle	92
I04	Importverbot für sauerländische Flugzwerge Jusos Celle	93
I05	Kostenlose Dokumente Jusos Hildesheim	94
I06	Keine Staatenlosigkeit Jusos Hildesheim	95

S - Sonstiges

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
S01	Nachholung von Feiertagen Jusos Celle	97
S02	Faire Politik mit fairen Fakten Jusos Hildesheim	98
S03	Dönerpreisbremse Jusos Hildesheim	100
S04	Kinder brauchen Schutz! - Für eine Stärkung des Kinderschutzes in unserer Gesellschaft Bezirksvorstand	101

V - Verkehr

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
V01	Perspektivisches Verbot von Inlandsflügen in Deutschland Jusos Region Hannover	120

W - Wirtschaft und Finanzen

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
W01	Ernährung neu denken! Bezirksvorstand	121
W02	Begrenzung von Nebentätigkeiten von Abgeordneten Jusos Region Hannover	128

U - Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
U01	Privates Feuerwerk? Nein Danke! Jusos Göttingen	106
U02	Solidarität mit den Tafeln bundesweit Jusos Göttingen	107
U03	Muss Wald wirtschaftlich sein? Jusos Göttingen	108
U04	Einweg-Vapes verbieten Jusos Celle	110
U05	Nutzung von Schneekanonen verbieten Jusos Celle	111
U06	Flüge mit Privatjets bekämpfen Jusos Celle	112
U07	Import von Problemfrüchten reduzieren Jusos Hildesheim	113
U08	Fleischloser Tag in staatlichen Küchen Jusos Hildesheim	115
U09	Klimaneutral & simpel europäisches Buchungssystem für Bahnreisen Jusos Nienburg	116
U10	Erleuchtung der Nicht-Beleuchtung! Jusos Nienburg	118
U11	Mittelstand und Arbeiter*innen entlasten!!! Jusos Nienburg	119

Antrag AP01: "Gerechtigkeit kann nicht erreicht werden, solange die Ungerechtigkeit woanders fortbesteht." Arbeitsprogramm des Juso-Bezirksvorstands 2023/24

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Sachgebiet:	AP - Arbeitsprogramm

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

1 Vorwort

2 Wir sind die Generation der Krisen. Viele von uns haben als Kinder und Jugendliche
3 die weltweite Finanzkrise erlebt, in der Banken gerettet und ganze Staaten in die
4 Armut gestürzt wurden. In den letzten Jahren erlebten wir erst die Corona-Pandemie,
5 dann, kaum schien ein wenig Normalität eingeleitet zu sein, sahen wir, wie Russland
6 die Ukraine mit einem brutalen Angriffskrieg überfiel. Daraus folgten eine
7 Energiekrise und eine Krise der Währungsstabilität in Form von massiver Inflation.
8 Während Unternehmen wie die Deutsche Bahn üppige Boni auszahlen, müssen die
9 Arbeitnehmer*innen mit massiven Reallohnverlusten kämpfen. Lohnforderungen, die schon
10 als „zu hoch“ gelten, gleichen nicht einmal die Inflation aus. Schon lässt sich an
11 vielen Stellen das Narrativ finden, Europa werde jetzt ärmer und wir müssten eben
12 alle den Gürtel enger schnallen. Dieses Narrativ geht komplett an der Realität
13 vorbei. Die Wahrheit ist: Viele werden ärmer und wenige werden viel reicher. Zur
14 gleichen Zeit sitzt ein FDP-Finanzminister auf der Staatskasse, sperrt sich gegen
15 Steuererhöhungen und blockiert Investitionen in unsere Zukunft. Unsere Generation
16 wird es sein, die die Kosten dieses Sparkurses zu tragen haben wird.

17

18 Deshalb werden wir Jusos gebraucht: Als Sozialist*innen kämpfen wir gegen die
19 Ungleichheit, die der Kapitalismus produziert und die sich in der Krise noch weiter
20 vergrößert. Wir stehen dabei an der Seite der Gewerkschaften, unterstützen ihre
21 Arbeitskämpfe und tragen die Interessen der Arbeiter*innen in die SPD. Als
22 Feminist*innen erkennen wir, dass Krisen im Patriarchat in einem besonderen Maße
23 FINTA*-Personen treffen, zum Beispiel durch eine ohnehin schon höhere
24 Armutsgefährdung im Erwerbsleben und eine ebenso ungleich verteilte Care-Arbeit. Als
25 Internationalist*innen beschränkt sich unsere Analyse nicht auf nationale Grenzen.
26 Wir kämpfen für ein Europa der gleichwertigen Lebensbedingungen und für ein Ende der
27 Ausbeutung in globalen Lieferketten. Wir sehen, wie eng unsere Verbandssäulen
28 miteinander verbunden sind: Im Iran kämpft eine feministische Revolution gegen das
29 Mullah-Patriarchat und gleichzeitig gegen das wirtschaftliche Elend, unter dem die
30 Mehrheit der Bevölkerung leidet. Dafür suchen sie weltweit nach Unterstützung. Dieser
31 Ruf nach Freiheit und Gleichheit muss von uns gehört und beantwortet werden.

32

33 Wir Jusos sind der Jugendverband der stärksten Partei im Deutschen Bundestag und
34 zugleich ihr linker Richtungsverband. Damit kommt uns eine besondere Verantwortung
35 zu. Durch die SPD-geführte Bundesregierung können wir tatsächlich politisch

36 gestalten. Das hängt auch an unserer Arbeit im Bezirk Hannover. Es ist unsere
37 Verantwortung, die Positionen junger, linker Menschen in die Partei zu tragen, für
38 linke Mehrheiten zu kämpfen, Kompromisse auszuloten und Debatten zu führen, wo es
39 notwendig ist. Wir Jusos werden gebraucht.

40

41 **Europawahl 2024**

42 2024 wird das Europäische Parlament gewählt. Wir Jusos bekennen uns klar zur
43 europäischen Integration und kämpfen weiterhin für die Vereinigten Staaten von Europa
44 als einen wichtigen Schritt, die Nationalstaaten zu überwinden. Gleichzeitig sehen
45 wir, dass die EU ihren eigenen Ansprüchen und Werten an vielen Stellen noch nicht
46 gerecht wird. Wir kämpfen für ein soziales, demokratisches und vielfältiges Europa.
47 Wir kämpfen für ein Europa, dem gemeinsam die sozialökologische Transformation
48 gelingt. Wir kämpfen für ein Europa, das demokratische Bestrebungen auch außerhalb
49 der eigenen Grenzen unterstützt und Autokratien mit klarer Haltung begegnet. Wir
50 kämpfen für ein Europa, das Schutzsuchenden Schutz bietet, ungeachtet beispielsweise
51 ihrer Religion oder Herkunft. Mit unseren Forderungen für eine bessere EU werden wir
52 in den Wahlkampf ziehen. Unser Jugendwahlkampf wird besonders wichtig sein, weil zum
53 ersten Mal bereits ab 16 Jahren gewählt werden darf. Dabei ist es uns wichtig, den
54 Wahlkampf in die Fläche des Bezirks zu tragen. Dafür werden wir wieder eine Bustour
55 anstreben. Wir sind entschlossen, uns für ein besseres Europa und eine gerechtere
56 Welt einzusetzen und werden im Jugendwahlkampf 2024 mit klaren Forderungen und einer
57 starken Präsenz vor Ort auftreten.

58

59 **Bildungsarbeit**

60 Im kommenden Vorstandsjahr wird unsere Bildungsarbeit weiterhin ein wichtiger
61 Bestandteil unserer Arbeit sein. Einen Großteil unserer regelmäßigen
62 Bildungsveranstaltungen wollen wir nach wie vor in Präsenz durchführen, da nicht nur
63 die inhaltliche Arbeit in Präsenz häufig effektiver ist, sondern auch eine deutlich
64 bessere Möglichkeit zur Vernetzung besteht. Bei dem Format wollen wir auf die
65 bewährten 2-tägigen Denkfabriken zu unseren Verbandssäulen setzen. Zusätzlich wollen
66 wir die beliebten eintägigen Thinktanks zu ausgewählten Themen fortführen, um auch
67 vertiefende Inhalte und Positionen zu erarbeiten. Unser Bildungsangebot soll flexibel
68 durch digitale Veranstaltungen zu aktuellen Themen ergänzt werden, damit allen
69 Mitgliedern aus den 13 Unterbezirken eine einfache Teilnahme an kompakten
70 Bildungsveranstaltungen ermöglicht wird. In der Gestaltung der
71 Bildungsveranstaltungen und Workshops wollen wir durch gezielte Einladung von
72 Expert*innen zu den jeweiligen Themen für ein inhaltliche hohes Niveau sorgen, damit
73 die Teilnehmer*innen ein gutes Fundament für die politische Arbeit in den
74 Unterbezirken mitnehmen können und unseren Verband insgesamt stärken. Darüber hinaus
75 wollen wir den Teilnehmer*innen viel Platz für den persönlichen Austausch und die
76 Vernetzung geben. Weiterhin fester Bestandteil ist das Angebot der „BeVos auf Abruf“,
77 bei dem sich die einzelnen Unterbezirke nach individuellem Bedarf an die thematisch
78 verantwortlichen Mitglieder des Bezirksvorstandes wenden, um inhaltliche Fragen zu

79 diskutieren oder auch ein digitales oder Präsenz-Seminar zu vereinbaren.

80

81 **Über die Denkfabriken hinaus**

82 Der Drang nach persönlichem Austausch und Kennenlernen im Verband hat nach der
83 Corona-Pandemie zugenommen und in vielen Unterbezirken treten neue Mitglieder ein und
84 nehmen an ihren ersten Bildungsveranstaltungen teil. Unsere Mitglieder treten wegen
85 ihrer politischen Überzeugungen ein, aber sie bleiben aktiv, weil sie sich bei uns im
86 Verband wohlfühlen, Spaß haben und vielleicht sogar Freund*innenschaften schließen.
87 Auch im nächsten Jahr wollen wir deshalb neben unseren Bildungsveranstaltungen
88 weitere Möglichkeiten zur Vernetzung unserer Mitglieder anbieten. Ein mögliches
89 Format dafür kann z.B. ein jungsozialistisches Frühlingsfest zum gemeinsamen Auftakt
90 des Europa-Wahlkampfes sein. Nachdem im vergangenen Vorstandsjahr weitere
91 Veranstaltungen abseits unserer Denkfabriken, wie eine Gedenkstättenfahrt oder ein
92 Synagogenbesuch, durchgeführt wurden, wollen wir solche Ortsbegehungen sowie Fahrten
93 und Exkursionen grundsätzlich in unsere Arbeit aufnehmen. Zur besseren Übersicht,
94 Planungssicherheit und für eine hohe Transparenz wollen wir wieder einen Kalender mit
95 den geplanten Veranstaltungen und weiteren Terminen den Unterbezirken zur Verfügung
96 stellen. Ebenso werden wir erneut eine Unterbezirksvorsitzendenkonferenz (UBVK)
97 organisieren, um hier den Austausch unter den Unterbezirken zu fördern, für Themen zu
98 sensibilisieren und neue Herangehensweisen in der Verbandsarbeit publik zu machen.

99

100 Die Vernetzung zwischen Angehörigen marginalisierter oder minoritärer Gruppen
101 herzustellen und ihnen geschützte Räume zu eröffnen, ist ein wirkungsvoller Ansatz
102 zur Bekämpfung struktureller Diskriminierung und Benachteiligung. Diesen Ansatz haben
103 bereits die ehemaligen Bezirksvorstände in ihrer Arbeit verfolgt, um insbesondere
104 FINTA*-Personen zu stärken. So waren die Durchführung von FINTA*-Vernetzungen, die
105 Awareness-Teams und die Genderplena wichtige Bestandteile unserer
106 Bildungsveranstaltungen. An diese Arbeit möchte auch der zukünftige Vorstand
107 anschließen. Die FINTA*-Vernetzungen als geschützter Raum für FINTA*-Empowerment
108 sollen weitergeführt und weiterentwickelt werden, während zugleich die Bestrebungen
109 des Landesverbands unterstützt werden, zusammen mit den niedersächsischen Bezirken
110 BIPOC-Vernetzungsmöglichkeiten zu schaffen.

111

112 **Unsere Themen**

113 **Kampf dem Patriarchat - Gleichstellung jetzt!**

114 Der Feminismus ist eine unserer vier Verbandssäulen, auf denen sich unsere gesamte
115 politische und organisatorische Arbeit im Verband stützt. Immer wieder merken wir,
116 wie wichtig der feministische Kampf gegen das Patriarchat für eine freie,
117 selbstbestimmte und gerechte Gesellschaft ist. Machtdynamiken müssen in unserem
118 Verband und in der gesamten Gesellschaft sichtbar gemacht, kritisch hinterfragt und
119 bekämpft werden. Dafür spielt die Bildungsarbeit innerhalb unseres Verbandes eine
120 wichtige Rolle. Denn nur so können wir unsere Mitglieder weiterhin für das Thema

121 sensibilisieren und auf Missstände in der Gesellschaft aufmerksam machen. Besonders
122 der Blick durch eine intersektionale Brille ist dabei von hoher Wichtigkeit. Eine
123 feministische, intersektionale sowie queere Perspektive muss für uns bei allen Themen
124 mitgedacht werden, da sich das Patriarchat in allen politischen und
125 gesellschaftlichen Bereichen manifestiert und wir nur so einen
126 gesamtgesellschaftlichen Wandel vollziehen können.

127

128 Besonders im Kampf gegen das Patriarchat ist das Reflektieren von Privilegien immer
129 wieder ein wichtiger Bestandteil. Besonders unsere männlichen Genossen müssen auf
130 ihre Privilegien hingewiesen werden, diese reflektieren und für eine
131 gemeinschaftliche profeministische Praxis motiviert werden. Dadurch soll das
132 Bewusstsein für Machtstrukturen und diskriminierendes Verhalten geschärft werden und
133 zu einer Veränderung der Situation beitragen. Kritische Männlichkeit ist somit
134 essenziell für einen jungsozialistischen sowie feministischen Werkzeugkasten und ist
135 notwendig zur Überwindung des Patriarchats.

136

137 Unser Feminismus ist materialistisch, queer und intersektional. Wir wollen damit auf
138 die ökonomische Benachteiligung als Problem des Kapitalismus, welcher auf der Care-
139 Arbeit von Frauen und der Produktionsarbeit von Männern beruht, aufmerksam machen und
140 setzen uns für eine faire und gleiche Bezahlung aller Geschlechter ein. Ebenso
141 spielen bei uns im Verband queere Themen eine herausragende Bedeutung. Daher denken
142 wir in allen Bereichen unserer Arbeit queere Perspektiven mit. Nicht nur wollen wir
143 queeren Themen Sichtbarkeit verschaffen, sondern auch an queeren Veranstaltungen wie
144 dem CSD teilnehmen. Zudem ist es uns wichtig, unseren Feminismus immer intersektional
145 zu denken, um verschiedene Erscheinungsformen von Diskriminierung zu erkennen und zu
146 bekämpfen. Diese Erscheinungsformen entstehen aus gleichzeitig auftretenden und
147 aufeinander einwirkenden Diskriminierungsformen wie z.B. Rassismus und Sexismus.

148

149 Für uns ist Feminismus nicht nur eine Phrase. Wir kämpfen jeden Tag für eine
150 feministische und gerechtere Welt.

151

152 **Hoch die internationale Solidarität!**

153 Als Jusos verlieren wir uns nicht in Denkmustern von nationalen Grenzen. Wir sind ein
154 internationalistischer Verband. Insbesondere im Bezirk Hannover haben wir eine starke
155 internationalistische Ausrichtung, die wir auch im kommenden Jahr fortführen wollen.

156

157 Wir setzen uns für eine internationalistische und solidarische Politik ein, die sich
158 an den Bedürfnissen und Interessen der Menschen weltweit orientiert. In diesem
159 Zusammenhang ist es uns besonders wichtig, uns mit den Themen Migration und Asyl
160 auseinanderzusetzen und uns für eine humanitäre und faire Flüchtlingspolitik
161 einzusetzen. Wir treten dafür ein, dass Menschen unabhängig von ihrer Herkunft ein
162 gleichberechtigtes Leben führen können. Eine feministische Perspektive ist uns bei
163 der Betrachtung der Flüchtlingspolitik besonders wichtig. Die Erkenntnis, dass

164 Frauen, die aus Kriegsgebieten fliehen, besonders gefährdet sind und einen besonderen
165 Schutz benötigen, erfordert eine verstärkte Berücksichtigung von
166 geschlechtsspezifischen Bedarfen in der Flüchtlingspolitik. Einer Abschiebeoffensive
167 der Bundesregierung stellen wir uns entgegen. Des Weiteren ist der Aspekt der
168 Arbeitsmigration zu betrachten, bei der die Interessen der Menschen, die zu uns
169 kommen, gerecht beachtet werden müssen. Es müssen faire Arbeitsbedingungen und eine
170 angemessene Bezahlung gewährleistet werden, um Ausbeutung und Lohndumping zu
171 vermeiden.

172

173 Die aktuelle Zeitenwende erfordert besondere Aufmerksamkeit und globale
174 Zusammenarbeit. Wir wollen uns aktiv für internationale Lösungen in diesen Bereichen
175 einsetzen. Putins Angriffskrieg auf die Ukraine verurteilen wir nach wie vor scharf
176 und betrachten die aktuellen Entwicklungen mit Sorge. Wir gehen davon aus, dass uns
177 der Krieg in der Ukraine in der internationalen Politik auch 2023 weiter prägen wird.
178 Dabei bleibt unsere Solidarität mit der Ukraine ungebrochen.

179

180 Auch die Entwicklungen und die Beziehungen zu China betrachten wir kritisch. China
181 ist eine sogenannte globale Macht, die immer selbstbewusster und aggressiver nach
182 außen auftritt, z.B. gegenüber Taiwan, und im Inland repressiv mit dokumentierten
183 Menschenrechtsverletzungen vorgeht. Solche Entwicklungen verurteilen wir und fordern
184 eine gemeinsame europäische Chinapolitik, die klar in der Positionierung ist und
185 wirtschaftliche Abhängigkeiten von China minimiert.

186

187 Zudem dürfen wir auch weitere Entwicklungen und Geschehnisse, die die internationale
188 Politik beeinflussen sowie menschenrechtlich relevant sind, nicht vergessen und
189 müssen diese in unsere internationalistische Arbeit mitnehmen. Beispielsweise den
190 Indo-Pazifik-Raum, den Sudan sowie die Situation im Iran und Afghanistan, aber auch
191 unsere Beziehungen zu weiteren BRICS-Staaten wollen wir nicht aus dem Blick
192 verlieren. Wir wollen uns für eine weltweite, friedliche und demokratische Zukunft
193 und für internationale Solidarität und Zusammenarbeit einsetzen.

194

195 Eine feministische Außenpolitik muss das Ziel haben, die Gleichstellung der
196 Geschlechter weltweit zu fördern und Frauenrechte zu stärken. Wir setzen uns dafür
197 ein, dass FINTA*-Personen auch in der internationalen Politik eine gleichberechtigte
198 Rolle spielen. Dazu muss die Repräsentanz von Frauen in Entscheidungsprozessen auf
199 allen Ebenen gestärkt und der Zugang zu hierfür notwendigen Ressourcen sichergestellt
200 werden.

201

202 Die transatlantischen Beziehungen sind für uns von vielseitiger europäischer und
203 deutscher Bedeutung, aber keine Selbstverständlichkeit. Die anstehenden Wahlen in den
204 USA könnten die - unter Präsident Biden zuletzt verbesserten - Beziehungen auf eine
205 neue Probe stellen. Wir wollen etwaige Entwicklungen kritisch begleiten, denn die
206 Zusammenarbeit mit den USA und anderen Staaten muss auf Augenhöhe erfolgen und auf
207 gemeinsamen Werten wie Demokratie, Freiheit und Solidarität basieren.

208

209 In Bezug auf die genannten Aspekte zum Thema Internationalismus ist es
210 offensichtlich, dass wir Jusos im Bezirk Hannover eine breite Palette von
211 Themenfeldern abdecken können. Dies kann dabei in verschiedenen Formen stattfinden,
212 wie zum Beispiel durch politische Bildungsarbeit, Veranstaltungen und Kampagnen,
213 Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Partner*innen, sowie durch die aktive
214 Teilnahme als Verband an politischen Debatten und Prozessen. Internationale Politik
215 wird für uns immer eine Rolle spielen, wobei wir uns auch im kommenden Vorstandsjahr
216 wieder für eine gerechte, solidarische und feministische Welt einsetzen werden.
217 Unsere internationale Solidarität kennt keine Grenzen!

218

219 **Kein Fußbreit dem Faschismus - gegen rechte Gewalt und Hetze!**

220 Der Antifaschismus ist Teil unseres Selbstverständnisses als linker Richtungsverband.
221 Unseren Kampf gegen rechte Ideologien, faschistische Bestrebungen und jede Form von
222 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit werden wir entschlossen fortsetzen. Hierbei
223 werden wir an unsere Bildungsarbeit anknüpfen und in Form von Seminaren, Workshops
224 oder Publikationen vielfältige Möglichkeiten zur Auseinandersetzung bieten. Um
225 unseren antifaschistischen Kampf breit zu führen, werden wir uns außerdem mit unseren
226 Bündnispartner*innen vernetzen und in stetem Austausch über aktuelle Entwicklungen
227 bleiben.

228

229 Wir werden über die Bedrohungslage durch demokratie- und menschenfeindliche
230 Ideologien aufklären und uns konsequent dagegen einsetzen. Dabei ist für uns klar:
231 die größte Gefahr für die Demokratie und unsere Zivilgesellschaft kommt von rechts!
232 Die Zahl bewaffneter und gewaltbereiter Reichsbürger*innen ist auf einem Rekordhoch,
233 die Anzahl antisemitischer Gewalttaten steigt jährlich und im deutschen
234 Sicherheitsapparat werden immer wieder rechte bzw. rechtsextreme Netzwerke
235 offengelegt. Das alles ist kein Zufall – wir haben ein strukturelles Problem mit
236 Rechtsextremismus, das wir mit aller Konsequenz bekämpfen müssen. Auch deshalb werden
237 wir die Umsetzung des „Aktionsplan[s] gegen Rechtsextremismus“ des SPD-geführten
238 Innenministeriums weiter kritisch überprüfen.

239

240 Seit Beginn der Corona-Pandemie haben rechte Verschwörungsideolog*innen vielfach den
241 Holocaust gelehrt und antisemitische Narrative verbreitet. Wir kämpfen gegen jeden
242 Antisemitismus in unserer Gesellschaft. Allzu oft dient Israel als Projektionsfläche
243 für Antisemitismus. Unsere Solidarität mit dem Staat Israel, dem Schutzraum für
244 jüdisches Leben auf der Welt, ist bedingungslos und das Existenzrecht Israels ist für
245 uns unverhandelbar!

246

247 Wir sind uns außerdem bewusst, dass nicht alle Menschen gleichermaßen von rechter
248 Gewalt bedroht sind. Für viele BIPOC ist die Bedrohungssituation von rechts
249 allgegenwärtig. Auch für Menschen im ländlichen Raum ist es deutlich schwieriger, in
250 antifaschistischen Strukturen aktiv zu werden oder dort Schutz zu finden. Unsere
251 Solidarität gilt daher allen Menschen, die sich den Rechtsextremist*innen

252 entgegenstellen oder ihrer Gewalt ausgesetzt sind. Ihr seid nicht allein – kein
253 Fußbreit dem Faschismus!

254

255 **Jeden Tag gegen Rassismus - Antirassismus leben!**

256 Wir Jusos setzen uns für eine vielfältige Gesellschaft ein und haben eine
257 antirassistische Grundhaltung. Wir sind uns darüber im Klaren, dass es rassistische
258 Strukturen gibt, die das Leben für BIPOC in unserer Gesellschaft immens erschweren.
259 Nicht zuletzt die rassistische Silvesterdebatte hat verdeutlicht, wie BIPOC zur
260 Zielscheibe von rechten Kampagnen werden und wie tief der Rassismus in Deutschland
261 verwurzelt ist. Auch in unserem Verband sind BIPOC nach wie vor unterrepräsentiert.
262 Um den Antirassismus zu stärken und unseren mehrheitlich weißen Verband zu
263 sensibilisieren, werden wir uns daher als Form der Selbstreflexion mit Critical
264 Whiteness beschäftigen. Als Teil des Empowerments werden wir das Konzept der BIPOC-
265 Vernetzung weiter aktiv unterstützen und in Zusammenarbeit mit den Jusos
266 Niedersachsen weiter fördern. Für uns Jusos spielt Intersektionalität eine große
267 Rolle. Deshalb ist es uns in unserer antirassistischen Arbeit wichtig,
268 Unterdrückungsmechanismen nie singular zu betrachten, sondern stets die
269 Überschneidung und Gleichzeitigkeit verschiedener Diskriminierungsformen in den Blick
270 zu nehmen.

271

272 **Mehr Inklusion wagen**

273 Für uns ist klar, dass die Perspektive von Menschen mit Behinderungen bei allen
274 Themen mitgedacht werden muss, da wir nur so zu einer Gesellschaft kommen können, in
275 der Inklusion wirklich gesamtgesellschaftlich gelebt wird. Die UN-
276 Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) wurde 2009 ratifiziert und wir hängen
277 gesamtgesellschaftlich noch immer hinter den Anforderungen der UN-BRK hinterher.

278

279 Um uns als Verband stärker mit diesen vielfältigen und wichtigen Perspektiven
280 auseinanderzusetzen, wollen wir mit Betroffenen an Strategien zu einer inklusiven
281 Welt arbeiten. Inklusion ist mehr als Integration. Inklusion bedeutet, dass wir
282 Barrieren überwinden und ein gesellschaftliches Miteinander schaffen, indem alle
283 Menschen sich frei entfalten können. Die UN-BRK forderte keine zusätzlichen
284 Menschenrechte für Menschen mit Behinderungen, sondern dass Menschenrechte
285 vollumfänglich auch für Menschen mit Behinderungen gelten und sie nicht weiter
286 exkludiert werden. Deswegen muss Inklusion gesamtgesellschaftlich gedacht und nicht
287 nur auf Menschen mit Behinderungen reduziert werden.

288

289 Noch immer gibt es viele Barrieren in unserer Welt und gerade Menschen mit
290 Behinderungen werden am gesellschaftlichen Leben stark eingeschränkt. Beispielsweise
291 arbeiten viele Menschen mit Behinderungen in Werkstätten, die nicht einmal den
292 Mindestlohn an ihre Beschäftigten zahlen. Gerade angesichts steigender Kosten und
293 weiterer Diskussionen über mögliche Erhöhungen des Mindestlohns, bleibt unsere
294 kurzfristige Forderung nach fairen Löhnen in inklusiven Werkstätten und Einrichtungen

295 aktueller denn je.

296 Neben inhaltlichen Positionen wollen wir ebenfalls nachhaltig eigene ableistische
297 Verhaltensweisen und -strukturen reflektieren und abbauen, um unseren Verband auch
298 für Genoss*innen mit unterschiedlichsten Formen von Behinderungen zu einem Safer
299 Space werden zu lassen und unsere Veranstaltungen noch inklusiver zu gestalten.

300

301 **Solidarität statt Ausbeutung - für einen demokratischen** 302 **Sozialismus**

303 Nach über einem Jahr Rekordinflation und stagnierenden bis sinkenden Reallöhnen,
304 erleben wir gerade, was es bedeutet, für gute Löhne und gute Arbeit zu kämpfen. Der
305 Arbeitskampf von vielen Beschäftigten ist zurzeit in aller Munde. Solidarisch mit den
306 Gewerkschaften und ihren Forderungen zu sein, ist Teil unserer jungsozialistischen
307 DNA, weshalb wir auch im nächsten Vorstandsjahr mit den Gewerkschaften und ihren
308 Themen, wie zum Beispiel die Arbeitszeitreduktion bei vollem Lohnausgleich, im
309 Austausch bleiben werden.

310

311 Im Kampf um gute Löhne müssen wir auch die Systemfrage stellen. In unserer
312 kapitalistischen Produktionsweise ist ein gutes Leben mit guten Löhnen und guten
313 Arbeitsbedingungen für alle nicht möglich. Dahingehend werden wir uns auch im
314 nächsten Vorstandsjahr mit Alternativen zur kapitalistischen Produktionsweise
315 beschäftigen.

316

317 Zum Kapitalismus gehört auch die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen,
318 unter dem großen Stichwort „Soziale Gerechtigkeit“. Zum Beispiel besitzt das oberste
319 Prozent der Bevölkerung ein Drittel des Vermögens und die untere Hälfte so gut wie
320 gar nichts. Intensiv wollen wir uns im Bezirk damit auseinandersetzen, wie man damit
321 umgeht und welche Lösungen es gegen diese Ungerechtigkeiten gibt.

322

323 Investitionen sind keine „Schulden für die nächste Generation“, sondern wichtige
324 Zukunftsinvestitionen, wodurch die nachfolgenden Generationen erst dazu befähigt
325 werden, auf etwas zu folgen. Gewaltige Investitionsstaus sind in vielen Bereichen
326 sichtbar und für uns bleibt klar, dass die sogenannte “Schuldenbremse” weg muss! Sie
327 ist nichts anderes als eine Investitionsbremse!

328

329 Als Jungsozialist*innen verstehen wir uns als politischer Arm der
330 Arbeiter*innenbewegung, insbesondere für die Auszubildenden. Deshalb werden wir uns
331 im kommenden Vorstandsjahr intensiv mit den Thematiken rund um den Bereich der
332 Ausbildung beschäftigen. Wir fordern beispielsweise eine Ausbildungsplatzgarantie,
333 die ihren Namen verdient! Das bedeutet, dass wir einen Rechtsanspruch auf einen
334 Ausbildungsplatz für junge Menschen einfordern und eine Umlagefinanzierung wollen,
335 die alle Unternehmen in die Pflicht nimmt, entweder selbst auszubilden oder
336 Ausbildungsplätze in Deutschland finanziell zu unterstützen. Denn nur dadurch wird
337 sie erst ein Werkzeug im Kampf gegen die zunehmend knapper werdenden

338 Ausbildungsplätze.

339

340 **It's gettin' hot in here - Klimakrise bekämpfen!**

341 Die Klimakrise schreitet immer weiter voran. Das vergangene Jahr 2022 gehört mit zu
342 den heißesten Jahren seit Beginn der Aufzeichnungen. Die sozial-ökologische
343 Transformation zur Klimaneutralität ist also nicht nur dringend notwendig, sondern
344 auch alternativlos, wenn wir die Pariser Klimaschutzziele erreichen wollen. Wir
345 bekennen uns zu einer schnellen Transformation der Wirtschaft, im Einklang mit den
346 Interessen der Beschäftigten. Deshalb muss Deutschland bis 2040 klimaneutral werden,
347 um die Klimaschutzziele und das 1,5 Grad-Ziel zu erreichen. Wir werden uns als
348 Bezirksvorstand deshalb damit inhaltlich und praktisch beschäftigen, wie man dies bis
349 2040 erreichen kann.

350

351 Dazu gehört vor allem eine schnelle Umsetzung der Energiewende mit dem beschleunigten
352 Ausbau der erneuerbaren Energien und eine vollständige Abkehr vom atomar-fossilen
353 Status quo. Es müssen alle Hemmnisse und Hürden abgebaut werden, damit die
354 Transformation zu einem klimaneutralen Stromsystem schnellstmöglich umgesetzt werden
355 kann. Rückwärtsgewandte Diskussionen zum verstärkten oder erneuten Einsatz von
356 Energieträgern der Vergangenheit lehnen wir strikt ab. Im Fokus steht für uns ein
357 Energiesystem aus erneuerbaren Energien, das entlang der gesamten Wertschöpfungskette
358 die Energiesouveränität beachtet.

359

360 Für eine sozial-ökologische Transformation ist neben der Energie- auch eine Wärme-
361 und Verkehrswende unumgänglich, insbesondere, da die Dekarbonisierung dieser Sektoren
362 komplizierter ist und dort in der Vergangenheit kaum Fortschritte erzielt wurden. Im
363 fossil dominierten Wärmesektor muss der längst überfällige klimaneutrale Umbau
364 endlich begonnen und zügig vollzogen werden. Egal ob grüne Fernwärme, Geothermie oder
365 elektrische Wärmepumpe: energetische Sanierungen von öffentlichen Gebäuden und
366 Wohngebäuden sind notwendig, erfordern aber auch hohe Investitionen. Hierbei ist
367 wichtig, dass diese Kosten nicht weiter auf Mieter*innen abgewälzt werden und
368 Bürger*innen gezielt entlastet werden.

369

370 Eine Verkehrswende darf dabei aber nicht mit der "one solution" daherkommen. Es wird
371 nicht nur technologisch, sondern auch nach Anwendungsgebiet unterschiedliche Lösungen
372 für eine energieeffiziente und klimafreundliche Mobilität geben müssen. Wenn möglich,
373 ist jedoch die direkte Elektrifizierung, wie bei der E-Mobilität, vorzuziehen. Neben
374 massiven Investitionen in die Schieneninfrastruktur, müssen die Lebensrealitäten in
375 den Ballungsgebieten und dem ländlichen Raum differenziert betrachtet werden, damit
376 grundsätzlich alle Menschen von der Verkehrswende profitieren können.

377

378 **Gimme Moor!**

379 Der Schutz natürlicher Lebensräume ist in Zeiten der Klimakrise von großer Bedeutung.

380 Dieser dient dem Schutz der Artenvielfalt und der Förderung der Biodiversität. Vor
381 allem haben aber Naturräume wie beispielsweise Moore ein enormes Potenzial
382 hinsichtlich der Kohlenstoffreduktion in unserer Atmosphäre. Moore sind
383 Feuchtgebiete, die in der Lage sind, große Mengen Kohlenstoff in Form von Torf zu
384 speichern und somit eine große Rolle im globalen Kohlenstoffkreislauf spielen. Da
385 Torf in den vergangenen Jahrhunderten für wirtschaftliche Interessen als Brennstoff,
386 Vieheinstreu oder auch für Pflanzsubstrat abgebaut wurde, müssen wir uns heute mehr
387 denn je für den Schutz sowie die Wiedervernässung von bereits trockengelegten Mooren
388 einsetzen. Maßnahmen müssen ergriffen werden, um die Entwässerung und Zerstörung der
389 Moore zu reduzieren und ihren Schutz zu gewährleisten.

390

391 Die Erhaltung und Wiederherstellung von Mooren erfordert die Zusammenarbeit von
392 Regierung, lokalen Gemeinden, Umweltschutzorganisationen und anderen interessierten
393 Akteur*innen. Daher wollen wir uns in diesem Vorstandsjahr insbesondere für mehr
394 Schutz der Moore allgemein, aber auch für die zahlreichen Mooregebiete in unserem
395 Bezirk einsetzen. Die Bedeutung von Mooren als wichtiger Teil des Ökosystems darf
396 nicht unterschätzt werden; ihr Schutz ist von zentraler Bedeutung für die Erhaltung
397 der Biodiversität, den Klimaschutz und die nachhaltige Entwicklung.

398

399 **Bündnisarbeit**

400 Als Jusos ist es für uns von großer Bedeutung, inner- und außerhalb unseres Verbandes
401 ein zuverlässiger Bündnispartner zu sein. Wir wollen weiterhin innerparteilich gut
402 vernetzt sein sowie unsere Kooperationen mit anderen Arbeitsgruppen und Gliederungen
403 ausbauen und kritisch solidarisch in unsere Mutterpartei hineinwirken.

404

405 Ebenso wollen wir, als gewerkschaftsnaher, sowie -unterstützender Verband, der stets
406 im Austausch mit den Gewerkschaften ist, eng mit ihnen zusammenarbeiten und uns dort
407 engagieren. Ein weiterer wichtiger Punkt ist für uns auch, dass wir im Kontakt und
408 Austausch mit anderen Verbänden und Bündnissen innerhalb unseres Bezirkes stehen, wie
409 beispielsweise antifaschistischen oder antirassistischen Bündnissen. Die Kontakte zu
410 diesen wollen wir pflegen und weiter ausbauen. Essentiell ist hierbei für uns auch
411 das Unterstützen von Demonstrationen zu den Themen, die für unsere Vorstellung einer
412 gerechteren, sozialeren, antirassistischen und internationalen Welt von Bedeutung
413 sind.

414

415 **Awareness-Arbeit**

416 Der Begriff der Awareness leitet sich ab von dem englischen „to be aware“ und meint
417 ein machtkritisches Bewusstsein über die eigene Position und Privilegien mit dem
418 Ziel, einen achtsamen und respektvollen Umgang ohne Platz für Formen von
419 Diskriminierung, Gewalt und Grenzverletzungen zu pflegen. Wir wollen die im letzten
420 Jahr geleistete Arbeit hierzu verstetigen und weiterhin auf breite Beine stellen.
421 Grundlage ist das hierzu erarbeitete Awareness-Konzept, welches wir jetzt mit Leben

422 füllen wollen. Konkret wird es auf unseren Bildungsveranstaltungen weiterhin
423 Awareness-Teams geben, aber auch darüber hinaus verstetigen wir unsere Awareness-
424 Arbeit im Rahmen unseres ständigen Awareness-Teams auf Bezirksebene, um so auch für
425 die Unterbezirke bei konkreten Fällen ansprechbar zu bleiben. Uns ist es hierbei
426 wichtig, nicht nur bei konkreten Fällen aktiv zu werden, sondern auch im Vorfeld
427 präventiv vorzubeugen.

428

429 **Öffentlichkeitsarbeit**

430 Die Öffentlichkeitsarbeit dient auf Instagram, Facebook und der Website für eine
431 Transparenz unserer Arbeit im Bezirk Hannover nach innen und außen. Beiträge zu
432 tagespolitischen Themen auf Bundes- und internationaler Ebene werden auf Instagram
433 und Facebook weiterhin für uns ein Mittel sein, klare Haltung im politischen
434 Geschehen zu zeigen und um Druck auf unsere Partei auszuüben. Zudem soll unsere
435 Website weiterhin eine zentrale Anlaufstelle für Informationen zu unserem Verband,
436 Vorstand und Veranstaltungen sein, aber auch eine Zweigstelle für die Kontakte der
437 Unterbezirke.

438

439 Für das kommende Vorstandsjahr wollen wir als Vorstand auf den sozialen Medien
440 sichtbarer für die Unterbezirke werden. Aus diesem Grund wollen wir das Modell "BeVos
441 auf Abruf" mit konkreten Ansprechpartner*innen zusätzlich auf Social Media bewerben.
442 Damit wollen wir bewirken, dass Ansprechpartner*innen mit ihren verschiedenen Themen
443 für die Unterbezirke sichtbar werden.

444

445 **Die Sozialdemokratie und Wir**

446 Als Jusos sind wir Teil der gesellschaftlichen Linken und gleichzeitig ein linker
447 Richtungsverband der SPD. Als Teil der SPD wollen wir parlamentarische Mehrheiten
448 erringen und durch diese Mehrheiten Politik gestalten. In unseren zahlreichen
449 Abgeordneten im Bezirk Hannover sowie in der sozialdemokratischen Bundesregierung
450 sehen wir daher das Potential, politische Veränderungen voranzubringen. Gleichzeitig
451 sehen wir die strategischen Schwierigkeiten, die sich durch Widersprüche zwischen
452 sozialdemokratischem Regierungshandeln und jungsozialistischen Forderungen ergeben.
453 Diese Widersprüche gilt es, innerhalb der Partei und gemeinsam mit den linken Teilen
454 der SPD auszutragen. Wir wollen Teil einer Partei sein, die inhaltliche
455 Auseinandersetzungen nicht scheut und über das aktuelle Regierungshandeln hinaus
456 blickt. Auch die Arbeit des SPD-Bezirks Hannover werden wir weiter kritisch-
457 solidarisch begleiten. Mit den Jusos im SPD-Bezirksvorstand werden wir unsere
458 Positionen in die Parteigremien tragen und inhaltliche Akzente setzen. Dazu zählt
459 unter anderem der Kampf gegen Rechts und gegen Antisemitismus. Außerdem werden wir
460 weiterhin den Austausch mit den Abgeordneten aus dem Bezirk Hannover suchen.

461

462 Im September 2023 wird voraussichtlich der nächste SPD-Bezirksparteitag stattfinden.
463 Wir werden strategische Schwerpunkte für unsere Anträge zum Bezirksparteitag

464 festlegen und damit unserer Aufgabe als linker Richtungsverband in der SPD gerecht
465 werden. Außerdem werden wir erneut ein Verbandsmagazin vorbereiten, das die
466 inhaltliche Arbeit des Bezirksvorstands zusammenfassen und beim Parteitag ausgelegt
467 werden soll.

Antrag A01: Befristete Mitglieder von Betriebsräten schützen

Antragsteller*in:	Jusos Schaumburg
Sachgebiet:	A - Arbeit und Soziales

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen, dass...
- 2 Mitglieder der Betriebsräte sind nicht bei allen Arbeitgebern erwünscht, deshalb
- 3 genießen ihre Mitglieder einen besonderen Kündigungsschutz. Eines hat der Gesetzgeber
- 4 jedoch nicht bedacht. Die Einstellung von Arbeitnehmer*innen mit sachgrundlos
- 5 befristeten Arbeitsverträgen ist mittlerweile gängige Praxis.
- 6 Kaum ein*e Arbeitnehmer*in mit einem solchen Arbeitsverhältnis kandidiert für die
- 7 Betriebsratswahl. Dies führt zu einer erheblichen Schwächung der innerbetrieblichen
- 8 Demokratie. Auch und gerade weil der Arbeitgeber den Vertrag einfach auslaufen lassen
- 9 kann, um sich des gewählten Betriebsratsmitglieds zu entledigen.
- 10 Deswegen fordern wir Jusos Schaumburg: Die Bundesregierung muss den Schutz der
- 11 Angehörigen des Betriebsrates erweitern. Das Arbeitsverhältnis der gewählten
- 12 Mitglieder des Betriebsrates ist mindestens bis zum Ende der Legislaturperiode zu
- 13 sichern.

Antrag A02: Gründung eines Konzernbetriebsrats (KBR) erleichtern

Antragsteller*in:	Jusos Schaumburg
Sachgebiet:	A - Arbeit und Soziales

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

1

2 die Gründung eines Konzernbetriebsrates (KBR) hierzulande überall dort möglich ist,
3 wo mehrere selbständige Unternehmen unter der einheitlichen Leitung eines
4 federführenden Unternehmens stehen. Man könnte meinen, dass dies auch bei einem E-
5 Commerce-Riesen wie Amazon der Fall ist.

6 Leider nein! Bei allen Standorten in Deutschland handelt es sich um einzelne
7 Tochtergesellschaften eines Unternehmens mit Sitz in Luxemburg. Alle Unternehmen sind
8 somit sogenannte Schwestergesellschaften. Es handelt sich also um Unternehmen ohne
9 Hierarchie. Die Tatsache, dass die Muttergesellschaft im Ausland ansässig ist, hat
10 zur Folge, dass nach deutschem Recht derzeit keine Grundlage für die Gründung eines
11 KBR besteht.

12

13 Deswegen fordern wir Jusos Schaumburg:

- 14 • Die Bundesregierung muss die Gründung einer KBR erleichtern. Das könnte wie
15 folgt gestaltet werden:
- 16 • Die Bundesregierung schreibt vor, dass ein Konzern wie Amazon eine einheitliche
17 Leitung bilden muss, die von einem federführenden Unternehmen wahrgenommen wird.
- 18 • Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Betriebsverfassungsgesetz um diesen
19 Passus zu ergänzen: Besteht ein Europäischer Betriebsrat, kann ein KBR auch ohne
20 federführendes Unternehmen in Deutschland gebildet werden.

Antrag B01: Für ein Wissenschaftssystem, dass sich den komplexen Gesellschaftsproblemen stellen kann. Für Universitäten, die für alle da sind. Für Zeit zum Lernen, Lehren und Forschen.

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Am 17. März 2023 legte das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) das
- 2 Eckpunktepapier zur Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) vor.
- 3 Das WissZeitVG erlaubt seit 2007 und seit der ersten Reform 2016 die Befristung von
- 4 Arbeitsverträgen im wissenschaftlichen Bereich (v.a. im sogenannten Mittelbau).
- 5 Sollte das Gesetz dafür sorgen, dass Hochschulen und außeruniversitären
- 6 Forschungseinrichtungen ihren Wissenschaftsbetrieb flexibilisieren können, führt es
- 7 in der Praxis vor allem zu einer prekären Beschäftigungssituation für viele
- 8 Wissenschaftler*innen. Die damit einhergehende fehlende Planbarkeit der Karriere und
- 9 die Unsicherheit über die Zukunft nach dem Ende des befristeten Vertrags sind höchst
- 10 problematisch. Des Weiteren ist die Entlohnung von wissenschaftlichem Personal oft
- 11 nicht angemessen und die Abhängigkeit von Drittmittelinwerbungen erschwert den
- 12 Forschungsalltag enorm.
- 13
- 14 Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fordert bereits seit Jahren die
- 15 Reform des WissZeitVG. Sie fordern u.a., dass wissenschaftliches Personal nach einer
- 16 maximalen Befristungsdauer von sechs Jahren verpflichtend übernommen werden muss - in
- 17 eine unbefristete Beschäftigung. Die Entlohnung und Planbarkeit der Karriere sollen
- 18 verbessert und die Mitbestimmung von Personalvertretungen gestärkt werden.
- 19 Unter dem #Dauerstellen für Daueraufgaben unterstreicht die GEW jene Forderungen
- 20 nochmal deutlich. Auch in 2020 gewann die Kampagne #ichbinhanna öffentliche
- 21 Aufmerksamkeit. Die Kampagne wurde von einer Gruppe von
- 22 Nachwuchswissenschaftler*innen ins Leben gerufen, die sich für eine Reform des
- 23 Wissenschaftszeitvertragsgesetzes einsetzen. Unter dem Hashtag teilen viele
- 24 Betroffene ihre persönlichen -oftmals negativen- Erfahrungen mit Befristungsketten im
- 25 Wissenschaftsbetrieb. Wir Jusos solidarisierten uns mit #ichbinhanna bereits durch
- 26 Beschlussfassung auf dem Bundeskongress 2021.
- 27
- 28 Nun also folgte das Eckpunktepapier zur angekündigten Reform des WissZeitVG, aber man
- 29 muss hier von einer Verschlimmbesserung sprechen. Unter anderem vorgesehen ist eine
- 30 Befristung der Verträge für Doktorand*innen auf sechs Jahre und Verträge von Postdocs
- 31 auf drei Jahre zu begrenzen.
- 32 Bereits am 19. März, also zwei Tage nach Veröffentlichung, sprachen sich ca. 500
- 33 Professor*innen (#ProfsfürHanna) öffentlich gegen den vorgelegten Vorschlag aus und
- 34 machten sich stark für den Mittelbau an wissenschaftlichen und künstlerischen
- 35 Hochschulen. Bis heute haben sich diesem Protest knapp 3.000 Professor*innen

36 angeschlossen. Der Entwurf wurde als Reaktion auf den berechtigten Widerstand der
37 wissenschaftliche Stakeholder umgehend vom BMBF zurückgezogen. Zwar die folgerichtige
38 Handlung und dennoch eine Peinlichkeit, wenn man bedenkt, dass Bildungsministerin
39 Bettina Stark-Watzinger am Anfang des Prozesses noch sagte, man wolle sich Zeit
40 lassen, alle Stakeholder mitnehmen und die Reform richtig angehen. Das war wohl nix!

41

42 Das WissZeitVG -sowohl in der aktuellen Form als auch in der Form, wie es das
43 veröffentlichte und zurückgezogene Eckpunktepapier vorsieht - verfehlt nicht nur
44 seinen Zweck, sondern sorgt auch für unangebrachte Belastungen für Menschen in der
45 Wissenschaft. Es gehört reformiert, *aber richtig!*

46

47 Und mehr noch, denn man kann die durch das WissZeitVG entstandenen Probleme an
48 deutschen Hochschulen und für Nachwuchswissenschaftler*innen nicht isoliert
49 betrachten. Die reine Reform des WissZeitVG ist am Ende nur Augenwischerei, wenn man
50 nicht auch tiefer liegende Fragestellungen zur Zukunft des Wissenschaftssystems
51 angeht. Das universitäre System gehört in vielen Teilen grundlegend reformiert.

52

53 Es geht nicht nur um die Anzahl der Jahre, die man in als sogenannter Postdoc (also
54 nach Abschluss der Doktorarbeit) zeitlich zur Verfügung hat, um sich wissenschaftlich
55 zu qualifizieren und zu arbeiten, sondern auch um die Schaffung einer vernünftigen
56 Finanzierung von Hochschulen und Universitäten. Es geht um die Schaffung einer
57 anderen Art der struktur für das Lehrpersonal und um eine angemessene
58 Ausbildungsqualität im Studium. Es geht um generelle Verbesserungen der
59 Arbeitsbedingungen hin zu einem Klima ohne Leistungsdruck, Unsicherheit - mit
60 genügend Ressourcenverfügbarkeit.

61

62 Wollen wir ein Wissenschaftssystem schaffen, dass Studierende (egal welcher
63 intersektionalen Attribute) dazu motiviert, sich für eine akademische Karriere zu
64 entscheiden? Und wollen wir unseren Wissenschaftsnachwuchs nicht automatisch an
65 ausländische Unis verlieren, weil ihnen dort mehr Ressourcen für Forschung,
66 Ausbildung und Karriere zur Verfügung stehen? Dann müssen wir aufhören, dem
67 unreformierten Wissenschaftssystem in Deutschland beim Niedergang zuzuschauen! Wir
68 müssen übergreifende Probleme adressieren: Nicht nur das WissZeitVG ist schlecht;
69 unsere Universitäten sind unterfinanziert und nicht mehr zeitgemäß ausgestattet.

70

71 Universitäten und Hochschulen sind nicht nur Orte der Wissenschaft und Forschung,
72 sondern insbesondere die Orte der Lehre. Wir müssen es endlich wieder schaffen, dass
73 die Lehre für alle dargestellt werden kann und zufriedenstellend ist. Doch die Lehre
74 kann nicht gut sein, wenn das Personal selbst nicht die Zeit zur Ausbildung erhält,
75 wenn sie unter Leistungsdruck und Befristungen leiden. Ressourcen müssen nicht nur
76 für die Forschung, sondern auch für die Lehre zur Verfügung stehen und angemessen
77 über Bund und Länder (mehr als über Drittmittel) finanziert werden. Dauerstellen sind
78 für gute Lehre und Forschung unabdingbar. Nur, wer an unseren Universitäten gut
79 ausgebildet wurde; Zeit hatte, sich weiter zu qualifizieren und später Zeit,

80 Ressourcen und Sicherheit im universitären Job hat, kann auch gute Forschung
81 betreiben.

82

83 **Gute Wissenschaft ist für uns alle essenziell und muss** 84 **ermöglicht werden**

85 Universitäten sind Orte, an denen transformative Prozesse stattfinden können, wo
86 impulse gesellschaftlicher Entwicklungen gesetzt werden können - und das insbesondere
87 durch die Studierenden und Mitarbeitenden im Mittelbau, die gegen ggf. eingefahren
88 professorale Vorlieben aufbegehren. Hochschulen sind Orte der kritischen Reflexion
89 und Gestaltung von gesellschaftlichen Entwicklungen. In der Wissenschaft werden
90 Errungenschaften hervorgebracht, die uns alle innovativ und essentiell helfen.
91 Beispiele hierfür sind die Grundlagenforschung für die (kürzliche) Entwicklung des
92 Corona-Impfstoffs, aber auch die Idee zum World Wide Web im Jahre 1989. Wir brauchen
93 funktionale Forschung auch im Blick auf die voranschreitende Klimakatastrophe und
94 deren angestrebte Überwindung. Wer hier spart und in Bezug auf die Arbeitsbedingungen
95 wegschaut, handelt fahrlässig für alle Menschen und nicht nur für eine Lobby - wenn
96 es eine solche für die Wissenschaft überhaupt gäbe.

97

98 Die Wissenschaft sollte den starken Rücken einer funktionalen Gesellschaft
99 darstellen. Wissenschaft arbeitet faktenbezogen, kritisiert sich selbst am stärksten
100 und bildet die Wissensgrundlage aus, auf die letztlich alle Teilhabenden der
101 Gesellschaft zurückgreifen. Viele später wirtschaftlich relevanten Erfindungen
102 greifen auf Grundlagenforschung zurück, die an den wissenschaftlichen Institutionen
103 über Jahre und Jahrzehnte intensiver und vorsichtiger Forschung hervorgebracht
104 wurden. Politik trifft Entscheidungen auf der Grundlage von Expert*innenempfehlungen,
105 die wissenschaftlich tätig sind. Eine starke Demokratie kann nicht ohne eine gute und
106 unabhängige, faktenbasierte Wissenschaft funktionieren oder argumentieren. Das müssen
107 wir uns immer wieder vor Augen führen. Und dennoch gibt es in Deutschland viele
108 Probleme, die weitreichende Folgen haben. Nicht nur die Menschen im
109 wissenschaftlichen System selbst, sondern auch die Zukunftsfähigkeit und die Qualität
110 der Arbeit des deutschen Hochschulstandortes sind gefährdet.

111

112 **Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Wissenschaftler*innen**

113 Die Idee des WissZeitVG ist es, neben einer sog. Flexibilisierung, dass man Menschen
114 nach einer Höchstbefristung in eine Dauerstelle überführt und so letztendlich in ein
115 unbefristetes Anstellungsverhältnis bringt. Es versucht Anreize zu setzen, mehr
116 universitäre Dauerstellen zu schaffen - doch dieses Kalkül geht seit 2007 nicht auf.
117 Dauerstellen im Mittelbau existieren schlichtweg nicht: Fast 90 % des Personals an
118 Unis und Hochschulen sind befristet beschäftigt (ohne Professor*innen), dabei hat
119 fast die Hälfte der Arbeitsverträge an Forschungseinrichtungen eine Laufzeit von
120 weniger als einem Jahr (Daten: Jongmanns, G. (2011): Evaluation des
121 Wissenschaftszeitvertragsgesetzes). Unsachgemäße Kurz- und Kettenbefristungen
122 scheinen durch das WissZeitVG nur befeuert worden sein und das Anstellungsverhältnis

123 bleibt prekär: Auch viele Jahre nach Abschluss der Promotion ist die
124 wissenschaftliche Karriere nicht planbar und folglich gehen viele exzellente
125 Forscher*innen verloren: Weil sie sich das unsichere Arbeitsverhältnis nicht leisten
126 können, weil ihr finanzieller und ggf. familiärer Hintergrund dies nicht zulässt,
127 weil sie eine Familienplanung nicht im wissenschaftlichen System unterbringen können,
128 weil sie unter dem projektgebundenen Leistungsdruck leiden. So wird klar, dass
129 unwillkürlich bestimmte Personengruppen stärker aus dem akademischen System
130 ausgeschlossen werden. Diversität fördert man so nicht. Das Gesetz vertreibt
131 Nachwuchs aus der Wissenschaft, der diese Zustände bereits im Studium beobachtet und
132 dann gesicherte Karriere- und Arbeitschancen im Außeruniversitären sieht. Es handelt
133 sich - wie viele Expert*innen formulieren- um ein *BeschäftigungsVerdrängungsGesetz*.
134 **Es gehört weitgehend reformiert oder komplett abgeschafft!**

135

136 Vielen Wissenschaftler*innen wird nur eine befristete Beschäftigung angeboten, was zu
137 unsicherer Arbeitsplatzsicherheit führt. Eine unsichere Beschäftigung verdrängt dabei
138 aber nicht nur bestimmte -weniger privilegiert- Personengruppen aus der Wissenschaft,
139 sondern erzeugt für Wissenschaftler*innen auch einen übermäßigen Leistungsdruck. Sie
140 sehen sich unter dem Zwang in möglichst kurzer Zeit, die bestimmt ist durch die
141 Vertragsbefristung, möglichst viel (und durchschlagskräftig) zu publizieren. Dabei
142 brauchen Erkenntnisse Zeit. Niemand denkt besser oder schneller oder innovativer,
143 wenn man ihm nur mehr Druck aussetzt. Gebunden an und angewiesen auf
144 Drittmittelprojekte und deren Gelder sehen sich viele Wissenschaftler*innen
145 allerdings gezwungen, genau das zu versuchen. Dabei bleibt aber der Anspruch nach
146 größtmöglicher Qualität der wissenschaftlichen Arbeit gleich. Keine Publikation wird
147 sich durchsetzen, dessen Methodik den sogenannten *peer review* nicht besteht. Und
148 dennoch sind viele nun dazu übergegangen, kleinere Fragestellungen oder einfachere
149 Methoden zu publizieren, schlichtweg, da die Zeit zu tiefgehender Analyse nicht
150 ausreicht. Keine Ergebnisse in befristeter Zeit kann den Verlust von
151 Drittmittelfinanzierten bedeuten und letztlich den Verlust des Arbeitsplatzes. Dieser
152 Druck geht an niemandem spurlos vorbei. Aufgrund des hohen Arbeitspensums und des
153 Leistungsdrucks bleibt für den Privatbereich oft keine Zeit. Betroffene beklagen eine
154 mangelnde Work-Life-Balance; die mentale Gesundheit vieler ist gefährdet.

155

156 Insbesondere die Befristungen in der Postdoc-Phase sind problematisch. Es muss
157 anerkannt werden, dass die wissenschaftliche Arbeit und Qualifikation nach der
158 Promotion Zeit bedarf. Es bedarf Zeit, um zu publizieren, Lehre zu betreiben und hier
159 Erfahrungen zu sammeln und an der hochschulischen Selbstverwaltung teilzuhaben. Und
160 nicht jede Person strebt eine Berufung bzw. das Innehaben eines eigenen Lehrstuhls an
161 und muss dennoch an den Unis und Hochschulen eine sichere Anstellung finden können.
162 Statt die Beschäftigung zu blockieren, muss Zeit für die Wissenschaft und die
163 wissenschaftliche Arbeit geschaffen werden. Bund und Länder müssen hierfür genügend
164 Mittel bereitstellen, sodass Dauerstellen geschaffen werden können.

165

166 Ein starker Mittelbau, der problemorientiert und reflektiv forscht, muss geschaffen
167 werden. Dazu muss überwunden werden, dass der Mittelbau aktuell im Rahmen der
168 Drittmittelforschung stumpf seinen Vorgesetzten zuarbeitet und unter den Regelungen

169 des WissZeitVG leidet. Ein gestresster Mittelbau und eine Studierendenschaft, die von
170 einer akademischen Karriere abgeschreckt wird, können nicht unser Ziel sein und
171 entsprechen nicht unserer Vorstellung von einer Wissenschaft, die sich den
172 gesellschaftlichen Komplexitäten stellt.

173

174 **Wir Jusos können uns dem durch die GEW vorgelegten Dresdner Gesetzesentwurf für ein**
175 **Wissenschaftsentfristungsgesetz “Dauerstellen für Daueraufgaben” aus September 2022**
176 **anschließen. Wir unterstützen die dort niedergeschriebenen Forderungen und**
177 **Reformvorschläge.**

178 Dabei geht das Papier der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im Detail
179 darüber hinaus, was in diesem Antrag reproduziert werden kann und sollte für die
180 Einzelheiten konsultiert werden. Im Allgemeinen unterstreichen wir aber unsere
181 gemeinsamen Forderungen:

182

- 183 • Faire Arbeitsverträge, bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen sind zu
184 schaffen.
- 185 • Die Arbeitsplatzsicherheit für Forscher*innen und insbesondere für den
186 Wissenschaftsnachwuchs muss erhöht werden. Es sind unbefristete Arbeitsverträge
187 nach Möglichkeit in allen Fällen abzuschließen. Das WissZeitVG gehört
188 entsprechend reformiert oder abgeschafft. Wir wollen die Abschaffung der
189 Befristung von Arbeitsverträgen für Wissenschaftler*innen. Der Mittelbau muss so
190 gestärkt werden.
 - 191 • Die wissenschaftliche Qualifizierungsphase soll dabei mit dem Abschluss der
192 Promotion enden. Eine Person im Postdoc wird sich zwar weiterqualifizieren,
193 wäre aber im Bezug auf das Anstellungsverhältnis nicht mehr als “flexibel”
194 zu betrachten und sollte unbedingt unbefristet angestellt sein. Es müssen
195 Dauerperspektiven nach der Promotion zur Verfügung stehen.
 - 196 • Eine Promotion sollte vertraglich mindestens vier, in der Regel aber sechs
197 Jahre Laufzeit erhalten. Die Aufgaben für Promovierende sind dabei klar von
198 Drittmittelprojekten und Daueraufgaben zu trennen.
 - 199 • Auch bei studentischer Beschäftigung sind Höchstbefristungen aufzuheben und
200 Mindestlaufzeiten zu verankern
- 201 • Es sollen klare und transparente Karrierewege für Wissenschaftler*innen
202 etabliert werden, um ihnen eine langfristige Perspektive zu bieten. Wir sehen
203 hier insbesondere das Tenure-Track-Modell für geeignet.

204

205 Es besteht allerdings auch ein **Reformbedarf über das WissZeitVG hinaus:**

- 206 • Der Leistungsdruck muss reduziert werden. Dies kann durch Überprüfung der
207 Evaluierungs- und Förderprozesse geschehen.
 - 208 • Es gilt die Work-Life-Balance von Wissenschaftler*innen und die
209 Vereinbarkeit mit Familie deutlich zu verbessern. Die mentale Gesundheit
210 ist in den Mittelpunkt zu stellen und Überbelastungen sind abzubauen. Dem
211 muss mit einer Personalstruktur begegnet werden, die den Aufgaben gerecht
212 wird. Hierbei spielen erneut Daueraufgaben eine entscheidende Rolle.

- 213 • Das Finanzierungssystem der deutschen Hochschulinstitutionen gehört kritisch
214 hinterfragt. Hierzu zählt auch eine Veränderung der Drittmittelvergabepraxis. Es
215 muss sichergestellt werden, dass allen Wissenschaftler*innen eine adäquate
216 Arbeitsausstattung zur Verfügung steht, was letztlich auch die Forschung
217 verbessern wird. Forschungsmittel müssen immer gerecht verteilt werden, die
218 Grundfinanzierung muss ausgeweitet werden. Die Überarbeitung sollte mit einer
219 höheren Transparenz der Wissenschaftsfinanzierung einhergehen und erfordert auch
220 eine Harmonisierung der Förderbedingungen von Bund und Länder.
- 221 • Flankierend zur Überarbeitung bzw. Reform des WissZeitVG muss die sachgrundlose
222 Befristung im Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBFG) gestrichen werden. Hier
223 schließen wir uns der Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) an. So
224 wird ein weiteres Schlupfloch zur Befristung geschlossen.
- 225 • Die komplexen Themen unserer Zeit erfordern beste Lösungen. Dafür muss das
226 Wissenschaftssystem interdisziplinär, vielfältig und divers sowie inklusiv
227 gestaltet werden. Alle müssen teilhaben können. Die Zugangsmöglichkeiten zum
228 universitären System dürfen in keiner Weise diskriminierend gestaltet sein und
229 müssen diesbezüglich immer wieder überprüft werden. Wir bestreben die Förderung
230 von interdisziplinärer Forschung und eine bessere Zusammenarbeit zwischen den
231 verschiedenen Fachbereichen sowie den Ausbau internationaler Kooperationen und
232 wirtschaftlicher Vernetzungen.
- 233 • Eine größere Beteiligung der Zivilgesellschaft und von Gewerkschaften an der
234 Wissenschaftspolitik ist erstrebenswert, denn durch eine engere Verzahnung kann
235 das Wissenschaftssystem zukunftsfähig gestaltet werden und an die Bedürfnisse
236 und Herausforderungen der Gesellschaft anknüpfen.

237 **Zurück in die Werkstatt - aber diesmal mit Plan und** 238 **Verstand, bitte!**

239 Wir Jusos können es nicht dulden, dass von einem FDP-geführten Bundesministerium am
240 Ende einer langen Vorbereitungsphase eine "Novellierung des WissZeitVG" vorgelegt
241 wird, die deutlich mehr einer Nivellierung gleicht. Zwar reagierten die
242 Verantwortlichen der Ampel-Koalition prompt und zogen den Referent*innenentwurf zur
243 Reform nach nicht einmal zwei Tagen zurück, aber für eine tatsächliche Verbesserung
244 zählt es jetzt zu kämpfen und das umso mehr.

245 Der Bundesregierung muss klar sein, dass eine Reform, die die kritisierten Probleme
246 in keiner Weise behebt, sondern durch jene eine weitere Verschlechterung der
247 Situation droht, nicht tragbar ist.

248 Noch niedrigere Befristungshöchstgrenzen für Post-Docs und das Abspeisen der
249 Promovierenden bei den Mindestvertragslaufzeiten von zweimal 3 Jahren mit nur mit
250 einer unverbindlichen Soll-Regelung sind abzulehnen. Die Absenkung der
251 Höchstbefristungsdauer von 6 auf 3 Jahre ohne Konzept für mehr Dauerstellen ist
252 prekär. Diese Kritikpunkte werden auch nicht dadurch wettgemacht, dass ein Erfolg bei
253 der Mindestvertragslaufzeit für studentische Beschäftigte von einem Jahr verzeichnet
254 werden kann.

255 Wir solidarisieren uns mit allen wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen, die zu über
256 zwei Dritteln auf befristeten Stellen tätig sind. Wir solidarisieren uns mit dem

257 akademischen Mittelbau! Es ist jetzt an der Zeit zurück an die Werkstatt zu gehen und
258 eine angemessene Gesetzgebung auszuarbeiten - wie es die GEW vorgelegt hat-, um
259 tatsächliche Veränderungen im Wissenschaftssystem zu bewirken. Verlieren wir keine
260 wertvolle Zeit mehr. Geben wir dem wissenschaftlichen Nachwuchs Grund zur Hoffnung.

Antrag B02: Kostenpflichtige Tests bei Universitäts- und Ausbildungsbewerbungen abschaffen – Freie Wahl von Ausbildung stärken!

Antragsteller*in:	Jusos Lüneburg
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Seit langem ist bekannt: In Deutschland hängen Bildungschancen immer noch vom
- 2 Geldbeutel ab. Dieser Umstand endet nicht nach dem Schulabschluss, sondern setzt sich
- 3 nahtlos bei der Bewerbung um einen Studien- oder Ausbildungsplatz fort. Denn: für
- 4 solche Bewerbungen sind häufig Nachweise über kostspielige Sprach- oder
- 5 Eignungsteststeilnahmen verpflichtend.
- 6 Ein Beispiel: wer sich auf einen Studiengang mit Fremdsprachen-Anteilen oder um einen
- 7 Ausbildungsplatz im Fremdsprachenbereich bewirbt, muss in der Regel ein Zertifikat
- 8 über ein entsprechendes Sprachniveau nachweisen. Die drei am häufigsten anerkannten
- 9 Tests zur Zertifizierung eines C1-Englisch-Niveaus sind aktuell das Cambridge- C1
- 10 Advanced Zertifikat (ca. 180€), der TOEFL (ca. 220€) und das IELTS (235€).
- 11 Neben solchen für die Zulassung notwendigen Test gibt es noch den Sonderfall der
- 12 ergänzenden Testnachweise, durchwelche die Erfolgsaussichten einer Bewerbung erhöht
- 13 werden können. Ein prominentes Beispiel ist hier der Test für Medizinische
- 14 Studiengänge (100€), umgangssprachlich auch Medizinertest genannt.
- 15 Studieninteressierte, die diesen freiwilligen Test erfolgreich absolvieren, können
- 16 sich auf diesem Weg höhere Chancen aus einen Medizinstudienplatz ausrechnen.
- 17 Bewerber*innen, die es sich leisten können, den Test ein- oder mehrmals zu
- 18 absolvieren, sind also deutlich bevorteilt.
- 19 Die Bewerbungsmöglichkeiten und Erfolgsaussichten einer Bewerbung um einen
- 20 Ausbildungs- oder Studienplatz sollten aber nicht eine Frage der finanziellen
- 21 Möglichkeiten sein! Wir fordern daher, dass Universitäten und
- 22 Ausbildungsanbieter*innen nur Nachweise von Testteilnahmen als
- 23 Zulassungsvoraussetzung festschreiben können, sofern sie die Teilnahme entsprechenden
- 24 Tests kostenlose anbieten oder anfallende Kosten übernehmen. Gleiches soll analog für
- 25 den Medizinertest und vergleichbare ergänzenden Tests gelten. Um Wahlfreiheit von
- 26 Ausbildung für alle zu ermöglichen und Chancengleichheit zu fördern, brauchen wir
- 27 Bewerbungsbedingungen, die nichts kosten!

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag B03: Religionsunterricht säkularisieren

Antragsteller*in:	Jusos Göttingen
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Der Religionsunterricht muss reformiert werden soll. Er sollte konfessionell
- 2 ungebunden sein und sich nicht nur auf das Christentum fokussieren. Lehrkräfte sollen
- 3 keine Mitgliedschaft einer Landeskirche mehr nachweisen müssen und ein
- 4 religionswissenschaftliches Studium anstatt eines theologischen Studiums absolvieren.
- 5 Die Unterrichtsinhalte sollen Kinder und Jugendliche dazu animieren, ihre eigenen
- 6 religiösen Überzeugungen zu hinterfragen und die Toleranz gegenüber Andersgläubigen
- 7 stärken. Außerdem sollen neben dem religiösen auch das agnostische und atheistische
- 8 Weltbild untersucht und hinterfragt werden.

Begründung

*Religionsunterricht ist wichtig. Seltsam, aber wahr. Denn wer den Religionsunterricht abschafft, der*die öffnet religiösen Fanatiker*innen Tür und Tor. Für Kinder aus religiös-fundamentalistisch eingestellten Familien ist der Religionsunterricht oftmals die einzige Möglichkeit, sich reflektiert und kritisch mit ihrem eigenen Glauben auseinanderzusetzen. Oder besser gesagt: Der Religionsunterricht könnte diese Möglichkeit sein, wenn er anders gestaltet wäre. Der konfessionell gebundene, rein christliche Religionsunterricht spiegelt die tatsächliche Gesellschaft in Deutschland schon lange nicht mehr wider. Der Religionsunterricht sollte die Ursprünge verschiedener Religionen ergründen, ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede darstellen, agnostisch an Religion herangehen und Kindern und Jugendlichen beibringen, ihren Glauben zu hinterfragen, während sie lernen, Menschen anderer Religionen offen zu begegnen. Dass Lehrkräfte aktuell noch eine Kirchenmitgliedschaft nachweisen müssen, ist ebenfalls nicht mehr zeitgemäß und widerspricht der Trennung von Kirchen und Staat. Auch Menschen, die sich nicht mit den Werten oder dem Handeln der Landeskirchen identifizieren können, sollten die Möglichkeit erhalten, an Schulen jedes Fach zu unterrichten, für das sie die fachliche Qualifikation besitzen. Außerdem sollte das Studium von angehenden Lehrkräften nicht theologisch, sondern religionswissenschaftlich sein. Denn dann sind sie nicht nur Expert*innen einer bestimmten Glaubensrichtung, sondern erlernen die großen Zusammenhänge, damit sie diese an ihre Schüler*innen weitergeben können. Eine solche Umgestaltung würde die Offenheit gegenüber anderen Religionen von Kindern und Jugendlichen massiv stärken und ggf. Religionslehrkräfte von inneren Konflikten befreien.*

Antrag B04: Kindergartenplätze für alle

Antragsteller*in:	Jusos Göttingen
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Bund, Länder und Kommunen müssen für ausreichend Kindergartenplätze im gesamten
- 2 Bundesgebiet, die eine ganztägige Betreuung von 7:00 Uhr bis mindesten 17:00 Uhr für
- 3 Kinder ab einem Jahr gewährleisten, sorgen. Während die Länder und Kommunen für die
- 4 Organisation und einen großen Teil der Kosten zuständig sind, ist es die Aufgabe des
- 5 Bundes, dieses Thema zu priorisieren und durch entsprechende Zuschüsse zu
- 6 unterstützen, sowie für würdige Arbeitsbedingung mit einer angemessenen Bezahlung von
- 7 Erzieher*innen zu sorgen.

- 8 Eine 100 % Betreuung von allen Kindern sollte bis 2030 erreicht werden.
- 9 Perspektivisch sollte zu diesem Zeitpunkt dann eine Kindergartenpflicht ab 3 Jahren,
- 10 ähnlich dem französischen Vorbild, eingeführt werden.

Begründung

Die Gewährleistung von ganztägigen Kindergärtenplätzen sowie der weitere Schritt hin zur Kindergartenpflicht ab 3 Jahren ist unter Aspekten der Gleichberechtigung, Chancengleichheit und Ökonomie nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig.

Der Mangel an Kindergartenplätzen fördert massiv die Diskriminierung von Frauen in Familienstrukturen. Bei einer geteilten Elternzeit von 14 Monaten kann nicht erwartet werden, dass darüber hinaus die Kinderbetreuung im familiären Umfeld übernommen werden kann. Viele Faktoren wie veraltete Gesellschaftsbilder und die häufige schlechtere Bezahlung sorgen dafür, dass häufig Frauen die Kinderbetreuung übernehmen, was zur längeren Arbeitslosigkeit oder Arbeit in Teilzeitjobs führt und Frauen in ein Abhängigkeitsverhältnis in einem patriarchalen System treibt.

Eine Kindergartenpflicht soll zudem dem immer stärker werdenden sozialen Gefälle entgegenwirken und Kindern eine höhere Chancengleichheit ermöglichen. Besonders Kinder aus sozial schwächeren Familien, die keine frühe Förderung ihrer Stärken und Fähigkeiten, die einen den Einstieg in das Schulleben erleichtern können und Kinder aus Familien, in denen kein deutsch gesprochen wird, erleiden bereits bei dem Eintritt in die Grundschule massive Nachteile. Das könnte durch eine frühe Förderung in den Kindergärten zum Teil ausgeglichen werden und auch zu einer besseren Sozialisation beitragen.

Auch aus einer wirtschaftlichen Sicht ergibt die flächendeckende Kinderbetreuung Sinn, denn zum einen profitiert der Arbeitsmarkt insbesondere bei dem aktuellen Fachkräftemangel von mehr Frauen im Beruf. Hinzu kommt außerdem, dass eine frühere respektvolle Förderung von allen Kindern, deren Potenzial wegen momentaner mangelnder Beachtung bei vielen noch unentdeckt ist, zu selbstbewussteren innovativeren Erwachsenen führt, was bei einem Land wie Deutschland, welches von seinen kreativen Köpfen abhängig ist, die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschaft ist.

Antrag D01: Datenschutz 2.0 bei Amazon & Co.

Antragsteller*in:	Jusos Hildesheim
Sachgebiet:	D - Digitales und Medien

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Die Datensammlung von intimen Metadaten und die Auswertung dieser durch Internet-
- 2 Unternehmen muss verboten werden.

Begründung

Bei jedem Kunden werden im Netz auf Schritt und Tritt die persönlichen Daten gesammelt. Die Bürgerrechtlerin und Netzaktivistin Katharina Nocun hat im März 2018 im Rahmen einer Recherche für ihr Buch „Die Daten, die ich rief“ ihre bei Amazon gespeicherten Daten angefordert. Theoretisch haben alle Nutzer einen Rechtsanspruch auf eine kostenlose Kopie ihrer bei einem Unternehmen gespeicherten Daten. Dies klingt in der Theorie aber deutlich einfacher, als es in der Praxis ist, auch weil die Unternehmen nicht preisgeben möchten, welche Daten sie über uns sammeln.

Nocun musste mehrere Monate lang hartnäckig bei Amazon nachhaken. Das Unternehmen reagierte zunächst ausweichend und verwies sie auf die Daten, die sie selbst in ihrem Nutzerprofil einsehen kann. "Da wird aber nur ein Bruchteil der Daten angezeigt, die das Unternehmen tatsächlich sammelt". Als nächstes wurde ihr eine PDF-Datei mit der Kopie ihrer Profildaten geschickt, "was natürlich ein schlechter Scherz ist".¹

Nach langem Austausch bekam Katharina Nocun schließlich eine CD mit ihrem „Clickstream“. Im Clickstream wird jeder einzelne Klick verzeichnet, den ein Kunde auf der Seite von Amazon gemacht hat. Gespeichert werden zu jedem Klick bis zu 50 zusätzliche Informationen. Amazon kennt also nicht nur den genauen Suchverlauf und weiß, was ein Kunde gekauft hat, sondern weiß auch wann wir uns welche Rezensionen länger angeschaut haben und wann das Bild eines Produktes vergrößert wurde. Ebenso weiß Amazon auch, mit welchem Gerät die Seiten besucht wurden und aus welchem Land die Seitenanfrage kommt, mit welchem Browser gesurft wurde, und um welche Uhrzeit der Seitenbesuch stattgefunden hat. Amazon kann mit diesen Informationen auf die Kaufkraft eines Kunden zurückschließen und ihn danach in verschiedene Stufen von Konsument*innen einteilen. Im Rahmen eines Vortrags auf dem 35. Chaos Computer Congress hat eine Datenanalytikerin ein Programm mit dem von Amazon erhaltenen Datensätzen gefüttert. Danach konnte sie genaue Aussagen über die Aufenthaltsorte von Katharina Nocun nennen, darunter auch wann sie wo im Urlaub war, wann sie von wo nach wo gependelt ist und auch wann sie aller Wahrscheinlichkeit nach ihre Eltern in einem anderen Bundesland besucht hat. Zusätzlich ließ sich aus den Daten eine Statistik von Wartezeiten erstellen. Amazon weiß also auch, dass wir nachts mal nicht schlafen können. Details, die wir dem Einzelhändler von nebenan wahrscheinlich eher nicht mitteilen würden. Amazon nimmt sich aber raus, solche Daten für eineinhalb Jahre zu speichern. Katharina Nocun hat aus dieser Recherche Konsequenzen gezogen und ihr Nutzungsverhalten verändert. Denn wirklich schwarz auf weiß zu sehen, welche Daten ein Unternehmen von ihr hat, und was daraus alles geschlossen werden kann, war eine eindrückliche Erfahrung.¹ Nocun, K. (2018). *Die Daten, die ich rief*. (1. Aufl.). Bastei Lübbe AG.

Antrag D02: Kinderschutz im Netz!

Antragsteller*in:	Jusos Lüneburg
Sachgebiet:	D - Digitales und Medien

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Der Bezirk Hannover möge beschließen, dass Kinder vor ungewollter medialer
- 2 Aufmerksamkeit geschützt werden. Dazu dürfen Kinder unter 14 Jahren nicht erkennbar
- 3 in sozialen Medien gezeigt werden und ebenso nicht der Hauptinhalt des Medieninhalts
- 4 sein, auch wenn dies dem Willen der Erziehungsberechtigten entspricht. Ebenfalls sind
- 5 Kinderwerbeagenturen zu verbieten.

- 6 Dies sollte beschlossen werden, da Kinder, mindestens bis zum 14. Lebensjahr, das
- 7 Gewicht dieser Entscheidung, sich in den öffentlichen sozialen Medien zu zeigen,
- 8 nicht alleine erkennen können, da eine neutrale Aufklärung durch die
- 9 Erziehungsberechtigten nicht erfolgt. Wenn also der Fall auftritt, dass die
- 10 Erziehungsberechtigten Personen ihr z.B. ein Jahr altes Kind in den sozialen Medien
- 11 präsentieren wollen, ist die Entscheidung alleine den Erziehungsberechtigten
- 12 überlassen und diese haben damit das Recht, über die Privatsphäre des Kindes zu
- 13 entscheiden. Dies kann auf das spätere Leben des Kindes einen sehr großen Einfluss
- 14 haben, welcher in vielen Fällen eher negativ erfolgt. Zum Beispiel kann es passieren,
- 15 dass das Kind schon in jungen Jahren sehr berühmt wird und damit auch schon
- 16 entschieden ist, dass es später kein privates Leben führen kann. Des Weiteren hat das
- 17 Zeigen des Kindes nur einen Zweck für die Erziehungsberechtigten und keinen für das
- 18 Kind selbst (und ab dem Moment, wo damit Geld verdient wird, kann man dies auch als
- 19 Kinderarbeit abstufen.) Außerdem reicht auch die Zustimmung des Kindes nicht
- 20 (mindestens bis zum Alter von 14 Jahren), da die Meinung sehr einfach beeinflusst
- 21 werden kann und somit auch die die Entscheidung des Kindes nicht zählen sollte. Ein
- 22 weiterer Grund gegen das Zeigen von Kindern im Internet ist, dass viele Inhalte, wenn
- 23 auch unbeabsichtigt von den Eltern, sexualisiert werden und von User*innen angesehen
- 24 werden, die diese Videos dann auf eine unangemessene Art und Weise anschauen.
- 25 Ungefähr dasselbe Prinzip besteht auch bei dem Punkt der Kinderwerbeagenturen. Denn
- 26 auch hier können Kinder nicht einschätzen, was es bedeutet, in dieser Art von
- 27 sozialen Medien präsent zu sein. Die Entscheidungen, beeinflusst von den
- 28 Erziehungsberechtigten, kann noch Jahre später bereut werden, doch in diesem Moment
- 29 wäre es zu spät, da alles, was einmal in die Medien gelangt ist, nie wieder
- 30 verschwindet.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag E01: Reißt die Festung ein! Europa muss ein sicherer Hafen werden.

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Sachgebiet:	E - Europa, Internationales und Intergalaktisches

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

1 Das Jahr 2022 hat viele unserer europäischen Gewissheiten über Bord geworfen. Es war
2 das Jahr des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, das Jahr der drohenden
3 Energiekrise und der Inflation. Es war aber auch das Jahr, in dem über eine Million
4 ukrainische Geflüchtete in der Europäischen Union Schutz fanden und mit der
5 Gewissheit gebrochen wurde, dass europäische Asylpolitik immer Uneinigkeit,
6 Abschottung und Inhumanität bedeuten muss. Im Umgang mit ukrainischen Geflüchteten
7 haben die EU-Staaten mehr internationale Solidarität bewiesen, als viele von uns
8 erwartet hätten. Die sogenannte "Massenzustromrichtlinie" wurde erstmals aktiviert.
9 Geflüchtete konnten selbst auswählen, in welchem Land der EU sie Schutz suchen, statt
10 wegen des Dublin-Abkommens an der Außengrenze festzuhängen. Sie waren nicht
11 gezwungen, in überfüllten Erstaufnahmeeinrichtungen unterzukommen, sondern konnten
12 ihren Wohnort selbst wählen, sie konnten zur Schule gehen, studieren, arbeiten.
13 Kurzum: Plötzlich war vieles möglich, wofür wir schon lange kämpfen. Und immer wieder
14 wurde diskutiert, wie sich dieser Maßstab auch für Geflüchtete aus anderen Ländern
15 anlegen lasse.

16

17 Ein Jahr später ist die Unterbringung von Geflüchteten weiterhin ein Thema von
18 öffentlichem Interesse, aber die hoffnungsvolle Bezugnahme auf die Solidarität mit
19 Geflüchteten aus der Ukraine ist kaum noch zu hören. Kommunen beklagen fehlende
20 Unterbringungskapazitäten, Bund und Land geben sich gegenseitig die Schuld an
21 finanziellen Engpässen und aus der Bundesregierung hört man das Vorhaben einer
22 "Rückführungsoffensive". Mehr und schneller abschieben wird, auch von Teilen der
23 Regierungskoalition, als Lösung propagiert. Währenddessen laufen auf europäischer
24 Ebene die Verhandlungen zum Asyl- und Migrationspakt, die klar in Richtung
25 Abschottung deuten. Dieser Abschottung Europas stellen wir uns als Jusos klar
26 entgegen. Wir haben nicht vergessen, dass eine andere, eine solidarische, eine humane
27 Asylpolitik möglich ist! Wir akzeptieren keine rassistische Ungleichbehandlung von
28 Geflüchteten!

29

30 **Europäische Reformen: Eine solidarische Lösung ist nicht in Sicht**

31 Seit langem wird in der EU über eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems
32 diskutiert. Das Dublin-System hat sich als dysfunktional und unfair für die
33 Mitgliedstaaten erwiesen und trägt gleichzeitig zu unmenschlichen Bedingungen in
34 Lagern an der EU-Außengrenze wie zum Beispiel in Moria bei. Zuletzt wurde die
35 Diskussion über die Reformen konkreter. Die Kommission hat Vorschläge unterbreitet,
36 zu denen der Innenausschuss des Europäischen Parlaments Stellung genommen hat. Die
37 diskutierten Maßnahmen sind alarmierend! Wir haben dazu klare Positionen:

- 38 • **Wir lehnen die Fiktion der “Nicht-Einreise” ab** und die damit verbundenen Asyl-
39 “Schnellverfahren”. Um das Recht auf Asyl einzuschränken, sollen Schutzsuchende
40 an der EU-Außengrenze zukünftig inhaftiert werden und als formell “nicht
41 eingereist” gelten. Im 12-wöchigen Schnellverfahren soll dann über den
42 Schutzanspruch der Antragsteller*innen entschieden werden. Ziel der
43 Schnellverfahren unter Haftbedingungen ist es, Geflüchtete in angeblich
44 “sichere” Drittstaaten abzuschieben. Das Europäische Parlament will diese
45 Schnellverfahren nur als “freiwillige” Maßnahme und nicht wie die EU-Kommission
46 als verpflichtende Maßnahme. Das ist zwar eine Abschwächung des Vorschlags, aber
47 es ermöglicht trotzdem eine Aushebelung von rechtsstaatlichen Asylverfahren. Ein
48 rechtsstaatliches, menschenwürdiges Verfahren kann es nicht als Sparversion
49 geben!
- 50 • **Wir lehnen die Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten ab.**
- 51 • **Wir lehnen den “EU-Türkei-Deal” und weitere Abkommen nach diesem Vorbild ab**, wie
52 z.B. mit Tunesien. Tunesien wird zunehmend autoritär regiert, gegen die
53 Opposition wird immer rücksichtsloser vorgegangen. Zugleich werfen
54 Nichtregierungsorganisationen den tunesischen Behörden zahlreiche
55 Menschenrechtsverletzungen und Rassismus vor. Rechtsstaatliche Asylverfahren
56 können so nicht garantiert werden. Es droht sich zu wiederholen, was bereits mit
57 der Türkei passiert ist: Die EU macht sich von einem autoritären Regime abhängig
58 und hebt gleichzeitig das Asylrecht aus.
- 59 • **Wir kämpfen gegen Rückführungspartnerschaften** als Alternative zur solidarischen
60 Aufnahme von Geflüchteten: Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, dass EU-Staaten,
61 die sich weigern Geflüchtete aufzunehmen, stattdessen zur Abschiebung von
62 Geflüchteten verpflichtet sollen. Falls sie damit scheitern, werden sie zur
63 Aufnahme verpflichtet. Mit diesem Verfahren wird die rechte und rassistische
64 Abschottungspolitik von Ländern wie Ungarn bestätigt. Aufnahme und Abschiebung
65 von Geflüchteten werden zu einer gleichwertigen Aufgabenteilung in der EU
66 gemacht. Wir unterstützen das Europäische Parlament in der Ablehnung dieser
67 Maßnahme.
- 68 • **Wir wollen nicht, dass EU-Mitteln in Infrastruktur zur Abschottung an der**
69 **Außengrenze investiert werden.** Das gilt sowohl für konkrete Barrieren wie Zäune
70 oder Mauern als auch für technische Mittel wie Drohnen.
- 71 • **Wir kritisieren die Verwendung von EU-Heranzuführungshilfen für**
72 **Beitrittskandidaten, um dort Abschiebegefängnisse oder ähnliche Einrichtungen zu**
73 **bauen.** Geschehen ist das im bosnischen Lipa, wo mit EU-Mitteln ein
74 Internierungstrakt für Geflüchtete errichtet wurde - womöglich sogar an
75 zuständigen bosnischen Stellen vorbei. Bewerbungen zum EU-Beitritt werden so
76 genutzt, um Staaten dazu zu zwingen, Geflüchtete zu inhaftieren und
77 abzuschieben. Das ist in doppelter Hinsicht perfide: Es ist menschenfeindlich
78 gegenüber den Schutzsuchenden und neokolonialistisch gegenüber den
79 Beitrittskandidaten.
- 80 • **Wir lehnen den Missbrauch von Handelspolitik als Migrationswerkzeug ab:** Über das
81 Allgemeine Präferenzsystem (APS) der EU werden Zölle für Entwicklungsländer
82 gesenkt oder beseitigt. Der EU-Minister*innenrat hat vorgeschlagen, Staaten, die
83 beim Zurücknehmen von Staatsangehörigen nicht ausreichend kooperieren, diese

84 Handelsvorteile zu entziehen. Diese erpresserischen Methoden gegenüber den
85 ärmsten Staaten lehnen wir ab!

86

87 **Wir fordern weiterhin:**

- 88 • **Die Abschaffung der Grenzschutzagentur Frontex:** Zwar haben die Skandale um den
89 ehemaligen Exekutivdirektor Leggeri zu einem Führungswechsel bei Frontex
90 geführt, doch der grundsätzliche Zielkonflikt der Agentur wird dadurch nicht
91 aufgelöst. Der neue Frontex-Chef betont, dass Frontex Menschenrechte schützen
92 soll, hat aber den Auftrag, die EU möglichst effektiv gegen Geflüchtete
93 abzuschotten. Hinzu kommt eine tiefsitzende Intransparenz innerhalb von Frontex.
94 Frontex war außerdem am Betrieb von sogenannten "Black Sites", geheimen,
95 illegalen Abschiebegefängnissen in Mitgliedstaaten wie Bulgarien beteiligt. Das
96 alles sind strukturelle und keine rein personellen Probleme.
- 97 • **Einen systematischen Monitoring-Mechanismus** als Instrument gegen
98 Menschenrechtsverletzungen wie z.B. rechtswidrige Pushbacks
- 99 • die EU-Kommission auf, unverzüglich ein **Vertragsverletzungsverfahren gegen**
100 **Litauen** einzuleiten wegen der nationalen Legalisierung von Pushbacks, auch um
101 ähnlichen Bestrebungen in anderen EU-Staaten einen Riegel vorzuschieben.
- 102 • **Freizügigkeit für Geflüchtete in der EU**

103

104 **Deutsche Pläne: Gelebte Solidarität statt Abschiebegipfel**

105 Beachtung findet die deutsche Asylpolitik vor allem in Gestalt überforderter
106 Kommunen. Während die Zahl der in Deutschland gestellten Asylanträge während der
107 Corona-Pandemie zwischenzeitlich gesunken war, ist sie zuletzt wieder deutlich
108 angestiegen. Obwohl spätestens seit 2015 allen politisch Verantwortlichen hätte klar
109 sein müssen, dass Fluchtbewegungen nach Europa nicht einfach so verschwinden werden,
110 war Deutschland erneut unvorbereitet. Weder sind die nötigen praktischen
111 Vorbereitungen, vor allem mit Blick auf Unterbringungsmöglichkeiten, getroffen
112 worden, noch hat sich die Bundesregierung an den positiven Beispielen im Umgang mit
113 Geflüchteten aus der Ukraine orientiert. **Ein enormer Vorteil bei der Unterbringung**
114 **ukrainischer Geflüchteter war, dass sie nicht dazu gezwungen wurden, in**
115 **Erstaufnahmeeinrichtungen zu wohnen.** Stattdessen konnten sie auf freiwillige
116 Helfer*innen sowie auf familiäre Netzwerke zurückgreifen, die sowohl die
117 Aufnahmeeinrichtungen entlastet haben als auch das Ankommen in Deutschland für die
118 Geflüchteten selbst massiv erleichtert haben. Während die Kommunen über überfüllte
119 Unterkünfte klagen, werden mehr Abschiebungen als Lösung dargestellt. Insbesondere
120 die CDU/CSU springt in diese Bresche, unterstellt der Bundesregierung Untätigkeit und
121 fordert mehr "Rückführungspartnerschaften" mit Drittstaaten. Aber auch die
122 Bundesregierung steht dieser Logik nicht fern. Im Koalitionsvertrag ist, neben
123 einigen durchaus progressiven migrationspolitischen Vorhaben, eine
124 "Rückführungsoffensive" vorgesehen und der Migrationsbeauftragte der Bundesregierung,
125 FDP-Politiker Joachim Stamp, plädiert mit Nachdruck für die Auslagerung von
126 Asylverfahren in Drittstaaten, was den Zugang zu rechtsstaatlichen Asylverfahren in
127 der EU faktisch aushebeln würde. Im Mai 2023 verkündete die Bundesregierung, dass sie
128 die Pläne der EU-Kommission unterstütze, sich für mehr Abschiebungen und stärkeren

129 “Schutz” der Außengrenze einsetze. Die Debatte um mehr Abschiebungen ist aber eine
130 populistische Nebelkerze. Dass viele formal “Ausreisepflichtige” nicht abgeschoben
131 werden, liegt nicht an Nachlässigkeit oder ausgeprägter Humanität des deutschen
132 Staates, sondern an handfesten Hürden: insbesondere fehlenden Pässen oder der
133 unsicheren Lage in den Herkunftsländern. Statt mit Debatten über
134 Rückführungsoffensiven abzulenken, erwarten wir von der Bundesregierung, sich auf
135 weiterhin hohe Zahlen an Schutzsuchenden einzustellen und ihnen auch tatsächlich
136 Schutz unter menschenwürdigen Bedingungen zu bieten.

137

138 **Deshalb fordern wir:**

- 139 • **Freie Wahl von Wohnort und Wohnart für Geflüchtete von Anfang an!** Damit
140 entlasten wir die Aufnahmeeinrichtungen und erleichtern das Ankommen in
141 Deutschland.
- 142 • **Bundesweit einheitliche, verbindliche Mindeststandards** in Unterkünften für
143 Geflüchtete
- 144 • Bei diesen Standards insbesondere den **Schutz von Frauen** verstärkt zu beachten.
145 Dazu können auch separate Unterkünfte zählen. Abschließbare Zimmer und
146 Badezimmer in gemischten Unterkünften müssen zwingend gegeben sein. Außerdem
147 sollte das (Wach-)Personal in den Unterkünften gendersensibel geschult werden
148 und nicht rein männlich zusammengesetzt sein. Hygieneartikel sollten kostenlos
149 gestellt werden und in den Unterkünften verfügbar sein.
- 150 • ein besseres und transparentes Beschwerdemanagement in Geflüchtetenunterkünften
- 151 • dass die Kommunen bei der Unterbringung und Integration von Geflüchteten endlich
152 angemessen finanziell unterstützt werden. Der Bund hat seine Blockadehaltung
153 hier aufzugeben.

154

155 Wir steuern auf ein Wahljahr in der Europäischen Union zu. Wir Jusos stehen zu
156 unserer Vision eines vereinten Europas. Dieses Europa muss aber in vielen Bereichen
157 anders handeln, als es die EU aktuell macht. Bei der Asylpolitik ist die Kluft
158 zwischen Werten wie Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde auf der einen Seite und der
159 Realität mit Pushbacks, Rückführungsrhetorik und Geflüchtetenlagern auf der anderen
160 Seite gigantisch. Auch die deutsche Bundesregierung schwenkt aktuell in diesen Kurs
161 ein - einen Kurs der Abschottung. Diesem Kurs stellen wir uns entgegen - **denn kein**
162 **Mensch ist illegal!**

Antrag E02: Rechtsstaatlichkeit in der EU – Ein Muss

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Sachgebiet:	E - Europa, Internationales und Intergalaktisches

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

1 Die Europäische Union (EU) ist ein Staatenverbund mit aktuell 27 Mitgliedern und
2 circa 450 Millionen Einwohnern. Die obersten Ziele dieses 1993 gestarteten Projekts
3 sind es den Frieden zu fördern sowie Freiheit, Sicherheit und die Rechtsstaatlichkeit
4 für die Bürger*innen garantieren. Doch aktuell finden wir in der Europäischen Union
5 verschiedene Beispiele, wo die Demokratie mit Füßen getreten wird. Der Abbau des
6 Rechtsstaates scheint Normalität geworden zu sein. Doch als Jusos können und wollen
7 wir diese Entwicklungen nicht in Kauf nehmen, sondern werden für eine demokratische
8 EU auf allen Ebenen eintreten!

9

10 **Die Rechtsstaatlichkeit in den Kopenhagener Kriterien**

11 Als die EU 1993 gegründet wurde, haben die Staats- und Regierungschef*innen drei
12 Voraussetzungen zum Beitritt in die EU beschlossen. Diese sind bekannt als
13 „Kopenhagener Kriterien“ und umfassen neben dem wirtschaftlichen Kriterium und dem
14 Acquis-Kriterium auch ein politisches Kriterium. Das politische Kriterium beinhaltet
15 die institutionelle Stabilität, eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, die
16 Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten in der
17 Gesellschaft. Alle diese Vorgaben müssen zum Eintritt in die EU erfüllt werden.
18 Allerdings wird die Einhaltung der Standards nach einem Beitritt, nicht kontrolliert
19 und kann somit nicht zu einem Ausschluss aus der Europäischen Union führen.

20

21 **Die aktuelle Situation in Polen und Ungarn**

22 Die beiden Staaten Polen (seit 2004 Mitglied der EU) und Ungarn (seit 2004 Mitglied
23 der EU) verbindet nicht nur ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Union und ihre
24 geografische Lage, sondern auch ihre Verletzungen gegen die Rechtsstaatlichkeit. Die
25 damit einhergehende Demontage der Demokratie hat für die Freiheit der Bürger*innen
26 vor Ort fatale Folgen. Doch was passiert in den beiden Ländern?

27

28 Seit 2015 beobachten wir in Polen den Umbau der Justiz, der von der
29 nationalkonservativen PiS-Regierung vorgebracht wird. Dabei handelt es sich um den
30 Versuch, die Presse sowie die Justiz unter die Kontrolle der Regierung zu bringen.
31 Die Gewaltenteilung in Polen ist somit in akuter Gefahr. Beispielsweise wurde 2018
32 eine Disziplinarkammer für Richter*innen am Obersten Gericht eingerichtet. Darin
33 sollen die Richter*innen für „Fehlverhalten“ und „Fehlentscheidungen“ in
34 Gerichtsprozessen aus der Perspektive der Regierung zur Rechenschaft gezogen werden.
35 Hinzu kam im Februar 2020 ein weiteres Gesetz zur Disziplinierung, durch welches
36 Richter*innen Geldstrafen, Degradierung oder Entlassungen drohen, sollten sie die
37 Entscheidungen von anderen Richter*innen in Frage stellen. Außerdem ist es polnischen
38 Richter*innen untersagt, politisch aktiv zu werden. Engagement in

39 Richter*innenvertretungen ist daher schier unmöglich, da diese sich mit der
40 Justizpolitik auseinandersetzen. Polen Ministerpräsident Mateusz Morawiecki
41 verteidigt diesen Umbau gegen Kritik der EU-Kommission: Die Justiz sei Angelegenheit
42 der Mitgliedsstaaten. Doch dass die Kommission die Aufgabe hat, die Demokratie,
43 Menschenwürde und eine gute Justiz in den Mitgliedsstaaten zu sichern, wird dabei
44 außer Acht gelassen.

45

46 Ein Blick nach Ungarn zeigt, dass Polen kein Einzelfall ist. Auch hier wird der
47 Versuch unternommen, die Unabhängigkeit von Justiz und Presse auszuhöhlen. So wurden
48 beispielsweise ungarische Journalist*innen mithilfe der Software „Pegasus“ von der
49 Regierung ausspioniert. Diese Software ist offiziell als Cyberwaffe eingestuft. Doch
50 hinzu kommt auch, dass das Verfassungsgericht nur noch durch die Regierungspartei
51 besetzt wird und somit keine kritischen Stimmen mehr vorweist. Außerdem betreibt die
52 Regierung um Orbán eine aktive Anti-Queer -Politik. Mit einem Gesetz wurde im Juni
53 2021 beschlossen, dass Homosexualität nicht mehr in der Schule „propagiert“ sowie aus
54 Filmen, Büchern und Werbungen gestrichen werden soll. Die Argumentation hinter diesen
55 Umbrüchen ähnelt der Polens und auch die EU-Kommission reagiert identisch. Zudem
56 greifen Viktor Orbán und seine Fidesz-Partei immer wieder auf antisemitische
57 Stereotype und Verschwörungserzählungen zurück, um Hass gegen vermeintlich
58 „ausländische“ Einflüsse zu schüren. Die autoritäre Ausrichtung der ungarischen
59 Regierung zeigt sich auch am Versuch, die Universitäten des Landes stärker zu
60 kontrollieren und die Arbeit von NGOs einzuschränken. Die Feindseligkeit gegenüber
61 NGOs teilt die ungarische Regierung mit anderen autoritären Regierungen, wie z.B. der
62 russischen. Bemerkenswert ist im Falle Ungarns, wie lange CDU und CSU der Fidesz-
63 Partei auf europäischer Ebene den Rücken gestärkt haben - erst 2021 ist die Partei
64 von Viktor Orbán aus der konservativen Parteienfamilie EVP ausgetreten. Auch dieses
65 politische Bündnis mit den autoritären Kräften in Ungarn hat den Einsatz der EU für
66 den ungarischen Rechtsstaat gebremst.

67

68 Als Jusos stehen wir solidarisch an der Seite der demokratischen Opposition im
69 Kampf für mehr Demokratie in ihren Ländern und verurteilen die Angriffe auf die
70 Rechtsstaatlichkeit in Ungarn und Polen!

71

72 **Aktuelle Möglichkeiten zum Handeln**

73 Auch wenn die Europäische Union im Bereich der Rechtsstaatlichkeit handlungsunfähig
74 wirkt, ist dies nicht der Fall. Unter anderem werden seit 2020 jährlich „Berichte
75 über Rechtsstaatlichkeit“ über jeden Mitgliedstaat verfasst, die öffentlich für alle
76 Bürger*innen zugänglich sind. Darin wird die Demokratie der einzelnen Länder
77 analysiert und die Funktion bewertet. Außerdem gibt es den „Rechtsstaatsmechanismus“,
78 welcher nach einer qualifizierten Mehrheit im Europäischen Rat beschlossen wird. Es
79 handelt sich hierbei um Kürzungen der finanziellen Mittel für die Mitgliedstaaten,
80 während sie ihre vollen Abgaben in den europäischen Haushalt einzahlen. Diese
81 Sanktionen sind nicht an bestimmte Regelverstöße gebunden und können daher unter
82 anderem bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit eingesetzt werden. Auch Polen und
83 Ungarn sind von diesen Sanktionen bereits stark betroffen. Besonders Zahlungen aus

84 den Corona-Wiederaufbaufonds fehlen den Staaten. Die EU-Kommission unter Ursula von
85 der Leyen war bislang jedoch viel zu zögerlich in der Anwendung des
86 Rechtsstaatsmechanismus. Vor allem aber hat sie sich zu schnell auf eine
87 unzureichende Einigung mit der polnischen Regierung eingelassen. Die EU-Kommission
88 verfügt über einen starken finanziellen Hebel, setzten diesen aber nicht mit
89 ausreichend Nachdruck ein. . Als weiteres Mittel gibt es das Verfahren von Artikel 7,
90 welches sich nur auf Verletzungen der Demokratie bezieht. Dieses Verfahren beinhaltet
91 ebenfalls Präventionsmaßnahmen und Sanktionen, aber auch einen Stimmenverlust eines
92 Mitgliedstaates in allen europäischen Gremien. Allerdings wurde diese höchste
93 Maßnahme in der Geschichte noch nie angewandt, da dafür eine Einstimmigkeit im
94 Europäischen Rat benötigt wird. Wir sehen also, dass die Europäische Union diverse
95 Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung hat, sich für die Einhaltung des Rechtsstaates
96 in den Mitgliedsstaaten einzusetzen. Doch diese Maßnahmen werden aktuell nicht
97 konsequent genutzt und ausgeschöpft. Somit muss die Kommission bei Verstößen der
98 Rechtsstaatlichkeit härter durchgreifen und weitere effektive Maßnahmen entwickeln.

99

100 **Die EU steht sich selbst im Weg**

101 Bei all diesen Umständen, die die Demokratien gefährden, sehen wir eine EU, die sich
102 immer wieder selbst im Weg steht. Aktuell herrscht im Europäischen Rat das Prinzip
103 der Einstimmigkeit, wenn es um wichtige Fragen geht. Damit sich die EU für ihre Werte
104 und somit auch für die Demokratie stark machen kann, muss das Einstimmigkeitsprinzip
105 im Europäischen Rat angeschafft werden. Neben dem Europäischen Rat muss auch das
106 Europäische Parlament reformiert und demokratisiert werden. Denn das Europäische
107 Parlament ist die größte Vertretung der Bürger*innen auf europäischer Ebene. Doch
108 momentan besitzt dieses Parlament kein Gesetzesinitiativrecht, welches aber dringend
109 notwendig ist, um sich selbst als Gemeinschaft zu demokratisieren, aber auch um die
110 Demokratie in den Mitgliedsstaaten stärker prüfen zu können.

111

112 **Was wir wirklich brauchen**

113 Unser Europa ist offen, nachhaltig und solidarisch. Wir wollen die Europäische Union
114 weiterentwickeln, denn unsere langfristige Vision sind die Vereinigten Staaten von
115 Europa. Dafür muss die EU demokratischer werden und stärker für soziale und
116 ökologische Ziele kämpfen, anstatt sich als bloßer Wirtschaftsraum zu begreifen.

117

118 **Daher fordern wir:**

- 119 - Die aktuell existierenden Maßnahmen für den Schutz der Rechtsstaatlichkeit stärker
- 120 zu nutzen sowie neue effektive Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln.
- 121 - Eine Kompetenzerweiterung des EU-Parlaments, die das Recht auf Gesetzesinitiativen
- 122 beinhaltet.
- 123 - Stärkere Strafzahlungen und Sanktionen bei Verletzungen gegen die
- 124 Rechtsstaatlichkeit.
- 125 - Die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzipes im EU-Rat, um endlich handlungsfähig
- 126 zu werden.
- 127 - Dass die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien auch nach Beitritt in die EU eine

- 128 Voraussetzung zur langfristigen Mitgliedschaft bilden.
- 129 - Einen weiterhin intensiven Austausch mit unseren jungsozialistischen
- 130 Schwesterorganisationen innerhalb der Europäischen Union, um gemeinsam für die
- 131 Rechtsstaatlichkeit einzutreten.

Antrag E03: Keine Zustimmung zum EU-Grenzverfahren

Antragsteller*in:	Jusos Göttingen
Sachgebiet:	E - Europa, Internationales und Intergalaktisches

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Am 08. Juni 2023 wollen die EU-Innenminister*innen im EU-Rat über neue Grenzverfahren
- 2 im Rahmen des „Pakts für Asyl und Migration“ entscheiden. Ziel dieses Paktes sollen
- 3 in der Theorie „eindeutige, faire und schnellere“ Asyl- und Rückführungsverfahren
- 4 sein. Ein Ziel, dem der Pakt für Asyl und Migration nicht im Entferntesten gerecht
- 5 wird. Das Innenministerin Nancy Faeser nun die deutsche Zustimmung zu diesen neuen
- 6 Gesetzesverfahren signalisiert hat ist dabei für uns nicht hinnehmbar und steht im
- 7 Widerspruch zum Ampel-Koalitionsvertrag, in welchen formuliert wird: „Wir wollen die
- 8 illegalen Zurückweisungen und das Leid an den Außengrenzen beenden. [...] Der
- 9 Asylantrag von Menschen, die in der EU ankommen oder bereits hier sind, muss
- 10 inhaltlich geprüft werden“.
- 11 Im Fokus der neuen Grenzverfahren stehen dabei besonders verpflichtende, integrierte
- 12 Screening-, Asyl-, und Rückführungsverfahrens an den EU-Außengrenzen. Im Rahmen der
- 13 Asylrichtlinie aus dem Jahr 2013 erlaubt es Mitgliedsstaaten, ein solches Verfahren
- 14 beispielsweise an Flughäfen oder Transitzonen einzurichten. Aktuell wenden 15 von den
- 15 über 30 EU-Staaten diese Verfahren an. Jedoch bereits jetzt gehen diese Verfahren
- 16 oftmals mit einem Freiheitsentzug und menschenunwürdigen Zuständen wie auf
- 17 den griechischen Inseln für die Schutzsuchenden einher. Selbst bei den
- 18 vergleichweisen geringen Zahlen der deutschen Flughafenverfahren zeigen sich große
- 19 Probleme was die effektive Rechtsvertretung und Rückführungen in Länder mit
- 20 Abschiebstopp angeht. Laut dem Vorschlag zum Pakt für Asyl und Migration wären die
- 21 Mitgliedsstaaten verpflichtet, das Grenzverfahren für all jene Antragsteller*innen
- 22 anzuwenden, die ein Sicherheitsrisiko darstellen oder die für das Verfahren relevante
- 23 Informationen vorenthalten. Dies umfasst beispielsweise Informationen zur Identität,
- 24 Herkunftsland oder Fluchtroute. Zusätzlich wäre das Grenzverfahren nun auch
- 25 verpflichtend für Menschen, die aus einem Land kommen, für das die Anerkennungsrate
- 26 im EU-weiten Durchschnitt unter 20% liegt.
- 27 Des Weiteren sollen im Rahmen von sogenannten preentry Screening Verfahren, welche
- 28 für alle Drittstaatsangehörigen, die die Grenze „unbefugt überqueren sowie alle aus
- 29 Seenot geretteten Menschen gelten, innerhalb von 5 Tagen geprüft werden, ob die
- 30 Schutzsuchenden für ein reguläres Asylverfahren in Frage kommen oder ob diese das
- 31 Grenzverfahren durchlaufen können. Dort wo das Grenzverfahren verpflichtend ist, soll
- 32 zusätzlich die inhaltliche Begründetheit des Asylantrags geprüft werden.
- 33 Die führt de facto zu einer Aufspaltung der Asylprüfung. Dem regulären Asylverfahren
- 34 stünde ein zunächst fakultatives, aber unter bestimmten Umständen verpflichtendes,
- 35 Grenzverfahren gegenüber. Mit dem sogenannten preentry Screening würde ein weiteres
- 36 vor dem eigentlichen Asylverfahren oftmals unfaires, vorgeschaltetes Verfahren
- 37 geschaffen werden. Des Weiteren führt dies verbunden mit dem Konzept der „sicheren
- 38 Drittstaaten“ zu einer Auslagungen der Verantwortung für Geflüchtete. Bereits jetzt
- 39 werden in Griechenland Anträge von syrischen, afghanischen und weiteren Asylsuchenden

40 als „unzulässig“ abgelehnt, weil die Türkei als sicherer Drittstaat gilt – obwohl
41 diese die Kriterien eines sicheren Drittstaats nicht erfüllt und massiv nach
42 Afghanistan und auch immer wieder nach Syrien abschiebt.

43 Auch die neugeschaffenen Fristen innerhalb der Verfahren sollen zwar theoretisch zu
44 schnelleren Verfahren führen, tun dies aber nicht notwendigerweise, da eine
45 Bearbeitung der Anträge schon jetzt bspw. auf Grund von mangelndem Personal oftmals
46 nicht fristgerecht möglich ist.

47 Des Weiteren muss eine rechtliche Umsetzung der Grenzverfahren muss die Fiktion der
48 Nicht-Einreise geschaffen werden. Die betroffenen Personen gelten als nicht
49 eingereist, obwohl sie sich auf dem Territorium eines Mitgliedstaates der EU
50 aufhalten und sich unter der „effektiven Kontrolle“ der Behörden des Staates
51 befinden. Diese würde de facto einer Einschränkung der Bewegungsfreiheit, de facto
52 haftähnlicher Unterbringung, die den betroffenen Menschen u.a. die Möglichkeit nimmt,
53 sich unabhängig rechtlich beraten zu lassen und sie von der Außenwelt abschirmt
54 einhergehen. Auch könnten die Menschen so insgesamt bis zu 6 Monaten an den
55 Außengrenzen festgehalten werden. Auch wird die Möglichkeit von Schutzsuchenden
56 Widerspruch gegen einen Rückkehrbescheid einzulegen durch die Zusammenlegung von
57 Asyl- und möglichem Rückkehrbescheid, eingeschränkt, da diese weniger Zeit für die
58 Vorbereitung eines möglichen Widerspruchs lässt. Hinzu kommt, dass der
59 Kommissionsvorschlag Asylsuchenden aus Ländern mit geringer Schutzquote kein
60 automatisches Bleiberecht während ihres Widerrufverfahrens, oder während eines
61 erneuten Asylantrags, garantiert. Als dies stellt also eine erhebliche Einschränkung
62 des Schutzes auf Rückweisung dar.

63 Wir fordern von der Bundesregierung daher :

- 64 • Keine Zustimmung zu verpflichtenden EU-Grenzverfahren, sondern einen Einsatz für
65 eine generelle und effektive Ausnahme von Kindern, Familien und anderen
66 vulnerablen Menschen von Grenzverfahren sowiestarke Garantien was unabhängige
67 Unterstützung der Asylsuchenden angeht.
- 68 • sich bei den Verhandlungen zumindest gegen eine verpflichtende Anwendung der
69 Fiktion der Nicht-Einreise einzusetzen.
- 70 • sich gegen eine verpflichtende Anwendung das Konzept der „sicheren Drittstaaten“
71 und gegen die Absenkung der Kriterien für „sichere Drittstaaten“ einsetzen.
- 72 • keine abgesenkten Rechtsschutzvorschriften zuzulassen.

73 [D.h. Menschen die aus einem sogenannten „sicheren Herkunftsland oder sicheren](#)
74 [Drittstaat“ kommen.](#)

75 [Vgl. das Positionspaper der Staaten Griechenland, Italien, Malta und](#)
76 [Spanien\(https://twitter.com/NikolajNielsen/status/1331856468186902529\)](https://twitter.com/NikolajNielsen/status/1331856468186902529)

Antrag E04: Verhandelt endlich über Menschlichkeit! Für eine humane Flucht und Migrationspolitik

Antragsteller*in:	Jusos Göttingen
Sachgebiet:	E - Europa, Internationales und Intergalaktisches

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

1 Wir fordern:

- 2 • Einen sofortigen Abschiebestopp für ganz Deutschland
- 3 • Solidarisches Verhalten und aktive Umsetzung der Beschlusslage im Bereich
- 4 Flucht- und Migration durch alle Amts- und Mandatsträger*innen der SPD,
- 5 insbesondere die Bundesinnenministerin
- 6 • Die grundsätzliche Streichung der Regelung über sogenannte „sichere
- 7 Herkunftsländer“ bei der Asylgesetzgebung und die rechtliche und personelle
- 8 Sicherstellung einer umsichtigen Einzelfallprüfung aller Asylanträge, sowie
- 9 Schulung und Ausfinanzierung des zuständigen Personals.
- 10 • Ein sofortiges Ende der Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums und die
- 11 Auflösung der EU-Grenzschutzbehörde Frontex
- 12 • Die Entkriminalisierung, finanzielle Förderung und politische Rückendeckung für
- 13 private Seenotrettung durch die Bundesregierung und die EU-Kommission, sowie
- 14 eine deutsche Initiative für einen Verteilungsmechanismus für Geflüchtete und
- 15 eine staatliche Seenotrettungsmission williger europäischer Staaten
- 16 • Die endgültige Aufkündigung des EU-Türkei Abkommens zur Flüchtlingspolitik,
- 17 sowie aller weiteren Abkommen mit Herkunfts- und Transitländern, die zum Ziel
- 18 haben, Flüchtende vom Erreichen eines für sie sicheren Staates mit guter
- 19 Menschenrechtsslage abzuhalten und ein Stopp künftiger Abkommen dieser Art,
- 20 insbesondere mit Staaten, die (quasi-) autokratisch regiert werden und
- 21 systematisch die Menschenrechte verletzen
- 22 • Ein sofortiges Ende der Finanzierung der sogenannten „Lybischen Küstenwache“ und
- 23 eine unabhängige Untersuchung der durch sie begangenen
- 24 Menschenrechtsverletzungen mit dem Ziel einer Klage vor dem internationalen
- 25 Strafgerichtshof
- 26 • Keine Asylzentren, Abschiebelager oder ähnliche Einrichtungen Deutschlands oder
- 27 der EU an den EU-Außengrenzen
- 28 • Eine ausreichende finanzielle Unterstützung der Kommunen durch den Bund bei der
- 29 Unterbringung und Versorgung Geflüchteter, die langfristige Planungen und gute
- 30 Lebensumstände für die Betroffenen ermöglicht
- 31 • Bleibeperspektive für alle geflüchteten und migrierten Personen in Deutschland
- 32 und mehr Wege für sichere und legale Flucht und Migration nach Deutschland und
- 33 in die europäische Union
- 34 • Die progressive Bekämpfung von Fluchtursachen über diplomatische Initiativen und
- 35 Intensivierung der Entwicklungszusammenarbeit durch Deutschland und die EU

Begründung

Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung darf nicht dieselbe im Kern rassistische und menschenfeindliche Migrationspolitik verfolgen, wie ihre Vorgänger. Die Debatte im Zuge des Bund-Länder-Gipfels zur Flüchtlingspolitik hat wieder einmal eindrucksvoll den Rechtsruck aufgezeigt, den fast die gesamte deutsche Gesellschaft und Politik seit 2015 vollzogen hat. Mittels Plänen wie Auffanglagern, der Bearbeitung von Asylanträgen an den EU-Außengrenzen und der Ergänzung weiterer sogenannter „sicherer Herkunftsstaaten“, versuchen Verantwortliche noch immer Menschen an der Einreise in die EU und nach Deutschland zu hindern, um so die eigenen Kosten gering zu halten und nicht für eine gute Versorgung und Integration geflüchteter Aufkommen zu müssen. Zudem wird über mögliche neue Abkommen mit Staaten wie Tunesien gesprochen, wo aktuell eine autoritäre Regierung ihre Macht festigt und insbesondere BIPOC Flüchtende sogar nachts aufgegriffen und in der Wüste ausgesetzt werden.

Statt die Interessen der Kommunen und EU-Staaten und die Menschenrechte flüchtender und geflüchteter Menschen gegeneinander auszuspielen, müssen EU-Kommission und Bundesregierung beides tun: die Folgen der teilweise durch die eigene Politik verursachten Fluchtbewegungen durch ausreichende Bereitstellung von Ressourcen abfedern und dafür sorgen, dass die entsprechenden Personen, überhaupt sicher in ein Land ihrer Wahl einreisen können und dort so schnell wie möglich ein normales Leben führen dürfen.

*Während bspw. Coronamaßnahmen, die eine Einschränkung der Grundrechte bedeuteten, andauernd auf ihre Verhältnismäßigkeit evaluiert und schließlich zurückgenommen wurden, folgen seit der humanitären Krise 2015 ständig neue Einschränkungen des Asylrechts und des praktischen Umgangs mit Schutzsuchenden, obwohl die Zustände von damals schon lange nicht mehr herrschen und viele der Befürchtungen ausgeblieben sind. Neue Maßnahmen gegen Flüchtende haben schon lange ihren Charakter als Notlösung verloren und stellen stattdessen ein Dogma dar, dem sich leider auch Politiker*innen der SPD auf allen Ebenen angeschlossen haben. Rechtsextreme Parteien und auch mehr oder minder große Teile der konservativen und liberalen Lager treiben SPD und Grüne dabei für Wähler*innenstimmen vor sich her und es fehlt eine starke Stimme, die sich für Menschlichkeit einsetzt.*

Kaum eine Forderung in diesem Antrag ist neu. Dennoch sind wir vielen von ihnen nicht nähergekommen, sondern haben uns seither weiter davon entfernt. Es ist es von großer Bedeutung, dass wir ständig auf die katastrophale Lage an den EU-Außengrenzen hinweisen und aufzeigen, dass der rassistische Normalzustand nicht alternativlos ist. Ein solidarisches Europa ist möglich!

„Öffnet die Grenzen, schließt die Verträge: Tauscht euren Wohlstand ein gegen Ehre!“

– KAFVKA – „Lampedusa“ (2014)

Antrag E05: Gründung einer europäischen Versammlung für die Demokratisierung Europas.

Antragsteller*in:	Jusos Göttingen
Sachgebiet:	E - Europa, Internationales und Intergalaktisches

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Wir fordern die Gründung einer europäischen Versammlung nach Vorbild des „Manifest
- 2 zur Demokratisierung Europas“ sowie des „Vertrags zur Demokratisierung der Eurozone“
- 3 als politische Forderung in das Wahlprogramm der Bundespartei sowohl zur nächsten
- 4 Wahl des Europaparlaments (Voraussichtliches Datum: Frühjahr 2024) als auch im
- 5 Wahlprogramm zur nächsten Wahl des Deutschen Bundestags (Voraussichtliches
- 6 Datum Herbst 2025) zu schreiben.

Begründung

Die internationalistische Idee war und ist ein Grundsatz der Sozialdemokratie, zudem sich die SPD schon vor 100 Jahren mit den „Vereinigten Staaten von Europa“ im Heidelberger Programm bekannt hat. Die Europäische Union und die ihr zugrundeliegenden Gründungsverträge (AEU-Vertrag & EU-Vertrag) haben mit den darin festgehaltenen Grundfreiheiten (siehe Art. 45, 49, 56, 63 AEUV) nationale Hindernisse für die Privatwirtschaft überwunden. Der Sozialstaat und der öffentliche Sektor allgemein sind jedoch immer noch durch nationale Grenzen beschränkt. So werden Steuern als eines der wichtigsten Instrumente des Staates immer noch durch 27 Mitgliedsstaaten einzeln erhoben während große Unternehmen in der Wirtschaft ihre Strukturen und Arbeitsweisen auf internationaler Ebene anpassen können um ihre Steuerlast zu minimieren. Ein Beispiel hierfür ist unter Anderem die Steuervermeidungsstrategie des Double Irish with a Dutch Sandwich, wodurch internationale Konzerne wie Google bis 2020 mit Hilfe von Briefkastenfirmen kaum oder gar keine Steuern auf ihre Gewinne gezahlt haben und Steuern im Wert von mehreren Milliarden Dollar hinterzogen wurden (siehe hier).

Durch die derzeit bestehenden Verträge ist die Europäische Union in vielen politischen Fragen immer noch auf das Einstimmigkeitsprinzip der Mitgliedsstaaten angewiesen. So können Jurisdiktionen mit niedrigen Steuersätzen wie Luxemburg oder Irland, in dem knapp ein Prozent der Bevölkerung der Europäischen Union wohnt, aber ein Großteil der Wirtschaft aus Steuerkanzleien und Banken besteht eine einheitliche und gerechte Steuerpolitik im Alleingang verhindern und eine gerechte Beteiligung großer Konzerne und wohlhabender Menschen an der Finanzierung des Allgemeinwesens vermeiden. Das Einstimmigkeitsprinzip in der Steuerpolitik ist nur ein Beispiel dafür, wie ein demokratisches und sozialeres Europa durch die bestehenden Regelungen und den aktuellen Status Quo in der Europäischen Union verhindert werden.

*Vor ein paar Jahren hat eine Gruppe von europäischen Bürger*Innen das Manifest für die Demokratisierung Europas (siehe hier) veröffentlicht. Darin schlagen sie die Gründung einer europäischen Versammlung vor, die über eine eigenständige Gesetzgebung sowie einen daraus finanzierten Haushalt verfügen soll. Diese Versammlung soll mehrheitlich aus Mitgliedern der nationalen Parlamente und zu einem gewissen Anteil aus Mitgliedern des europäischen Parlaments bestehen. Für die Bildung einer solchen Versammlung ist die Zustimmung aller 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union nicht notwendig. Vielmehr können zwei souveräne Staaten einen Vertrag über die Gründung einer entsprechenden Institution abschließen und diese mit eigenen Steuereinnahmen ausstatten.*

Um die mögliche Umsetzung im Einklang mit aktuellen juristischen Vorgaben zu bringen, veröffentlichten

*gleichzeitig einige Expert*Innen des Europarechts zudem den „Vertrag zur Demokratisierung der Eurozone“ (siehe hier). Die geltenden europäischen Verträge werden dadurch nicht revidiert. Dennoch wird eine Perspektive für Regierungen geschaffen, die die europäische Integration voranbringen möchten.*

Um dieser Versammlung Handlungsfähigkeit zu geben ist wie bereits erwähnt ein eigener Haushalt notwendig. Dieser könnte durch Anteile an den Steuereinnahmen der einzelnen Länder finanziert werden. Insbesondere die Besteuerung digitaler Geschäftsmodelle sowie die Besteuerung von hohem Einkommen und Vermögen erscheint auf internationaler Ebene angemessener. Zum Einen ist die Wertschöpfung bei digitalen Geschäftsmodellen schwerer nachzuvollziehen, wodurch eine autonome Besteuerung durch einzelne Länder nicht sinnvoll erscheint. Zum Anderen sind insbesondere Haushalte mit hohem Einkommen und Vermögen mobiler und können ihre Steuerlast durch Verschiebung der Vermögenswerte reduzieren. Des Weiteren könnten die Einnahmen umweltpolitisch motivierter Steuern in den Haushalt einfließen, um durch internationale Koordination den Kampf gegen die Klimakrise zu erleichtern. Eine genauere Ausformulierung ist in den jeweiligen Verträgen notwendig und muss im Einklang mit den nationalen Gesetzen formuliert werden. Dabei kann allerdings auf bereits vorhandene Praktiken zurückgegriffen werden. Als Vorbild könnten Zölle dienen, die durch den Bund erhoben werden (siehe Art 105. Abs. 1, 106 Abs. 1 und 108 Abs. 1 GG) und deren Erträge der EU zustehen (siehe Zollkodex der Union [UZK]). Dieses Vorgehen ist seit über 10 Jahren rechtskonform und mit dem Haushaltsgrundsatz der Einheit und Vollständigkeit vereinbar (siehe Art. 110 Abs. 2 GG; § 8 HGrG, § 11, § 12, § 26 BHO).

*Der Abschluss des deutsch-französischen Parlamentsabkommen von 2019 zeigt bereits, dass der Wunsch nach einer Stärkung der Demokratie auf europäischer Ebene auch in den nationalen Institutionen vorhanden ist. Im Gegensatz zur deutsch-französischen Parlamentarischen Versammlung wird aber eine Versammlung nach dem Vorbild des „Manifests zur Demokratisierung Europas“ durch einen eigenen Haushalt auch in der Lage sein, eigene politische Beschlüsse umzusetzen. Die öffentliche und demokratische Entscheidungsfindung in einer europäischen Versammlung steht dabei auch im direkten Gegensatz zur intransparenten und teilweise undemokratischen Arbeitsweise innerhalb der Europäischen Kommission. Als Beispiel hierfür sei die Wahl Ursula von der Leyens zur EU-Kommissionspräsidentin im Jahr 2019 und die damit einhergehende Überwindung des Spitzenkandidat*Innen-Prinzips erwähnt, die in Deutschland mehrheitlich abgelehnt wurde (siehe hier). Ein Misstrauen in die Institutionen der Europäischen Union zeigt sich auch im Standard Eurobarometer, in der zu Beginn des Jahres die Mehrheit der Menschen angab, das Gesamtbild der EU negativ zu bewerten (siehe hier).*

Die Idee eines demokratischeren Europas ist schon lange Teil der Sozialdemokratie. Mit der Aufnahme des „Manifests zur Demokratisierung Europas“ in die Wahlprogramme zur Europa- & Bundestagswahl bietet sich die Möglichkeit, unsere Vorstellung von Europa den Menschen wiedernäherzubringen.

Antrag E06: Auslandseinsätze der Bundeswehr neu denken

Antragsteller*in:	Jusos Celle
Sachgebiet:	E - Europa, Internationales und Intergalaktisches

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Wir fordern in der internationalen Sicherheitspolitik ein Umschwenken von einem
- 2 reaktiven zu einem vorausschauenden Agieren. Wir fordern, einzugreifen, bevor sich
- 3 Krisen zu Katastrophen ausweiten. Dabei sind vorrangig Mittel der Entwicklungshilfe
- 4 und der zivilen Krisenprävention einzusetzen. Militärische Ausbildungs- und
- 5 Ausrüstungshilfe muss dabei sorgfältig geprüft werden. Sie muss als eine zusätzliche
- 6 Option gedacht werden. Wir fordern, dass deutsche Beteiligungen an den jeweiligen UN-
- 7 Missionen kein Dauerzustand sein dürfen – Schlüsselfähigkeiten und reine
- 8 Beobachtermission ausgenommen. Eine längere Beteiligung muss stets kritisch
- 9 hinterfragt werden. Wir fordern, aktiv mit den UN und Staaten aus der jeweiligen
- 10 Region zusammenzuarbeiten, um langfristig deutsche Kräfte aus den UN-Missionen
- 11 herauslösen zu können. Wir fordern für die Bundeswehr einen klaren Fokus auf die
- 12 Landes- und Bündnisverteidigung.

Begründung

Die Bundeswehr ist zurzeit in zehn Einsätzen außerhalb des Bündnisgebietes der NATO eingesetzt. Die meisten Einsätze sind UN-Beobachtermissionen mit wenigen Soldatinnen und Soldaten. Ausnahmen davon sind die Einsätze der Marine im Rahmen der NATO-Operation Sea Guardian sowie der UN-Mission UNIFIL im Mittelmeer. Zusätzlich ist die Bundeswehr im Balkan (EUFOR in Bosnien und KFOR im Kosovo) sowie in Mali (MINUSMA) zur Friedenssicherung eingesetzt. In Mali existiert noch die Ausbildungsmission EUTM der Europäischen Union, an der sich Deutschland beteiligt. Der Ausbildungsanteil der Mission in Mali ist aufgrund von Meinungsverschiedenheiten mit der malischen Militärregierung über Neuwahlen allerdings nach wie vor ausgesetzt. In Jordanien und im Irak beteiligt sich Deutschland durch Unterstützung und Ausbildung der örtlichen Streitkräfte an der Bekämpfung der Terrorgruppe Islamischer Staat (Capacity Building Iraq/Counter Daesh).

Die Erfahrungen aus Afghanistan und den UN-Einsätzen der letzten 30 Jahre sowie die Einsichten, die uns der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine abverlangt, sollten zu einer Neubewertung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr und der Beteiligung an zukünftigen Einsätzen führen. Wir müssen mit unseren nach wie vor geringen Mitteln an Material und Personal sorgfältig umgehen und es sparsam einsetzen. Die Landes- und Bündnisverteidigung hat Priorität und wird auch die nächsten Jahre große Kräfte binden.

Daraus resultierend muss vorausschauend agiert werden. Wir dürfen nicht erst reagieren, wenn ein Staat (wie einst in Mali) kurz vor dem Zusammenbruch steht oder bereits ein Völkermord geschieht (wie 2015 an den Jesiden im Irak). Wir müssen vorher stabilisierend eingreifen. Mit Ausbildungshilfe und Ausrüstungshilfe haben wir etwa erfolgreich im Niger eingegriffen (Aufbau einer Spezialkräfteschule, Aufbau eines Militärkrankenhauses) und dabei auch von der gesamten Bandbreite an Möglichkeiten der zivilen Entwicklungshilfe Gebrauch gemacht (Aufbau von Schulen, wirtschaftliche Projekte usw.). Wenn Deutschland sich an einem Einsatz beteiligt, darf dies kein Dauerzustand sein. In Zusammenarbeit mit den UN muss sich bei jedem Einsatz schnellstmöglich um einen Ersatz gekümmert werden. Schlüsselfähigkeiten, die andere Staaten nicht stellen können, sind davon ausgenommen.

Der Ersatz für deutsche Streitkräfte sollte – wenn möglich – durch Staaten aus der jeweiligen Region erfolgen. Denn dies stärkt den regionalen Zusammenhalt und bindet die Nachbarn mit ein. Ein Beispiel dafür bildet die Operation MINUSMA in Mali, an der sich Malis Nachbarstaat Niger aktiv beteiligt.

Antrag E07: „Colonia Dignidad“ – Das Hilfskonzept konsequent umsetzen!

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Sachgebiet:	E - Europa, Internationales und Intergalaktisches

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

1 Die „Colonia Dignidad“ (dt. „Kolonie der Würde“) war eine grausame Sekte in Chile
2 rund um den Deutschen Auswanderer Paul Schäfer. Von 1960 – 2000 begingen die
3 überwiegend deutschen Staatsbürger ein Menschenrechtsverbrechen auf chilenischem
4 Territorium, der „Colonia Dignidad“. Die psychische und physische richtete sich unter
5 anderem – aber nicht nur – gegen Kinder. Schäfer entführte sowohl deutsche, als auch
6 chilenische Kinder und hielt sie in seiner Sektenkolonie fest. Mit Zwangsarbeit,
7 Elektroschocks und psychischer Gewalt wurden die Kinder unter Schäfers Sektenregime
8 gefügig gemacht. Die Jungen wurden von ihm und anderen führenden Mitgliedern mit
9 körperlicher Gewalt bestraft und vergewaltigt.

10

11 Schäfer schloss sich sehr früh, noch vor dem Militärputsch 1973, Pinochet und seinen
12 Gefolgsleuten an. Als Pinochet putschte und die Macht übernahm, kam es zu einem Pakt.
13 Die „Colonia Dignidad“ wurde zu einem Schlüsselement und integralen Bestandteil des
14 chilenischen Repressionssapparats. Es gibt Belege für Waffen- und Sprengstofftests,
15 Folter von Regimegegner*innen und dem Mord an vermutlich über 100 Oppositionellen an
16 dem rund 400 Kilometer südlich von Santiago de Chile gelegenen Ort.

17

18 Dennoch sind viele der Taten bis heute unaufgeklärt, und viele Täter*innen sind bis
19 heute ohne strafrechtliche Verfolgung ihrer Gräueltaten- und Menschenrechtsverbrechen
20 auf freiem Fuß. Das können wir nicht akzeptieren und wir fordern, dass die Aufklärung
21 der Verbrechen endlich mit der nötigen Konsequenz vorangetrieben wird!

22

23 2017 beschloss der Bundestag, die Verbrechen der „Colonia Dignidad“ aufzuarbeiten.
24 Hierzu wurde 2018 eine eigens eingerichtete, so genannte gemischte Kommission“
25 gegründet, bestehend aus deutschen und chilenischen Vertreter*innen, die über ein
26 Hilfskonzept und Entschädigungen verhandeln sollen. Ein Teil dieses Hilfskonzept ist
27 die Errichtung einer Gedenk- und Bildungsstätte, die eine Dokumentations- und
28 Bildungsfunktion in Bezug auf die Verbrechen der deutschen Sekte erfüllen soll. Für
29 die Entwicklung des Gedenkstättenkonzepts hat die gemischte Kommission ein Team aus
30 zwei deutschen und zwei chilenischen Expert*innen beauftragt – unter anderem Prof.
31 Dr. Jens-Christian Wagner, dem Leiter der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und
32 Mittelbau-Dora.

33

34 Mittlerweile ist das Konzept längst fertig gestellt und sieht den Umbau des Kerns der
35 „Colonia Dignidad“ in ebenjene Gedenk- und Bildungsstätte vor. Im Umfeld soll ein
36 neues Dorf entstehen. Ziel ist es, das Territorium der Kolonie zu einem Gedenk- und
37 Lebensort zu entwickeln. Das Konzept, das sowohl von chilenischer, als auch von

38 deutscher Seite genehmigt wurde, wird bislang jedoch nicht umgesetzt. Nach der
39 vorletzten Tagung der gemischten Kommission im Februar 2022, kam es laut
40 Medienberichten im November 2022 bei der vorerst letzten Tagung zur überraschenden
41 Auflösung der gemischten Kommission.

42

43 Deshalb fordern wir:

44

- 45 • dass das ausgearbeitete Hilfskonzept konsequent umgesetzt wird.
- 46 • die Veröffentlichung von Informationen zum Sachstand der Umsetzung des
47 Hilfskonzeptes.
- 48 • die Fortsetzung des Dialogs zwischen den deutschen und chilenischen
49 Vertreter*innen.
- 50 • die Verantwortlichen der Bundesregierung dazu auf, mit allen Interessengruppen
51 und ihren jeweiligen Vertreter*innen wieder über die Errichtung der Gedenk- und
52 Bildungsstätte zu sprechen. Wir erwarten eine deutliche Handlungsbereitschaft
53 Deutschlands, die zur Einigung dieses Konflikts bzw. dem Fortschritt der
54 Umsetzung des Hilfskonzeptes dient.
- 55 • die strafrechtliche Verfolgung aller Täter*innen der Kolonie. Ihre Verbrechen
56 dürfen nicht länger ungesühnt bleiben.

Antrag E08: Jamas Sera Vencido – Chiles antikapitalistischen Kampf konsequent unterstützen!

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Sachgebiet:	E - Europa, Internationales und Intergalaktisches

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

1 Die Militärdiktatur und ihre Folgen

2

3 1970 wurde mit Salvador Allende, der für das Wähler*innenbündnis der Unidad Popular
4 antrat, erstmals ein sozialistischer Präsident gewählt. Allende brach mit der
5 konservativen Politik seiner Vorgängerregierungen und setzte vor allem durch
6 Lohnerhöhungen, Vergesellschaftungen und Enteignungen auf Umverteilung.

7

8 Außenpolitisch hat sich die Chilenische Regierung schnell mit den USA zerworfen, die
9 eine sozialistische Regierung auf dem südamerikanischen Kontinent sehr kritisch
10 sahen. In der Folge führte die USA eine Intervention durch, in der der
11 Auslandsgeheimdienst CIA die linke Regierung Allendes destabilisierte. Die US-
12 Intervention schuf die Voraussetzung für den Militärputsch am 11. September 1973, der
13 schlussendlich in der Militärdiktatur von Pinochet mündete, die in den folgenden 17
14 Jahren die Chilen*innen systematisch verfolgte und folterte. Mehrere 10.000 Menschen
15 wurden politisch gefangen genommen, über 2.000 wurden ermordet und von über 1.000
16 Menschen fehlt bis heute jede Spur.

17

18 Die von den USA unterstützte Militärregierung Pinochets führte 1980 eine neue, nicht
19 demokratisch legitimierte Verfassung ein, die eine neoliberale, marktradikale
20 Handschrift trägt. Die Verfassung von 1980 schützt vor allem die Privatwirtschaft und
21 das Privateigentum vor staatlichem Handeln. Seit jeher wird der chilenische Staat als
22 subsidiäres System festgeschrieben. Das Subsidiaritätsprinzip bedeutet, der Markt
23 soll alles regeln und der Staat greift nur im äußersten Notfall ein. **Ein System, von
24 dem wir Jusos ganz genau wissen, wohin es führt: die Armen werden immer ärmer und die
25 Reichen immer reicher!** Zwar endete die Militärdiktatur am 11. März 1990, dennoch
26 besitzt die neoliberale Verfassung aus der Zeit der Militärdiktatur in Chile bis
27 heute Gültigkeit mit verheerenden Folgen für die arbeitende Klasse.

28

29 Aus einer volkswirtschaftlichen Perspektive hat sich das Brutto-Inlandsprodukt Chiles
30 in der Zeit nach der Diktatur bis heute gut entwickelt und Chile gilt als
31 wirtschaftlich aufstrebendstes Land Südamerikas. Doch obwohl das BIP wächst und der
32 Wohlstand nominell wächst, bekommt der Großteil der Chilen*innen nichts davon mit.
33 Die Lücke zwischen Arm und Reich ist in Chile so groß, wie in kaum einem anderen Land
34 der OECD. Die oberen 10% Chiles besitzen in etwa zwei Drittel des gesamten Vermögens.
35 Die chilenische Gesellschaft leidet unter Armut, massiver sozialer Ungleichheit und
36 einer enorm ungerechter Vermögens- und Einkommen sverteilung.

37

38

39 „Es geht nicht um 30 Pesos, es geht um 30 Jahre“

40

41 Die chilenische Metro kündigte im Oktober 2019 eine Fahrpreiserhöhung um 30
42 chilenische Pesos an. Damit löste sie damit die größten Proteste der jüngsten
43 chilenischen Geschichte aus. Die Preiserhöhung von umgerechnet ca. 0,04 € war der
44 Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte und eine soziale Bewegung entfachte, die
45 einen bisher nie dagewesenen politischen Handlungs- und Veränderungsdruck erzeugte.
46 Tausende Chilen*innen schlossen sich zu einer Protestbewegung zusammen und
47 protestierten gegen die bestehenden Verhältnisse. Die Wut richtete sich gegen die
48 hohen Lebenshaltungskosten, das ungerechte Bildungs- und Gesundheitssystem, sowie die
49 private Altersvorsorge

50

51

52 Die chilenische Altersvorsorge auf Basis einer Rentenfondsverwaltung und wird zu 100%
53 von Arbeitnehmer*innen investiert. Da dieses System auf den Kauf von Aktien angelegt
54 ist, verlor die Rentenfondsverwaltung während der Finanzkrise 2008 rund 40% der
55 gesparten Renten der Einzahler*innen. Ein Rentensystem, das nach Gewinnmaximierung
56 der Unternehmen strebt, führt unwiderruflich zu Verlusten bei den einzahlenden
57 Arbeitnehmer*innen. Mit diesem System fördert der chilenische Staat eine Umverteilung
58 der Einkommen der arbeitenden Bevölkerungsschicht zu den finanzstarken
59 Privatunternehmen und ihren Anteilseignern.

60

61 In Chile herrscht ein verfassungsrechtlich gestützter, jedoch nicht demokratisch
62 legitimierter Neoliberalismus und zieht sich durch alle Facetten des alltäglichen
63 Lebens. Gute Bildung, sowie ausreichende medizinische und gesundheitliche Versorgung
64 sind vor allem den wenigen einkommensstarken Chilen*innen vorbehalten. Der Zugang zu
65 natürlichen Ressourcen - teilweise sogar zu Wasser! - ist privatisiert. Die Menschen
66 in Chile sind vollkommen zurecht wütend auf dieses marktradikale, kapitalistische
67 System. Was mit Widerstand gegen einen erhöhten Fahrpreis begann, entwickelte sich
68 schnell zur Systemfrage und mündete in der zentralen Forderung der Protestbewegung:
69 Die Verfassung aus der Zeit der Militärdiktatur muss abgeschafft werden, um sie durch
70 eine neue, demokratisch legitimierte Verfassung zu ersetzen.

71

72 **Als Jusos, die Antifaschismus und Sozialismus zu ihren Grundwerten zählen, stehen wir**
73 **an der Seite der chilenischen Protestbewegung. Wir unterstützen die chilenischen**
74 **Demonstrant*innen im Streben nach einer neuen Verfassung, die das neoliberale System**
75 **hinter sich lässt und den Weg für ein Sozialsystem, sowie einen aktiven chilenischen**
76 **Staat freimacht!**

77

78 Des Weiteren verurteilen wir die Polizei- und Militärgewalt, die unseren chilenischen
79 Genoss*innen widerfährt! Die vielen Toten, die es aufgrund von eskalierenden
80 Einsätzen der Staatsmacht gibt sind nicht hinnehmbar und müssen sofort enden!

81

82 **Zu wenig Land und zu viel Polizei**

83

84 Chile ist ein Land, das viele indigene Völker und Nationen beheimatet. Das größte
85 indigene Volk sind die Mapuche, die im Süden Chiles und Argentinien leben und eine
86 Vielzahl regionaler Identitäten besitzen. Die Geschichte der indigenen Völker und
87 Nationen in Südamerika ist von europäischer Kolonisation, Ausbeutung, Unterdrückung
88 und politischer Verfolgung geprägt.

89 Ab dem 16. Jahrhundert litten sie unter den Kolonialverbrechen der Spanier*innen. Sie
90 konnten jedoch erwirken, als eigenständiges Volk anerkannt zu werden. Der im 19.
91 Jahrhundert gestartete Prozess, der zynischerweise „Befriedung“ genannt wurde, hatte
92 zur Folge, dass 1883 das Mapuche-Gebiet gewaltsam an den chilenischen Staat
93 angegliedert und unterworfen wurde. Die Mapuche mussten ihre Siedlungsgebiete
94 verlassen und sich in kleine Reservate zurückziehen. Widerstände liefen in den
95 folgenden Jahrzehnte ins Leere und erzielten keine politischen Konsequenzen.

96

97 Nach Jahren der Vertreibung, Ausgrenzung und Verfolgung sorgte 1970 der
98 sozialistische Präsident Allende für Hoffnung, da er massiv die Enteignung
99 landwirtschaftlicher Betriebe vorantrieb und das gewonnene Land an die
100 Ureinwohner*innen zurückgab. Diese Hoffnung endete jedoch mit dem Putsch Pinochets
101 und der Militärdiktatur. Seitdem leiden die Mapuche unter schweren Repressalien, die
102 sich auch mit dem Ende der Diktatur 1990 nicht endete, da das neoliberale
103 Wirtschaftssystem Pinochets, das auf der Ausbeutung von Natur und dem Export von
104 Rohstoffen basiert, von den Nachfolgeregierungen fortgeführt wurde - zu Lasten und
105 zum Leid der indigenen Völker.

106

107 Heutzutage machen Mapuche in etwa 10% der Bevölkerung aus, sind jedoch
108 gesellschaftlich stark unterrepräsentiert und leben überwiegend in Armut. Die
109 Landrechtskonflikte zwischen dem chilenischen Staat und der indigenen Bewegung halten
110 weiterhin an und fordern regelmäßig Todesopfer. Die Mapuche sind auch deshalb
111 strukturell benachteiligt, weil die chilenische Verfassung ihnen keine ethnisch-
112 kulturelle Sonderstellung einräumt - die sie in Anbetracht der leidvollen Geschichte
113 de facto hat.

114

115 In der Folge des Jahrzehnte währenden Konflikts sind viele indigenen Menschen in die
116 Städte geflüchtet und haben ihre Heimat verlassen. Dort leiden sie unter
117 struktureller Benachteiligung und starker Armut. Rassismus gegen die indigene
118 Bevölkerung ist bis heute stark in der chilenischen Gesellschaft verwurzelt.
119 Menschenrechtsaktivist*innen prangern zurecht an, dass den Interessen der Mapuche
120 nach wie vor zu wenig Raum gegeben wird.

121

122 **Als internationalistischer, antirassistischer Verband stehen wir an der Seite der**
123 **indigenen Bevölkerung in Chile.** Wir schließen uns der Forderung nach Landrückgabe an
124 die Mapuche und andere indigene Völker an. Der chilenische Staat muss den Einsatz
125 militärischer Waffen sofort beenden!

126

127 **Die Weg zu einer neuen Verfassung**

128

129 Nach einem Jahr teilweise eskalierender Proteste, gab die chilenische Regierung der
130 Hauptforderung nach und ließ eine Volksabstimmung zur Frage zu, ob das Land den
131 Prozess zur Einführung einer neuen Verfassung anstoßen solle. Per Plebiszit stimmte
132 eine überwältigenden 78%-Mehrheit der Chilen*innen im Oktober 2020 dafür und
133 bereiteten so den Weg für eine neue, demokratisch legitimierte Verfassung, die das
134 Erbe des Diktators Pinochets überwinden soll.

135

136 Um den Verfassungsentwurf vorzubereiten, wurde die verfassungsgebende Versammlung,
137 die Convención Constitucional eingerichtet, die sich um die großen Leitfragen zur
138 Konstitution Chiles kümmern sollte. In der darauffolgenden, freien Wahl wurden im Mai
139 2021 überwiegend linke und parteiunabhängige Vertreterinnen und Vertreter in ebenjene
140 verfassungsgebende Versammlung gewählt. Zur Präsidentin und somit an die Spitze des
141 Gremiums wurde Elisa Loncón eine Vertreterin der Mapuche gewählt. Die Republik
142 durchlebt eine enorm demokratische Entwicklung, die wir Jusos unterstützen müssen.
143 Eine Entwicklung, die noch vor wenigen Monaten undenkbar schien und die verdeutlicht,
144 welche ungeheure Kraft soziale Bewegungen bahnbrechen können.

145

146 Dieser Wandel wirkte sich auch auf die Präsidentschaftswahl im Dezember 2021 aus. In
147 dem Duell um das höchste Regierungsamt kämpfte mit Gabriel Boric ein linker Kandidat
148 gegen den stramm rechten José Antonio Kast, der sich in der ideologisch in der Nähe
149 Pinochets verortet und vor allem ankündigt, gegen den neuen Verfassungsentwurf zu
150 arbeiten und die Sonderechte im Falle eines verhängten Ausnahmezustandes, wie es vor
151 allem in den Mapuche-Gebieten der Fall war und ist, auszuweiten. Für die Bürgerreche,
152 aber vor allem für Minderheiten und progressive Kräfte im Land wäre ein Präsident
153 Kast der worst case, weshalb sich ein übergeordnetes Lager aus der
154 Arbeiter*innenbewegung hinter Boric stellte.

155

156 Mit 56% und somit deutlicher als prognostiziert setzte sich Gabriel Boric im Dezember
157 durch und ist seit März 2022 gewählter Präsident Chiles. Dabei lag es vor allem an
158 der Wahlbeteiligung junger und weiblicher Menschen, die für den progressiven
159 Kandidaten stimmten. Männer und Personen mit einem Alter von über 50 wählten
160 mehrheitlich für Kast. Boric ist mit 35 Jahren der jüngste Präsident in der
161 Geschichte Chiles und seine Vorhaben sind aus linken, fortschrittlichen Blickwinkeln
162 und vor allem aus jungsozialistischer Perspektive unterstützenswert. Boric strebt
163 nach einem kostenlosen Bildungssystem und einer sozialen Marktwirtschaft nach
164 europäischen Modell. Auch wenn damit noch keine sozialistischen Zustände herrschten,
165 ist die Richtung unter Betrachtung der Ausgangslage eine begrüßenswerte. Seine
166 weiteren Vorhaben wie höhere Besteuerung für Unternehmen und hohe Einkommen, ein
167 staatliches Rentensystem, die Stärkung öffentlichen Gesundheits- und Bildungssystems,
168 sowie von Kunst und Kultur stehen allerdings unter schwierigen Bedingungen: denn im
169 Dezember wurde zeitgleich ein neues Parlament gewählt, in dem Borics Bündnis keine
170 Mehrheit erlangte und auf Zusammenarbeit mit den konservativen Kräften angewiesen

171 ist. Nichtsdestotrotz ist an der Spitze des Chilenischen Staates nun ein Mensch, der
172 den verfassungsgebenden Prozess unterstützt und nicht gegen ihn arbeitet.

173

174 Mit Boric' Wahlsieg wurde das gesellschaftliche Katastrophenszenario verhindert und
175 sowohl die politischen Ziele, als auch die Biographie eines 35 Jährigen Präsidenten,
176 der der Student*innenbewegung Chiles entspringt, sind zunächst vielversprechend.
177 Dennoch müssen wir Boric' Einstellungen zum Judentum und zu Israel – dem Schutzstaat
178 jüdischen Lebens – mit aller Deutlichkeit kritisieren. Boric unterstützt den Boykott
179 israelischer Waren und Dienstleistungen und bezichtigt Israel eines Völkermords an
180 den Palästinenser*innen. **Das ist lupenreiner Antisemitismus und muss glasklar als**
181 **solcher benannt werden. Diese Aussagen des Präsidenten sind nicht hinnehmbar – ohne**
182 **Wenn und Aber!** Sie beunruhigen viele der rund 18.000 chilenischen Jüdinnen und Juden
183 und lässt eine antiisraelische und antijüdische, politische Ausrichtung Chiles
184 befürchten.

185

186

187

188 **Ein verfassungsrechtlicher Leuchtturm**

189

190 Die verfassungsgebende Versammlung präsentierte einen Vorschlag, der zur Abstimmung
191 im September 2022 erneut zur Volksabstimmung freigegeben wurde. Dieser Entwurf steht
192 der alten Verfassung diametral entgegen und trägt eine klar feministische und
193 sozialistische Handschrift. Chile solle künftig nicht mehr verfassungsmäßig als
194 subsidiäres, neoliberales System, sondern als Sozialstaat charakterisiert sein:

195

- 196 • **Sozialstaat:** Der Staat hat die Aufgabe eine Sozialpolitik zu definieren, die auf
197 den Prinzipien von Teilhabe, Solidarität und Universalität fußt. Des Weiteren
198 soll ein umfassendes, öffentliches Sozialsystem geschaffen werden, das über
199 Pflichtbeiträge von Arbeitnehmer*innen, Arbeitgeber*innen und aus sonstigen
200 Staatseinnahmen finanziert werden. Das wäre eine Zeitenwende in der chilenischen
201 Sozialpolitik, in der sich Arbeitgeber*innen bisher gar nicht an der sozialen
202 Sicherung der Chilen*innen beteiligen müssen. Den Gewerkschaften soll hierbei
203 ein Mitwirkungsrecht in der Ausgestaltung eingeräumt werden.

204

205 Des Weiteren sieht der Entwurf öffentliche Bildungseinrichtungen und ein umfassendes
206 und ganzheitliches, öffentliches Pflege-, sowie Gesundheitssystem, als Grundpfeiler
207 eines aktiven Sozialstaates vor. Auch in Bezug auf das Grundbedürfnis des Wohnens
208 leitet sich aus dem Entwurf ein verfassungsrechtlicher Anspruch ab. Dem Staat wird
209 hier die Rolle des aktiven Treibers gegeben, der den Wohnungsbau mithilfe einer
210 Landesbank voranbringen soll.

211

- 212 • **Arbeit & Wirtschaft:** Pinochets Verfassung beschränkt sich lediglich auf den
213 Begriff der Arbeitsfreiheit. Damit verbunden ist die angebliche Freiheit des

214 Arbeitnehmers oder der Arbeitnehmerin, einen Arbeitsort zu wählen, und die
215 Freiheit der Unternehmen, zu wählen, wen sie einstellen. Das ist neoliberale
216 Prosa in Reinkultur. Der neue Verfassungsentwurf sieht ein individuelles
217 Arbeitsrecht vor, wonach sich entlohnte Arbeit nach den Grundsätzen der
218 International Labor Organisation (ILO) und somit an internationalen Maßstäben
219 und Normen der UN richtet. Ein großer Wurf ist darüber hinaus die Einführung des
220 Kollektivarbeitsrechtes, das das Recht auf Gewerkschaftsfreiheit in drei
221 Dimensionen anerkennt: gewerkschaftliche Organisation, Tarifverhandlungen und
222 Streik. Das betriebliche Mitbestimmungsrecht soll demnach über Gewerkschaften
223 ausgeübt werden.

224

225 Dazu beschreibt der neue Verfassungsentwurf eine Demokratisierung der Wirtschaft,
226 indem öffentliche Güter wie beispielsweise Wasser oder Bodenschätze der öffentlichen
227 Hand zurückgeführt werden.

228

229 • **Feminismus:** In dem Verfassungsentwurf wird mit rückständigen
230 Rollenverständnissen aufgeräumt, indem es eine neue Anerkennung von Haus- und
231 Carearbeit beinhaltet, die von einem Verständnis des sozialistischen Feminismus
232 geprägt ist. Die Carearbeit wird als das betrachtet, was sie ist: eine für die
233 Gesellschaft und deren Aufrechterhaltung unverzichtbare Arbeit. Diese Arbeit
234 muss vom Staat durch ein öffentliches Sorge- und Pflegesystem gesellschaftlich
235 getragen werden. Dies führt zu einer Verschiebung innerhalb der Gesellschaft,
236 indem Carearbeit aus dem Privaten und Versteckten herausholt und sie
237 gewissermaßen vergesellschaftet.

238

239 Die Verfassung soll Geschlechtervielfalt anerkennen und die Gleichstellung/-
240 behandlung der Geschlechter sichern. Konkret bedeutet das in Bezug auf Parität, dass
241 alle Ämter und in allen staatlichen Institutionen paritätisch besetzt werden sollen.
242 Doch auch in Bezug auf reproduktive Rechte stellt der Entwurf einen wahren Leuchtturm
243 in einer diesbezüglich sehr konservativ geprägten Region dar. Ein freiwilliger
244 Schwangerschaftsabbruch soll verfassungsmäßig zugesichert werden.

245

246 • **Plurinationalität und Interkulturalität:** Die Existenz der in Chile lebenden
247 Völker und Nationen, sowie die Ausübung ihrer individuellen und kollektiven
248 Rechte wird anerkannt. Nicht nur die territoriale Integrität der Völker, sondern
249 auch das Recht auf Autonomie und Selbstverwaltung soll anerkannt werden. Nicht
250 nur soll in dem Verfassungsentwurf, die Sprache, Kultur und eigene Identität
251 anerkannt werden. Der Entwurf geht sogar noch weiter, indem er die Förderung und
252 Wertschätzung des Austausches zwischen den Völkern und Nationen vorsieht, die in
253 gegenseitigem Respekt miteinander leben sollen. Der Staat soll als Wegbereiter
254 für ebenjenen Dialog dienen.

255

256 Der 449 Artikel umfassende Verfassungsentwurf stand für eine echte Zeitenwende Chiles
257 und sollte mit all den Ungerechtigkeiten brechen, die noch vorher konstituierend für

258 den Staat waren. Er sollte einen Schlusstrich ziehen mit der Privatisierung von
259 grundlegenden Menschheitsbedürfnissen wie Bildung, Gesundheit oder Wasser. Dieses
260 Schriftstück war ein verfassungsrechtlicher Leuchtturm mit Strahlkraft weit über den
261 südamerikanischen Kontinent hinaus. Die festgeschriebenen Schutzrechte sowohl für
262 Menschen, die Diskriminierungen leiden wie FINTA, LGBTQ+ oder BIPOC, aber auch für
263 Klima, Natur und Artenvielfalt sind in ihrer Deutlichkeit weltweit einzigartig.

264

265 **Wir Jusos sind davon überzeugt, dass Deutschland diesem sozialistischen,**
266 **feministischen und ökologischen Ansatz folgen muss! Es ist höchste Zeit, dass auch**
267 **wir grundlegende Menschheitsprobleme wie die Klimakatastrophe, das Artensterben,**
268 **Wohnungslosigkeit und Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen**
269 **Identität endlich verfassungsrechtlich in all ihren Dimensionen erfassen!**

270

271

272

273 **¡La Lucha Sigue! – Der Kampf geht weiter!**

274

275 Nach einem hitzigen Wahlkampf rund um die Volksabstimmung wurde der Vorschlag mit
276 zwei Dritteln eindeutig abgelehnt. Eine finanzstark aufgezugene
277 Desinformationskampagne verzerrte die öffentliche Debatte, indem gut produzierte Fake
278 News in der chilenischen Gesellschaft verdingen. Rechte Thinktanks und Organisationen
279 streuten Falschaussagen über den Verfassungsentwurf, die die öffentliche
280 Daseinsvorsorge diskreditieren, nationalistische Gefühle schürte und dabei gegen
281 indigene Menschen hetzte. Die Widerlegung der Lügen kam schier nicht an gegen die
282 ungeheure Flut an Desinformationen in sämtlichen medialen Kanälen.

283

284 Trotz der verlorenen Abstimmung blieb der Reformdruck in Chile hoch, denn das Land
285 braucht immer noch eine neue Verfassung. In einem neuen Anlauf, für den Präsident
286 Boric die Opposition unter dem rechtsextremen Kast einbeziehen musste, wird Chile
287 einen deutlich institutionalisierteren Weg gehen. Drei Gremien, bestehend aus einem
288 direkt gewählten Verfassungsrat, einer Expert*innenkommission und einem juristischen
289 Komitee, sollen nun einen zweiten Verfassungsentwurf ausarbeiten. Die politische
290 Rechte hat dafür gesorgt, dass es sehr restriktive Bedingungen gibt, die viele der
291 guten Ansätze im ersten Anlauf zuwiderlaufen. So wird beispielsweise festgeschrieben,
292 dass Chile ein Zentralstaat bleibt, was ein klarer Bruch mit den Interessen der
293 Mapuche ist, die den Staat dezentralisierter organisieren möchten.

294

295 Die politische Rechte bleibt ihrem Handlungsmuster treu: sie setzt ihre gesamte Kraft
296 ein, um notwendige Veränderungen und echten Fortschritt auszubremsen. Auch wenn der
297 neue verfassungsgebende Prozess deutlich bewegungsferner ist als der alte, **stehen wir**
298 **solidarisch an der Seite der noch immer weiterkämpfenden Genoss*innen auf den Straßen**
299 **Chiles. Wir sind überzeugt, dass gesellschaftlicher Fortschritt und Aufbruch möglich**
300 **sind!**

301

302 Aus dem chilenischen Kampf für eine freiere und feministischere Gesellschaft müssen
303 wir unsere Lehren ziehen. Daher fordern wir:

304

- 305 • das Ende der Gewalt gegen die Mapuche und indigenen Völker. Die voranschreitende
306 Militarisierung des Konflikts muss sofort enden!
- 307 • die deutsche und europäische Außenpolitik dazu auf, die
308 Menschenrechtsverletzungen an den indigenen Völkern Chiles anzusprechen und
309 entschlossen auf ein anderes Handeln zu hinzuwirken.
- 310 • die Anerkennung der Territorien der Mapuche und ihrer Landrechte.
- 311 • die Bundesregierung auf, die feministische Außenpolitik endlich konsequent zu
312 leben und den verfassungsgebenden Prozess zu unterstützen.
- 313 • dass der Impuls aus Chile aufnehmen und auch das Deutsche Grundgesetz einer
314 kritischen Überprüfung unterziehen. Beispielsweise ist der Schutz sexueller
315 Minderheiten in Artikel 3 (3) GG nicht explizit erwähnt. Es ist Zeit, diese und
316 andere Lücken im Grundgesetz zu schließen.

Antrag E09: Weg mit der Artsakh-Blockade!

Antragsteller*in:	Jusos Schaumburg
Sachgebiet:	E - Europa, Internationales und Intergalaktisches

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

1 Seit der Niederlage Armeniens im letzten Krieg um diese Region sind die 120 Tausend
2 Einwohner*innen Artsakhs von der Versorgung mit überlebenswichtigen Gütern über eine
3 einzige Straße, dem Lachin Korridor, abhängig. Die freie Nutzung dieses Korridors
4 wurde Armenien und Artsakh im Rahmen der Friedensverhandlungen von Aserbaidshan
5 zugesichert.

6 Dieser Vertrag wurde jedoch nun von Aserbaidshan gebrochen, da es seit dem 12.12.22
7 die Republik Artsakh von der Nahrungsmittelzufuhr und auch seit dem 13.12.22
8 teilweise die Gaszufuhr abgeschnitten hat. Aserbaidshan behauptet, die
9 Straßenblockade sei durch unabhängige Umweltaktivist*innen errichtet worden, doch
10 Beobachter*innen zweifeln am Wahrheitsgehalt dieser Aussage, da eine Straßenblockade
11 einerseits nicht die Kappung der Gasversorgung erklären kann, andererseits weil die
12 „Protestierenden“ auch nach Erfüllung ihrer Forderungen ihre Demonstration nicht
13 beendeten und auch bekannte aserbaidshanische und türkische Staatsangestellt*innen
14 unter ihnen sind.

15 Aserbaidshan hat offensichtlich kein Interesse daran, dass die Blockade ohne ein
16 Verhungern der Einwohner*innen Artsakhs ausgeht zeigt sich unter anderem daran, dass
17 Aserbaidshan Luftbrücken ablehnt, obwohl diese doch Trotz den sogenannten Protesten
18 auf dem Boden problemlos möglich sein sollten. Diesen Umständen ist es geschuldet,
19 dass manche soweit gehen und die Blockade als Musterbeispiel für ethnische
20 Säuberungen bezeichnen.

21 Die Artsakher*innen befinden sich in einer verzweiferten Lage. Offiziell sind
22 Russland und Armenien (die Schutzmacht Artsakhs) zwar im selben Militärbündnis,
23 dieses ist jedoch schon seit Jahren tot und nichts weiter als ein schaler
24 Rechtfertigungsgrund für russische Interventionen in anderen Ländern (wie z.B. in
25 Kasachstan). Russland hat schon 2020 Artsakh und Armenien nicht vor Aserbaidshan
26 geschützt, und tut es jetzt auch nicht. Im Gegenteil, laut dem armenischen
27 Sicherheitsrat will Russland Armenien mit dieser Blockade erpressen um einen Beitritt
28 Armeniens zur Russisch- Union zu erwirken.

29 Deutschland hat eine moralische Verpflichtung einer der wenigen Demokratien im
30 Kaukasus zu helfen.

31

32 Deshalb fordern wir von Bundesregierung und der SPD:

33 Ein klares Bekenntnis zur Autonomie und territorialen Integrität Artsakhs.

34 Ein Eintreten für die Beendigung der Blockade oder der Etablierung einer Luftbrücke,
35 sollte die Beendigung der Blockade nicht möglich sein. Sollte Aserbaidshan dazu
36 nicht bereit sein, müssen harte Sanktionen folgen.

37

38 Unabhängig davon fordern wir:

39 Eine Reduzierung der Abhängigkeit von aserbaidischen Produkten, unter anderem
40 auch, weil Aserbaidischland bei der Umgehung der von Deutschland und seine
41 internationalen Partnern verhängten Sanktionen gegen Russland hilft.

42 Ein EU-weites Ausfuhrverbot für Technologien und Güter, die zu Repressionen gegen die
43 aserbaidische Opposition und in Aserbaidischland lebenden Armenier*innen eingesetzt
44 werden könnten.

Antrag F01: Offenlegung von Gehältern

Antragsteller*in:	Jusos Göttingen
Sachgebiet:	F - Feminismus, Gleichstellung und Gender

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Nach dem Vorbild Schwedens soll auch in Deutschland volle Transparenz bezüglich
- 2 Gehälter für mehr Gleichberechtigung eingeführt werden. Das Einkommen
- 3 von allen erwachsenen deutschen Bürger*innen sowie Ausländer*innen mit dauerhaftem
- 4 Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland soll für alle frei zugänglich sein.

Begründung

*Die aktuelle Vorgehensweise in Deutschland, sein Gehalt möglichst geheim zu halten, ist ein Mittel der Unterdrückung von Wenigverdiener*innen und FINTA*. Wenn nicht genau bekannt ist, wie groß und unnachvollziehbar die Unterschiede mitunter sind, müssen sich Besserverdiener auch nicht mit höheren Qualifikationen und besseren Kompetenzen rechtfertigen. Ein System der Transparenz muss geschaffen werden, um endlich fairere Einkommensverhältnisse zu schaffen.*

Antrag F02: Gestaffelter Mutterschutz – die harte Grenze überwinden!

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Sachgebiet:	F - Feminismus, Gleichstellung und Gender

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

1 Nach dem derzeitigen Recht gibt es für Frauen keinen Anspruch Mutterschutz bzw. für
2 die Lebenspartner*innen keinen Anspruch auf eine Freistellung nach einer Fehlgeburt.
3 Juristisch definiert liegt eine Fehlgeburt vor, entweder wenn der Verlust vor der 24.
4 Schwangerschaftswoche (SSW) geschieht oder wenn das tote Kind weniger als 500 Gramm
5 wiegt. Im Umkehrschluss ist ein Verlust nach der 24. Schwangerschaftswoche oder bei
6 einem Gewicht des tot geborenen Kindes von über 500 Gramm keine Fehlgeburt mehr. Hier
7 wird nun juristisch von einer Totgeburt gesprochen und die Gebärenden haben in der
8 Folge einen Anspruch auf Mutterschutz – und damit einhergehend eine bezahlte Auszeit
9 von der Arbeit unter besonderem Kündigungsschutz.

10

11 Diese zeitliche Grenze führt zu dazu, dass eine Frau, die ihr Kind am siebten Tages
12 der 23. SSW verliert keinen Anspruch auf Mutterschutz hat, eine Frau, die ihr Kind am
13 Folgetag verliert hingegen schon. Dieser eine Tag Unterschied ändert jedoch nichts an
14 den psychischen Belastungen, die mit dem Verlust eines erwarteten Kindes einhergehen
15 können. **Diese harte Grenze ist für uns unverständlich und ungerecht. Wir müssen sie**
16 **abschaffen!**

17

18 Mit diesem Problem fühlen sich viele Frauen allein gelassen, denn es kommt während
19 der Schwangerschaft recht häufig zu Fehlgeburten. Weltweit ist eine von sieben
20 Schwangerschaften eine Fehlgeburt. Die Dunkelziffer dürfte sogar noch wesentlich
21 höher sein, da viele Fehlgeburten vor allem im frühen Stadium nicht gemeldet werden
22 und somit nicht in die offiziellen Statistiken einfließen können. Viele werdende
23 Mütter, die es plötzlich aufgrund einer Fehlgeburt nicht mehr sind, sehen sich nicht
24 in der Lage, sofort wieder an den Arbeitsplatz zurückzukehren und ihrem Alltag
25 nachzugehen. Dennoch sind sie aufgrund der Rechtslage dazu verpflichtet. Die einzige
26 Lösung ist derzeit der Weg über eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung
27 („Krankschreibung“), doch auch hier herrschen keine allgemeine Ansprüche nach
28 Fehlgeburt. Frauen sind also dem Urteil der Ärzt*innen ausgeliefert und sind so in
29 einem Abhängigkeitsverhältnis, das wir strikt ablehnen. Viele Ärzt*innen stellen
30 erfahrungsgemäß keine Arbeitsunfähigkeit aus – oder nur für kurze Zeit. Dieser
31 juristische Zustand ist für uns Jusos nicht erträglich! **Das entspricht nicht unserem**
32 **feministischen Entwurf einer Gesellschaft, die sich um die Gebärenden sorgt. Wir**
33 **verstehen Frauen nicht als Reproduktionsmaschinen, die sofort wieder zu funktionieren**
34 **und zu arbeiten haben, wenn die Geburt nicht gelingt.**

35

36 Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung, der den Titel „Mehr Fortschritt wagen“
37 trägt, sieht eine Vorverlegung des Mutterschutzes auf die 20. Schwangerschaftswoche

38 vor. Das ist zwar formal eine Verbesserung, löst jedoch nicht die Problematik der
39 harten Grenze und führt wiederum dazu, dass werdende Mütter nach einer Fehlgeburt
40 direkt wieder arbeiten müssen. Auch für uns ist es verständlich, dass bei einem
41 frühen Kindsverlust nicht der gleiche Anspruch zusteht wie bei einer sehr späten
42 Totgeburt oder bei einem geborenen Kind. Wir fordern deshalb:

43

- 44 • die Abkehr der harten zeitlichen Grenze bzw. des Mindestgewichts im geltenden
45 Recht, wonach einigen Gebärenden der Mutterschutz zusteht, und andere außen vor
46 gelassen werden.
- 47 • einen gestaffelten Mutterschutz für Frauen und Gebärende, die ihr Kind während
48 der Schwangerschaft verlieren.
- 49 • einen Anspruch auf psychosoziale, medizinische Versorgung im Rahmen einer Tot-
50 bzw. Fehlgeburt. Bund und Länder müssen sicherstellen, dass der Bedarf an
51 medizinischer Versorgung für diese sehr sensible und emotional belastende
52 Lebenssituation ausreichend gedeckt wird. Frauen und Gebärende dürfen in einer
53 solchen Lage nicht allein gelassen werden!

Antrag G01: Raus aus der Dunstwolke

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Körperpolitik

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

1 Gesundheitsgefahr des Rauchens

2 Die Gefahr, die von Zigaretten ausgeht, wird leider immer noch unterschätzt, beim
3 Rauchen nimmt der Körper viele giftige und gesundheitsschädliche Substanzen auf.
4 Diese schädigen dabei fast jedes Organ im Körper.

5 Nachweislich steigt das Risiko für:

- 6 • Leberkrebs,
- 7 • Gebärmutterhalskrebs,
- 8 • Bauchspeicheldrüsenkrebs,
- 9 • Harnblasenkrebs ,
- 10 • Brustkrebs,
- 11 • Nierenkrebs,
- 12 • Leukämie,
- 13 • Nierenkrebs
- 14 • und insbesondere Lungenkrebs.

15 Das Risiko, an Lungenkrebs zu erkranken, ist bei Rauchenden bis zu zwanzigmal höher
16 als bei Menschen, die nicht rauchen. Nur eine Zigarette pro Tag erhöht auch das
17 Risiko, eine Herz-Kreislauf-Erkrankung zu entwickeln. Denn Rauchen schädigt die
18 Blutgefäße und fördert die Gefäßverkalkung. Dadurch können Durchblutungsstörungen im
19 Bereich von Armen und Beinen, ein Herzinfarkt oder ein Schlaganfall auftreten. Das
20 Risiko, einen Herzinfarkt zu erleiden, ist bei Rauchenden etwa doppelt so hoch wie
21 bei nicht rauchenden Menschen.

22 Auch der Zuckerstoffwechsel wird durch Tabakkonsum beeinträchtigt. Studien zufolge
23 erhöht Rauchen das Risiko für einen Typ-2- Diabetes auf ungefähr das Doppelte. Welche
24 Stoffe in Zigaretten dafür verantwortlich sind, ist noch nicht vollständig geklärt.
25 Forschende vermuten, dass Bestandteile im Tabakrauch die Bauchspeicheldrüse
26 beeinflussen und dies die Produktion von Insulin stört.

27 Tabakrauch kann zusätzlich auch den Mundraum und die Zähne schädigen - Karies und
28 Entzündungen am Zahnhalteapparat sind oft die Folgen. Zudem greifen die Substanzen
29 aus dem Tabakrauch auch die Mundschleimhaut an, wodurch sich Krebs an den Lippen, im
30 Mundraum, an der Zunge, an den Speicheldrüsen und im Rachen/Kehlkopf entwickeln kann.

31 Studien gehen daher von jährlich ca. 127.000 Personen in Deutschland aus, die durch
32 das Aktiv- und Passivrauchen frühzeitig versterben.

33 Die Kosten für das Gesundheitswesen sind dabei um ein Vielfaches höher als durch die
34 Tabaksteuer eingenommen wird.

35 Neuseeland ein Vorbild für uns ?

36 Die Regierung in Neuseeland hat im Kampf gegen die Glimmstengel drastische Maßnahmen
37 eingeleitet, zunächst einmal wurde der Anteil des Nikotins erheblich verringert und
38 der Preis erhöht. Im letzten Schritt wird es für nach 2009 Geborene ganz verboten
39 Zigaretten zu rauchen.

40 Daher stellt sich natürlich auch für uns die Frage, inwieweit solch ein Vorgehen
41 praktikabel ist ?

42 Die jahrelange Verbotspolitik bei Cannabis, welche wir jetzt hoffentlich in den
43 nächsten Jahren endlich lockern, zeigt uns, dass ein striktes Verbot auch nicht die
44 bessere Lösung ist.

45 Doch fragen wir uns auch, inwiefern es gerechtfertigt ist, dass eine solche
46 gefährliche Droge legal ist ?

47 **Deshalb müssen wir die Erfahrungen in anderen Teilen der Welt evaluieren und schauen,**
48 **welche Umsetzung in Deutschland langfristig praktikabel ist. Dabei müssen wir dafür**
49 **Sorge tragen, dass wir nicht nur einen Schwarzmarkt für Zigaretten aufbauen.**

50 *Belastung für die Umwelt*

51 Der Anbau von Tabak alleine verursacht laut WHO jedes 84 Millionen Tonnen CO₂, es
52 werden mehr als 200.000 Hektar Land und 22 Milliarden Tonnen Wasser dafür genutzt.

53 Besonders problematisch ist, dass der Tabak dabei in Ländern des globalen Südens
54 angebaut wird, dort konkurriert der Anbau mit anderen Nutzpflanzen, die vor Ort
55 dringender benötigt werden. Weiterhin sind die Anbaubedingungen für die
56 Produzierenden oft sehr schlecht. Bis zu einem Viertel der Tabakbauern und-bäuerinnen
57 erkranken an der sogenannten Grünen Tabak Krankheit, einer Vergiftung, die über die
58 Haut aufgenommen wird, wenn man zu lange mit Tabakblättern in Berührung kommt.

59 Nach Schätzungen der WHO werden aller Zigaretten einfach auf den Boden geschmissen,
60 so landen 4,5 Billionen Zigaretten jedes Jahr in der Umwelt. Allein in Deutschland
61 geht man von einem hohen 2 stelligen Milliarden Zahl aus, die achtlos auf dem Boden
62 landen. Dabei enthalten die Tabakprodukte mehr als 7000 giftige Chemikalien, die beim
63 Wegwerfen in die Umwelt gelangen und so ca. 100 Liter Wasser in Bächen, Flüssen und
64 den Weltmeeren pro Zigarettenstummel verpesten.

65 Eine der Hauptursachen für Brände mit Todesfolge sind laut der Europäischen
66 Kommission unbeaufsichtigt brennende Zigaretten. Jährlich entstehen über 30.000
67 Brände aufgrund von Zigaretten, bei denen mehr als 1.000 Menschen sterben und mehr
68 als 4.000 Menschen verletzt werden. Bereits eine einzelne weggeworfene Zigarette
69 reicht, um einen Brand auszulösen. So gingen in der Vergangenheit nicht nur Häuser
70 oder Wohnungen in Flammen auf, sondern ganze Wälder und Ortschaften. Und das alles
71 nur, weil jemand seinen Zigarettenstummel unachtsam etwa aus dem fahrenden Auto
72 geworfen hat.

73 **Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Tabakindustrie an den Kosten der**
74 **Müllbeseitigung stärker beteiligt wird als bisher. Insgesamt müssen wir dafür sorgen,**
75 **dass die Quote der ordnungsgemäß entsorgten Kippenstummel steigt.**

76 **Dafür sollte ein kompakter Taschenaschenbecher für unterwegs zur Standardausrüstung**
77 **aller Raucher*Innen gehören. Orte, an denen gehäuft Zigarettenstummel weggeworfen**
78 **werden, sollten mit stationären Aschenbechern ausgestattet werden, die Kosten hierfür**
79 **sind von der Zigarettenindustrie zu tragen.**

80 **Mittelfristig dürfen in Zigaretten nur noch Filter verwendet werden, die sich**
81 **innerhalb von einem Monat abbauen lassen oder wiederverwendbare Filter.**

82 **Für die Produktion müssen international verpflichtende Standards zum Schutz der**
83 **Arbeiter*Innen und Bevölkerung geschaffen werden.**

84 Wegwerf-E-Zigaretten, auch Disposables genannt, gelten als der neue Trend unter
85 Raucher*Innen.. Sie kosten sieben bis zehn Euro und bieten rund 600 Züge. Danach
86 wirft man sie weg und kauft einfach die nächste.

87 Doch in den Wegwerf-Produkten stecken nicht nur Kunststoffe, sondern in jeder E-
88 Zigarette ist auch ein kleiner Akku verbaut. Deshalb muss die ausgedampfte E-
89 Zigarette eigentlich an einer Sammelstelle abgegeben werden, um Rohstoffe
90 wiederverwerten zu können.

91 Doch Untersuchungen zufolge landet mehr als die Hälfte der Produkte im Hausmüll.
92 Dabei werden die Rohstoffe aus den Lithium-Ionen-Akkus dringend gebraucht, zum
93 Beispiel in der Auto-Industrie.

94 **Erst ab nächstem Jahr ist die Industrie verpflichtet, die Produkte mit Wechselakku**
95 **anzubieten. wir finden, dass diese nicht wiederverwendbaren Produkte sofort verboten**
96 **werden sollten.**

97 *Jugend raucht wieder*

98 Nachdem es jahrelang einen positiven Trend gab, rauchen junge Leute heute wieder
99 öfters.

100 Laut der letzten Befragung ist die Anzahl der Raucher*Innen unter den 14 bis 17
101 jährigen inzwischen wieder auf 15,9% angesteigen. Bei den 18 bis 24 jährigen stieg
102 der Wert gar über 40%. Diesen Zahlen sind für uns ein Alarmsignal, dass **wieder mehr**
103 **Aufklärungsarbeit vor allem an Schulen für die Gefahren des Rauchens gemacht werden**
104 **muss. Hierbei müssen neben der klassischen Zigaretten auch auf die neuen Formen der**
105 **E-Zigarette eingegangen werden.**

106 *Gesetzliche Regelungen anpassen*

107 Doch wir müssen auch gesetzlich mehr tun, um dafür zu sorgen , dass weniger junge
108 Leute zur Kippe greifen. Dies betrifft z.B. die Werbung für Tabakprodukte, so darf in
109 Deutschland noch bis 2024 für E-Zigaretten geworben werden . An einem Werbeverbot in
110 Verkaufsstellen fehlt es weiterhin vollständig und solange Zigaretten in jedem Kiosk
111 erhältlich sind kommen zwangsläufig auch Minderjährige damit in Kontakt.

112

113 Immer noch ist Deutschland in der EU relativ großzügig, was die gesetzlichen
114 Regelungen zum Nichtraucher*innenschutz angeht. **Ausgeweitet werden müssen daher die**
115 **Orte, an denen ein generelles Rauchverbot gilt**, hier sind die Regelungen von
116 Bundesland zu Bundesland weiterhin sehr unterschiedlich. In einigen Ländern wie
117 Berlin zeigt sich ein negativer Trend, dass es wieder mehr sogenannte Raucherkeipen
118 gibt, in denen nur Personen ab 18 Jahren Zutritt haben. **Wir setzen uns daher für**
119 **bundesweit einheitliche Regeln ein. Dabei sollten wir uns an den strengen Regeln, wie**
120 **sie heute schon in Bayern oder Saarland gelten, orientieren.** Es muss endlich der
121 Vergangenheit angehören, dass es in geschlossenen Räumen (z.B. einer Bar oder eines

- 122 Clubs), die für alle zugänglich sind, geraucht werden darf. **Weiterhin sollte auch bei**
123 **Freiluftveranstaltungen** (z.B. Open Air Konzerte, Straßenfeste, Freizeitparks o.ä.)
124 mit einer größeren Personenanzahl, insbesondere soweit Kinder anwesend sind, **das**
125 **Rauchen nur noch in gesonderten abseits gelegenen Zonen erlaubt sein.**
- 126 Sofern an Orten heute offiziell schon ein Rauchverbot gilt wie z.B. in vielen
127 Fußballstadien, an Bahnhöfen oder in Freibädern ist es entscheidend, dass diese
128 Verbote auch durchgesetzt werden.
- 129 **Weiterhin setzen wir uns für ein Rauchverbot in engen privaten Räumlichkeiten ein, in**
130 **denen Kinder anwesend sind, wie zum Beispiel in Autos, so wie es der Bundesrat schon**
131 **2022 gefordert hat. Der mangelnde Luftaustausch dort erhöht die gefährliche Wirkung**
132 **des Zigarettenrauchs zusätzlich.**
- 133 *Bei uns anfangen*
- 134 Doch man muss auch konstatieren, dass es um den Nichtraucher*Innenschutz bei uns
135 selbst nicht gut gestellt ist. Die Anzahl der Raucher*Innen auf Veranstaltungen ist
136 meistens überproportional hoch und es herrscht kein Selbstverständnis dafür, welche
137 Gefahr von Passivrauchen ausgeht, entsprechend wird keine Rücksicht auf weitere
138 Beteiligte genommen.
- 139 Im Eingangsbereich von Veranstaltungen tummeln sich die Raucher*Innen regelmäßig und
140 obwohl Minderjährige anwesend sind, wird ohne zu fragen gequalmt.
- 141 Daher muss sich die Kultur in dieser Hinsicht bei uns noch stärker verändern.
- 142 **Deshalb wollen wir unsere Bildungsveranstaltungen zukünftig zu reinen**
143 **Nichtraucher*Innen Veranstaltungen machen.**
- 144 Wir wollen damit vermeiden, dass Raucher*Innen Cliquen draußen stehen und sich
145 vernetzen, während dies Nichtraucher*Innen nicht tun können.
- 146 Besonders problematisch empfinden wir es, wenn Veranstaltungen in Etablissements
147 stattfinden, in denen geraucht werden kann oder Gruppen Tische im Raucherbereich der
148 Lokalität besetzen, sodass eine Gruppendynamik entsteht, sich auch dort hinzusetzen.
149 Daher wollen wir darauf achten, dass dies zukünftig vermieden wird.

Antrag G02: Patente für Medizinprodukte freigeben

Antragsteller*in:	Jusos Göttingen
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Körperpolitik

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Wir fordern, dass im medizinischen Bereich der Patentschutz aufgehoben wird, damit
- 2 sich nicht einzelne Firmen an (übersteuerten) Medizinprodukten bereichern können, auf
- 3 welche sie, „dank“ des Patentrechts, ein Monopol haben. Medizinische Produkte sollten
- 4 der Allgemeinheit zugänglich sein und zwar kostengünstig. Das schafft man nur ohne
- 5 Patentschutz.

Begründung

Spätestens seit der Debatte um die Freigabe der Covid-19 Impfstoffe ist die generelle Freigabe von medizinischen Produkten entbrannt. Die Covid-19 Impfstoffe wurden zwar stand jetzt nicht freigegeben, aber dennoch war die Debatte darum wichtig, um zu zeigen, dass medizinische Produkte Allgemeingut sein sollten und nicht Gegenstand kapitalistischer Gewinnmaximierung. Denn die die über die Produkte den Besitz haben bestimmen den preis, egal wie wichtig und oder einzigartig die verschiedenen Produkte sind und ob diese für die Betroffenen die einzige Möglichkeit sind um bei einer Genesung voranzukommen, auch bei Krankheiten die sonst vorher meistens tödlich verlaufen sind.

Antrag G03: Angemessene Versorgung für genitalverstümmelte FINTA*!

Antragsteller*in:	Jusos Schaumburg
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Körperpolitik

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen, dass
- 2 eine angemessene Versorgung für FINTA*, die eine Genitalverstümmelung erlitten haben
- 3 erfolgt! Wir unterstützen die Petition von Dr. Eilman Tahir die bereits aktuell
- 4 FINTA* angemessen medizinisch behandelt. Aktuell gibt es von der Kassenärztlichen
- 5 Bundesvereinigung keine Möglichkeit, Behandlungen bei Patient*innen die von
- 6 Genitalverstümmelung betroffen sind, abzurechnen. Diese muss es aber zukünftig geben,
- 7 denn die Behandlung unterscheidet sich von Behandlungen bei nicht betroffenen Personen.
- 8 Untersuchungen können für Betroffene retraumatisierend sein und fordern allein
- 9 deswegen eine anspruchsvollere Behandlung. Zusätzlich können langfristig
- 10 gesundheitliche Probleme durch die Verstümmelung entstehen, die bei nicht betroffenen
- 11 Personen nicht existieren. Bei Schwangerschaften gibt es durch die teilweise wieder
- 12 zugenähten Hautresten, die nach einer Bescheidung übriggelassen werden, andere
- 13 Voraussetzungen, die Untersuchungen und die Geburt bei Betroffenen erschweren. Damit
- 14 betroffene Personen die medizinische Behandlung erhalten können, die sie verdienen,
- 15 müssen Ärzt*innen auch die Möglichkeit haben diese abzurechnen.

Begründung

Wir Jusos sind ein feministischer Verband der Feminismus intersektional betrachtet. Dazu gehört auch die teilweise mehrfache Diskriminierung von FINTA* anzuerkennen und dieser entgegenzuwirken. In der Medizin werden FINTA* in unserer Gesellschaft aktuell benachteiligt. Dies zeigt sich beispielsweise durch Medikamente, die in ihrer Wirkungsweise auf Männer ausgelegt sind und nicht auf FINTA* angepasst werden. So wurde beispielsweise auch Endometriose lange Zeit in Deutschland nicht ausreichend behandelt, obwohl sehr viele Frauen an dieser Erkrankung leiden. Damit dieser Diskriminierung entgegengewirkt werden kann, brauchen wir eine feministische Politik im Gesundheitsbereich. FINTA* die eine Genitalverstümmelung erlitten haben müssen hier die medizinische Versorgung bekommen, die sie brauchen Ärzt*innen, die die betroffenen Personen behandeln, müssen diese Behandlungen abrechnen können, um diese auch vernünftig und gewissenhaft durchführen zu können.

Antrag G04: Stop Body Shaming: Gewichtsdiskriminierung ins AGG jetzt!

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Körperpolitik

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

1 Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass sie das AGG
2 „evaluieren, Schutzlücken schließen, den Rechtsschutz verbessern und den
3 Anwendungsbereich ausweiten“ will. Ende des Jahres soll hierfür ein Eckpunktepapier
4 vorgelegt werden. Bisher gibt es in 1 § AGG keine Diskriminierungskategorie, die
5 einen Schutz vor Gewichtsdiskriminierung sicherstellt. Damit geht auch einher, dass
6 Körper, die von dieser etablierten Norm abweichen, durch Stigmatisierungen abgewertet
7 werden. In der Praxis sind neben direkten Beleidigungen und Mobbing auch strukturelle
8 Diskriminierungen an der Tagesordnung. Mehrgewichtige Menschen haben auf dem
9 Arbeitsmarkt systematisch schlechtere Chancen, weil ihnen Eigenschaften wie faul,
10 wenig ambitioniert, undiszipliniert und emotionale Instabilität zugeschrieben werden.
11 Zudem werden mehrgewichtige Menschen medizinisch schlechter versorgt, da ihr Gewicht
12 oft als Ursache aller Probleme gewertet wird und sie weniger untersucht und ernst
13 genommen werden. Die Ursachen des Gewichts jedoch werden eindimensional betrachtet
14 und nicht weiter fokussiert. Und dass, obwohl bereits zahlreiche Studien zeigen, dass
15 höheres Körpergewicht selten ein Alleinstellungsmerkmal von Diskriminierung ist. Es
16 zeigt sich eine hohe Schnittmenge von Menschen, die sozioökonomisch schlechter
17 gestellt sind und ein höheres Gewicht haben.

18 Ebenso spielt das Geschlecht eine zentrale Rolle: Frauen erfahren aufgrund ihres
19 Körpers deutlich mehr Diskriminierungen als Männer. Bei Männern wird leichtes
20 „Übergewicht“ gesellschaftlich mehr toleriert als bei Frauen, bei denen hingegen
21 bereits kleine Abweichungen der Norm zu häufigeren und vielseitigen Diskriminierungen
22 führen. Grundlage dafür bieten sexistische Anerkennungspraxen, die in einem
23 hierarchischen Geschlechterverhältnis zu Be-/ und Abwertungen führen. Dabei betrifft
24 der gesellschaftliche Druck des perfekten Körpers nicht nur Mehrgewichtige, sondern
25 auch Frauen und Mädchen mit Körpern, welcher der gesellschaftlichen Norm angehören.
26 Auch sie sind körperbezogene Bewertungen ausgesetzt. Dies ist also kein Problem von
27 Individuen, sondern ein gesellschaftliches. Aus diesem Grund fordern wir, dass die
28 Bundesregierung der Evaluation des AGG nachkommt und die Kategorie „Gewicht“ in §1
29 des AGG als Ergänzung für die Reform aufgenommen wird. Des Weiteren wird gefordert:

30

- 31 • Vermehrte Sensibilität für das Thema „Gewichtsdiskriminierungen“ in Awareness-
32 Kontexten
- 33 • Abschaffung des BMIs bei der Verbeamtung
- 34 • Den Ausbau der Forschung sowohl in den medizinischen Kontexten als auch in den
35 Sozialwissenschaften zum Thema (Mehr-) Gewicht.
- 36 • Beachtung von intersektionalen Wechselwirkungen zum Thema Gewicht

Begründung

Obwohl vereinzelte Studien belegen, dass Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren als Hauptgrund für ihre Mobbing Erfahrungen das Körpergewicht angeben, bleibt die Kategorie Körper in der qualitativen empirischen Sozialforschung weitestgehend ungeachtet. Dabei ist mit großer Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass die Auswirkungen für Individuen, die von gewichtsbezogener Diskriminierung betroffenen sind, auf verschiedenen Ebenen folgenreich sind. Hieran zeigt sich bereits, dass im Kontext von Körper machtvoll und komplexe Diskurse geführt werden, die wirkmächtig sind. Im Kontext kapitalistischer Leistungsgesellschaften, in der ein mehrgewichtiger Körper nicht als vollständig verwertbar gilt, stellt sich die Frage danach, ob von gewichtsbezogener Diskriminierung betroffene Menschen die gleichen Chancen und Rechte zugestanden wird. Bei genauer Betrachtung der Rechtslage in Deutschland wird deutlich, dass von körperbezogener Diskriminierung betroffene Individuen nicht hinreichend vor Diskriminierung geschützt werden. Es lassen sich folglich im Kontext von gewichtsbezogener Diskriminierung Schwachstellen im Diskriminierungsschutz konstatieren. Die rechtliche Gesetzgebung des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes (AGG) erklärt: „Jeder hat Anspruch auf allein dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand“ (Artikel 2). Die Kategorie Gewicht bzw. Körper hat bisher noch keinen Eingang in das deutsche Antidiskriminierungsgesetz gefunden, was keineswegs bedeutet, dass Diskriminierungen gegenüber mehrgewichtigen Menschen nicht alltäglich stattfinden. Ein rechtlicher Schutz würde jedoch Ansprüche geltend machen.

Antrag G05: "Sinnvoll, machbar und realisierbar" – Vollakademisierung der Logopädie jetzt!

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Körperpolitik

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 In Deutschland sind etwa 30.000 staatliche anerkannte Logopäd*innen sowie
- 2 Sprachtherapeut*innen mit und ohne Hochschulabschluss in der Versorgung von
- 3 Patient*innen mit Sprach-, Sprech-, Stimm- und Schluckstörungen tätig. Nach aktuell
- 4 geltendem Berufsgesetz ist die Zulassung zu den sogenannten additiven Studiengängen
- 5 im Bereich der Logopädie nur mit dem Abschluss einer logopädischen Berufsfachschule
- 6 möglich. Konkret bedeutet dies, dass zusätzlich zu den drei Jahren Ausbildung noch je
- 7 nach Studiengang und Modell (Teilzeit-/Vollzeit) weitere 1,5 bis 3,5 Jahre Studium
- 8 hinzukommen.

- 9 Eine seit 2009 bestehende Modellklausel (§ 11) im aus den 80er-Jahren stammenden
- 10 „Gesetz über den Beruf des Logopäden“ (LogopG) erlaubt erstmals Modellstudiengänge
- 11 mit einer direkten hochschulischen Ausbildung als staatlich anerkannte*r Logopäd*in.
- 12 In 7 bis 8 Semestern erhalten die Absolvent*innen die Berechtigung die
- 13 Berufsbezeichnung Logopäd*in zu tragen. In den Jahren 2014-2020 erfolgten
- 14 Evaluationen dieser Modellstudiengänge, die eindeutig belegten, dass aufgrund der
- 15 gestiegenen Anforderungen die bestmögliche Patient*innenversorgung nur durch eine
- 16 hochschulische Qualifikation der Therapeut*innen gewährleistet werden kann.

- 17 Auch eine vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und der Bund-Länder-
- 18 Arbeitsgemeinschaft (BL-AG) „Gesamtkonzept Gesundheitsfachberufe“ empfohlene Prüfung
- 19 der Vollakademisierung der Logopädie ergab, dass die Akademisierung der Logopädie als
- 20 machbar und notwendig angesehen wird (2. Evaluationsbericht des BMG vom 22.10.2021).

- 21 Die Modellklausel läuft allerdings nach bereits zweifacher Verlängerung am 31.12.2024
- 22 aus. Trotz der Stimmen aus den Berufsverbänden und auch von bspw. Gesundheitsminister
- 23 Karl Lauterbach, die die Akademisierung befürworten, ist eine konkrete dauerhafte
- 24 Lösung aktuell noch nicht in Sicht. Die endgültige Entscheidung wird seit Jahren
- 25 vertagt.

- 26 **Deshalb fordern wir:**

- 27 • dass sich die SPD-Bundestagsfraktion und das Bundesministerium für Gesundheit
- 28 sowie die niedersächsische Landesregierung für die Vollakademisierung der
- 29 Logopädie aktiv einsetzen und somit für eine akademische Erstqualifikation als
- 30 grundständige Ausbildung.

- 31 • spätestens mit Ablauf der Modellklausel Ende 2024 (§ 11 LogopG) zum einen die
- 32 Modellstudiengänge in reguläre Studiengänge zu überführen und zum anderen
- 33 bundesweit die Logopädieausbildung in eine hochschulische Ausbildung
- 34 umzuwandeln.

- 35 • dass geprüft werden soll, ob und wie die Akademisierung der Logopädie mit der
- 36 Schaffung von Direktzugängen zu Therapieleistungen einhergehen kann, sodass

37 **zukünftig nicht immer eine ärztliche Verordnung nötig sein müsste.**

Begründung

Warum Vollakademisierung?

Das Gesundheitswesen steht vor großen Herausforderungen wie z. B. der steigenden Anzahl älterer Menschen (und die gleichzeitig sinkende Anzahl an Therapeut*innen), die Zunahme psychischer und neurologischer Erkrankungen sowie die Notwendigkeit interdisziplinärer und interprofessioneller Zusammenarbeit. Diese Herausforderungen erfordern ein erweitertes Kompetenzprofil und somit veränderte Ausbildungsstrukturen in der Logopädie und den Therapieberufen allgemein. Ziel muss es sein, die beruflichen Kompetenzen zum Wohle der Patient*innen zu vertiefen, zu stärken und weiterzuentwickeln, um den wachsenden Anforderungen einer hochwertigen Versorgung auch in Zukunft gerecht werden zu können. Dies erfordert von den Therapeut*innen ein evidenzbasiertes Arbeiten zum Erreichen der besten Qualität für die betroffenen Patient*innen und damit stetige Weiterentwicklung der therapeutischen Expertise. Dafür ist eine interprofessionelle Zusammenarbeit auf Augenhöhe notwendig.

Die Kompetenzen der Therapeut*innen könnten in der logopädischen Praxistätigkeit konkret genutzt werden, bspw. indem die Patient*innen einen Direktzugang zur Logopädie erhalten. Mit einem Direktzugang „direct access“ erhalten Patient*innen die Möglichkeit, sich bei Bedarf unmittelbar bei Logopäd*innen vorzustellen. Dabei erheben die Logopäd*innen die Diagnose und entscheiden eigenverantwortlich, ob eine Therapie erforderlich ist und welche weiterführenden Diagnostiken dazu benötigt werden. Im Vergleich zu vielen anderen europäischen Ländern können Patient*innen mit Atem-, Stimm, Sprech-, Sprach-, Hör-, und Schluckstörungen in Deutschland bisher ausschließlich auf Grundlage einer ärztlichen Verordnung behandelt werden. Die Ärzt*innen entscheiden dabei auch u.a. über die Diagnose(n), die Therapiedauer- und -einheiten sowie die Weiterführung oder Beendigung der Therapie.

Ziel muss es auch in der Logopädie sein, dem Fachkräftebedarf langfristig entgegenzuwirken und junge Menschen für die Therapieberufe zu gewinnen. Zu wenige entscheiden sich für das Berufsfeld Logopädie/Sprachtherapie, aber vor allem, wer es doch tut, verlässt die praktisch-therapeutische Arbeit nach wenigen Jahren. Das Ergebnis: Es wird immer schwieriger, die Versorgung und Unterstützung für die Menschen, die sie brauchen, abzusichern. Die hochschulische Ausbildung eröffnet neue und weitere berufliche Perspektiven und wertet damit die therapeutischen Berufe auf. Außerdem besteht die langfristige Perspektive, dass dadurch die von der Krankenkasse gezahlten Sätze deutlich angehoben werden könnten. Von der Lehre über die therapeutische Arbeit mit Patient*innen bis hin zur Karriere in der Forschung erweitert die Vollakademisierung die Möglichkeiten beruflicher Entwicklung. Die bisherigen Praxisanteile der Ausbildung würden dabei aber nicht verloren gehen. Die hochschulische Ausbildung in den Therapieberufen umfasst sowohl fachpraktische als auch wissenschaftlich-fachliche Anteile.

Im europäischen Vergleich ist Deutschland das einzige Land, in dem nebeneinander berufsfachschulisch und hochschulisch ausgebildet wird. Bereits 2013 waren in 30 von 31 Ländern der Bachelor- bzw. Masterabschluss die Voraussetzung zur Berufsausübung in der Logopädie. Deutschland bildet bis heute die einzige Ausnahme.

Wenn man genau hinschaut, hat auch in Deutschland der Übergang von einer berufsfachschulischen in die hochschulische Ausbildung schon längst begonnen: 90% der Bewerber*innen für eine Ausbildung verfügen über eine Hochschulzugangsberechtigung. 80% der Lehrenden an den Berufsfachschulen sind hochschulisch qualifiziert. 80% der Berufsfachschulen kooperieren bereits mit einer Hochschule. 57 Studiengänge gibt es allein im Bereich Logopädie/Sprachtherapie. Was aber fehlt ist ein Perspektive. Eine

Perspektive für die Modellstudiengänge und die Berufsfachschulen, eine Perspektive für die Bewerber*innen und Therapeut*innen, aber vor allem eine Perspektive für das Berufsfeld Logopädie/ Sprachtherapie.

Deshalb brauchen wir eine einheitlich gestaltete, ausschließlich hochschulische Qualifikation in der Logopädie – Vollakademisierung jetzt!

Antrag G06: Vermehrte Kassensitzvergabe bei Psychotherapeut*Innen

Antragsteller*in:	Jusos Hildesheim
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Körperpolitik

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Wir fordern, dass die Anzahl an Kassensitze für Psychotherapeut*Innen um 7000
- 2 Kassensitze erhöht wird und damit mehr Psychotherapeut*Innen zum praktizieren eine
- 3 kostenfreie Erlaubnis erhalten, mit den Kassen abzurechnen.

Begründung

Der Bedarf an psychotherapeutischer Behandlung in Deutschland wächst. Viele Psychotherapeut*Innen haben jedoch keinen Kassensitz, sodass die Therapie nicht über die Krankenkassen abgerechnet werden kann. Die Therapeut*Innen, die einen solchen Kassensitz haben, können jedoch den Andrang an hilfesuchenden Patient*Innen nicht nachkommen. Es besteht daher nur die Möglichkeit Monate bis Jahrelang auf einen Therapieplatz zu warten oder die Kosten intensivere Behandlung aus eigener Tasche zu zahlen. Sozial benachteiligte Menschen ziehen dabei den Kürzeren.

Um diesen anwachsenden Bedarf zu decken, sollen mehr Therapeut*Innen über das Krankenkassen-System abrechnen dürfen und damit mehr Patienten aufnehmen können.

Antrag G07: Arzneimittelversorgung zukunftssicher gestalten!

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Körperpolitik

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Die Zahl der Apotheken in Deutschland sinkt seit Jahren kontinuierlich. Der Trend
- 2 besagt, dass sich das in Zukunft nicht ändern werde. In den Städten mag der Effekt
- 3 des sog. „Apothekensterbens“ nicht spürbar sein, doch ist dieser auf dem Land z. T.
- 4 sehr gravierend. Da die Übernahme oder Neugründung einer öffentlichen Apotheke als zu
- 5 unsicher bzw. unattraktiv angesehen wird, muss dem entgegengesteuert werden und die
- 6 Jusos in der Region Hannover fordern:
- 7 a) Erhöhung des Apothekenhonorars mit stetiger Überprüfung der Höhe
- 8 b) Versandmöglichkeit von rezeptpflichtigen Arzneimitteln (Rx-Versandverbot)
- 9 c) Evaluierung und Erweiterung der neu eingeführten pharmazeutischen Dienstleitungen
- 10 d) Rabattverträge zwischen Krankenkassen und Pharmaunternehmen abschaffen
- 11 e) erhöhten Kassenabschlag aus dem GKV-Stabilisierungsgesetz streichen
- 12 f) Novellierung der Approbationsordnung für Apotheken sowie Erhöhung/Anpassung der
- 13 Studienplätze
- 14 g) Überprüfung der Kompetenzen des nicht-akademischen pharmazeutischen Personals
- 15 h) Anreize um Produktion von Arzneimitteln in Europa zu verlagern
- 16 i) Beibehaltung des Fremd- und Mehrbesitzverbotes

Begründung

Öffentliche Apotheken haben den Auftrag, die Arzneimittelversorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Dies soll in Zukunft weiterhin so gelten und die inhabergeführte Apotheke gestärkt werden. Daher ist Handlungsbedarf gegeben.

Fremd- und Mehrbesitzverbot sind bewährte Mittel, um Marktmacht bzw. mögliche Monopole zu begrenzen sowie profitorientierte Unternehmen keine Möglichkeit zu geben, sich zu etablieren.

Personal-, Energie- sowie weitere Kosten steigen stetig, doch das Apothekenhonorar wurde nur einmal und zuletzt 2014 von 8,10€ auf 8,35€ und blieb bei dem dabei. Apotheken leisten einen wichtigen Beitrag für die Bevölkerung und sollten daher entsprechend entlohnt werden.

Die Freigabe von rezeptpflichtigen Medikamenten, sowie ein Urteil des EuGHs aus dem Jahre 2016, folgten zu einem Anstieg des Versandhandels von Arzneimitteln. Grundsätzlich ist daran nichts auszusetzen, jedoch sind die Versandapotheken im Ausland ansässig und können die Arzneimittelpreisverordnung bzw. Preisbindung umgehen und daher auf Rx-Arzneimittel günstigere Preise anbieten. Dies ist als unfairer Wettbewerb einzustufen und daher sollte in Deutschland ein Rx-Versandverbot gelten, so wie es in den meisten Staaten der EU der Fall ist. Stattdessen sollte zukünftig der inländische Arzneimittelversand gestärkt.

Pharmazeutische Dienstleitungen sind neue Dienstleitungen, die Apotheken anbieten können und über

die Krankenkasse abrechnen dürfen. Diese haben das Potenzial, die Patientensicherheit zu erhöhen. Zusätzlich kann die gelernte pharmazeutische Kompetenz gestärkt, angewendet und erweitert werden. Aufgrund dessen sollten diese beobachtet werden und auch um Weitere ergänzt werden.

Die Rabattverträge zwischen Krankenkassen und Pharmaunternehmen sind lästig und vielen auch ein Dorn im Auge. Patienten sind verwirrt, pharmazeutisches Personal wird Handlungskompetenz bzw. Handlungsspielraum genommen. Einzig und allein dem Zweck, dass die Kassen Geld sparen können. Dies ist nicht hinnehmbar, da starres Festhalten an bestimmten Präparaten zu Komplikationen, wie Unverträglichkeit oder Versorgungsknappheit, führt, sollten diese abgeschafft werden.

Nach dem neuen GKV-Stabilisierungsgesetz sollen Apotheken einen höheren Kassenabschlag zahlen. Das bedeutet, dass zu höheren Unterhaltungskosten zusätzlich neue Kosten entstehen. Das führt zu höherer finanzieller Belastung zur z.T. angespannten Lage und kann nicht im Sinn der Sache sein.

Um die zukünftigen Pharmazeut*innen auf die aktuelle und zukünftigen Forschungslage und inhaltlichen Relevanz auszubilden, sollte sich das BMG bemühen die 30 Jahre alte Approbationsordnung zu überarbeiten. Viele Studieninhalte gelten als überholt bzw. irrelevant die nach der aktuellen Approbationsordnung gelehrt werden. Zudem wird sich über eine zu knappe Regelstudienzeit beklagt. Dies schlussfolgert, dass eine Novellierung nötig ist, um eine zeitgemäße Ausbildung zu sichern. Außerdem sollten die Länder sich bemühen die Studienkapazitäten zu überprüfen, sodass genug Personal ausgebildet wird.

Apotheker*innen haben u. a. die Erlaubnis eine Apotheke zu führen und das Personal zu beaufsichtigen. Wenn eine Vertretung für eine Apotheke gesucht wird, darf dies nur ein*e Apotheker*in. Alternativ ein*e Pharmazie-Ingenieur*in oder Apothekerassistent*in, die jedoch aussterbende Berufe sind. Da die Vertretungssuche sich als schwierig gestaltet, sollte z. B. diese Kompetenz an PTA's und PKA's erweitert werden. Zusätzlich sollte geprüft werden, welche Kompetenzen auf die beiden Berufsgruppen erweitert werden können, um die Wertschätzung zu erhöhen.

Letztlich wichtig für eine sichere Arzneimittelversorgung, ist die sichere Produktion. Daher sollten Anreize geschaffen werden, die Arzneimittelproduktion nach Europa zurück zu verlagern. Die aktuellen Arzneimittelengpässe zeigen welche Probleme bei einer Fokussierung auf Staaten, wie Indien oder China entstehen. Darum muss die Produktion von Arzneimitteln verteilt werden, damit Engpässe verhindert werden.

Antrag I01: Kein Gott im Staat. Unser jungsozialistischer Blick auf das Verhältnis von Staat und Kirche.

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Sachgebiet:	I - Inneres und Antifaschismus

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

1 Die deutsche Sozialdemokratie hat eine wechselhafte Geschichte im Umgang mit Religion
2 und Kirche. In ihren Ursprüngen war die Arbeiter*innenbewegung klar laizistisch
3 orientiert, strebte also eine vollständige Trennung zwischen Staat und Kirche an.
4 Nach dem Ende des deutschen Kaiserreichs setzte sich die SPD für diese Trennung in
5 der Weimarer Reichsverfassung ein, konnte sich jedoch nicht durchsetzen. Seit dem
6 Godesberger Programm 1959 hat sich diese Haltung verändert und die SPD hat sich den
7 Kirchen stark angenähert. Von der laizistischen Haltung ist heute nur noch wenig zu
8 spüren. Das macht sich bei konkreten Fragen im Umgang mit den Kirchen bemerkbar, aber
9 auch bei ethischen Fragen und daraus hervorgegangenen Gesetzen. Wir Jusos haben
10 weiterhin ein säkulares Staatsverständnis. Religion ist für uns Privatsache. Der
11 Vielfalt weltanschaulicher und religiöser Überzeugungen in dieser Gesellschaft
12 begegnen wir nicht, indem wir immer wieder einzelne Gruppen in den Kreis der
13 Privilegierten aufnehmen (z.B. bei Feiertagen, Religionsunterricht usw.), sondern
14 indem wir vom System der Bevorzugung einzelner religiöser Gemeinschaften wegkommen
15 und das Gemeinsame in den Vordergrund stellen. Bildung, Gesundheitsversorgung,
16 Kinder- und Jugendhilfe und weitere Bereiche, in denen Staat und Kirche aktuell
17 kooperieren, sehen wir im Kern als öffentliche Aufgaben, nicht als Aufgabe privater
18 Träger.

19

20 In Deutschland besteht keine Staatskirche. Damit sieht das Grundgesetz grundsätzlich
21 eine Trennung von Staat und Kirche vor. Alle Bürger*innen sind frei, ihre Religion zu
22 wählen - ebenso auch keiner Religionsgemeinschaft anzugehören. Der Staat hat den
23 Religionsgemeinschaften gegenüber neutral zu sein. Allerdings besteht kein
24 Kooperationsverbot, wie man es z.B. aus Frankreich kennt (Laizismus). Stattdessen
25 kooperieren Staat und Kirche in vielen verschiedenen Bereichen, wobei dieses
26 Kooperationsverhältnis prinzipiell allen Religionsgemeinschaften offensteht. Soweit
27 die Theorie. Praktisch ist es so, dass vor allem die evangelisch-lutherische und die
28 römisch-katholische Religionsgemeinschaft eine enorm privilegierte Position genießen,
29 sowohl im Vergleich zu anderen Konfessionen als auch im Vergleich zu konfessionslosen
30 Menschen. Diese historisch gewachsene Privilegierung steht einer immer geringer
31 werdenden Mitgliederzahl in den beiden großen Kirchen gegenüber. Dabei lässt sich in
32 der Geschichte der Bundesrepublik ein klarer Trend zur Säkularisierung ablesen.
33 Inzwischen gehört nicht einmal mehr die Hälfte der Deutschen den beiden großen
34 Kirchen an. Der Abwärtstrend hat sich in den letzten sechs Jahren sogar noch einmal
35 erheblich verstärkt. Über 40 Prozent sind konfessionslos, wobei diese Einstufung eine
36 rein formale ist und nichts über den persönlichen Glauben der Personen aussagt. Die
37 Gründe für den Mitgliederschwund sind vielseitig: Insbesondere in der Katholischen
38 Kirche ist der Frust über den Umgang mit sexueller Gewalt gegen Kinder ein Grund

39 auszutreten, außerdem die generelle Reformunwilligkeit. Ein Grund ist aber auch, dass
40 Kirchenmitglied zu sein innerhalb von Familien nicht mehr automatisch weitergegeben
41 wird, also die reine Religionszugehörigkeit aus Tradition seltener wird und es
42 gesellschaftlich meist kein Tabu mehr ist, aus einer Religionsgemeinschaft
43 auszutreten.

44

45 Diese Entwicklung wirft zahlreiche Fragen im Verhältnis zwischen Staat und Kirche
46 auf. Denn wie kann es zu rechtfertigen sein, dass eine Minderheit so massiv bevorzugt
47 wird - und das gleichzeitig auf Kosten aller? Als Jungsozialist*innen stehen wir zur
48 Religionsfreiheit, was sowohl die Freiheit zur Religionsausübung als auch die
49 Freiheit von Religion einschließt. Wir sind aber auch davon überzeugt, dass diese
50 Freiheit faktisch im Widerspruch zur gegenwärtigen Bevorzugung zweier
51 Religionsgemeinschaften steht. Diese Bevorzugung muss in diversen Kontexten beendet
52 werden. Wir streben weiterhin die umfassende Trennung von Kirche und Staat an.

53

54 **Abschaffung des kirchlichen Arbeitsrechts**

55

56 Betriebliche Mitbestimmung ist der Versuch, die strukturelle Ungleichheit zwischen
57 Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen abzumildern. Sie soll durch Ausgleich
58 zwischen betrieblichen Anforderungen und den Belangen und Interessen der
59 Beschäftigten eine soziale Balance schaffen. Deshalb haben Betriebs- und Personalräte
60 bei der Festlegung der Lage der Arbeitszeit, bei Umsetzungen und Versetzungen und
61 vielem mehr mitzubestimmen. **Für die Kirchen und ihre karitativen und erzieherischen
62 Einrichtungen gilt das staatliche Recht der betrieblichen Interessenvertretungen
63 nicht.** Die Kirchen haben für ihren Bereich nach 1949 besondere Regelungen
64 durchgesetzt. Das Grundgesetz räumt den Kirchen in Art. 140 das Recht ein, ihre
65 inneren Angelegenheiten im Rahmen der für alle geltenden Gesetze selbst zu regeln.
66 Von der verfassungsrechtlich privilegierten Stellung der Kirche sind alle Formen der
67 Glaubensausübung erfasst, die mit der Rechtsordnung der Bundesrepublik vereinbar
68 sind. **Sie nehmen auch eine arbeitsrechtliche Sonderstellung zum Nachteil der
69 Beschäftigten in Kauf.** Circa 1,8 Mio. Arbeitnehmer*innen in der evangelischen und
70 katholischen Kirche mit ihren Wohlfahrtsverbänden Diakonie und Caritas wählen
71 regelmäßig so genannte Mitarbeiter*innenvertretungen. Grundlage dafür bilden
72 kirchliche Gesetze mit diversen Sonderregelungen. Mitarbeiter*innenvertretungen sind
73 im Vergleich zu Betriebsräten und Personalräten eine relativ junge Einrichtung.
74 Während das Betriebsverfassungsgesetz 1952 und das Bundespersonalvertretungsgesetz
75 1955 vom Bundestag verabschiedet wurden, zog die Evangelische Kirche in Deutschland
76 (EKD) erst im Jahr 1992 mit dem »Mitarbeitervertretungsgesetz der Evangelischen
77 Kirche in Deutschland (MVG.EKD)« nach. Der Verband der Diözesen Deutschlands
78 (Zusammenschluss der deutschen Diözesen katholischen Kirche) verabschiedete 1971 die
79 "Mitarbeitervertretungsrahmenordnung". Die gewerkschaftlichen Rechte werden - anders
80 als im Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) - nicht geschützt. Die Mitbestimmungsrechte
81 sind aufgrund ihrer beschränkten Wirkmächtigkeit schwächer ausgestaltet und durch
82 extrem formale Verfahren eingeschränkt. Der Gang zu den Arbeitsgerichten ist den
83 Mitarbeiter*innenvertretungen (MAVen) verwehrt. **Die Beschäftigten und die MAVen in
84 der Kirche und ihren Einrichtungen sprechen von einem Arbeitsrecht zweiter Klasse.**

85

86 Gleichzeitig führt das kirchliche Arbeitsrecht immer wieder zu Kündigung aufgrund des
87 Privatlebens der Arbeitnehmer*innen. Das kann sowohl die Religionszugehörigkeit sein,
88 eine Scheidung oder die sexuelle Orientierung. Und es betrifft keineswegs nur
89 Arbeitnehmer*innen, die einer unmittelbar religiösen ("verkündungsnahen") Tätigkeit
90 nachgehen, wie z.B. Pastor*innen, sondern auch Ärzt*innen, Reinigungskräfte,
91 Pfleger*innen, Erzieher*innen usw. ("verkündungsfern"). Wer sich beispielsweise bei
92 einem christlichen Kindergarten bewirbt - und die christlichen Träger machen einen
93 erheblichen Anteil aus, sodass für Bewerber*innen nur eine eingeschränkte
94 Wahlfreiheit besteht - muss einer christlichen Religionsgemeinschaft angehören. Zwar
95 hat die Deutsche Bischofskonferenz 2022 eine Reform des Arbeitsrechts in der
96 katholischen Kirche beschlossen, diese wird von der Gewerkschaft ver.di jedoch
97 weiterhin als unzureichend bewertet. Die Diskriminierung nach privater Lebensführung
98 oder Religionszugehörigkeit muss nicht reformiert werden, sie muss abgeschafft
99 werden. Dabei ist wichtig zu betonen, dass kirchliche Einrichtungen des Gesundheits-
100 und Sozialwesens **vollständig aus staatlichen Mitteln** finanziert werden, nicht aus der
101 Kirchensteuer! Die muslimische Ärztin oder der geschiedene Pfleger oder die lesbische
102 Erzieherin finanzieren über ihre Steuern die Einrichtung, die sie am Ende
103 diskriminiert.

104

105 **Wir fordern deshalb:**

- 106 • das Arbeitsrecht der Kirchen ist abzuschaffen
- 107 • den kirchlichen Beschäftigten sind volle gewerkschaftliche Rechte zuzugestehen
- 108 • es sind Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften aufzunehmen
- 109 • das Streikrecht ist auch für Beschäftigte in kirchlichen Einrichtungen zu
110 gewähren
- 111 • das Betriebsverfassungsgesetz und die Gesetze zur Unternehmensmitbestimmung wird
112 auch in kirchlichen Einrichtungen volle Anwendung finden
- 113 • queere Arbeitnehmer*innen müssen vor Diskriminierung durch ihre kirchlichen
114 Arbeitgeber*innen geschützt werden.

115

116 **Ende der Staatsleistungen - 220 Jahre sind genug!**

117

118 Bis in die Neuzeit hinein war die - vor allem katholische - Kirche nicht nur eine
119 Religionsgemeinschaft, sondern auch Territorialherrin über zahlreiche Gebiete.
120 Bischöfe herrschten als Fürsten über ihre eigenen Gebiete. Sie waren also
121 gleichzeitig weltliche Herrscher. Diese Fürstbischöfe speisten sich wie die rein
122 weltlichen Fürsten auch in der Regel aus Adelsfamilien. Aus jungsozialistischer Sicht
123 waren die geistlichen Staaten somit ebenso eine illegitime Herrschaft einer kleinen,
124 nicht-demokratischen Elite wie die Adelherrschaften in weltlichen Fürstentümern.
125 Während in den lutherischen und reformierten Teilen des Heiligen Römischen Reiches
126 bereits früher ein Prozess zur Säkularisation einsetzte, also kirchliche
127 Territorialherrschaft an weltliche Herrscher übergang, wurden die katholischen
128 Bereiche davon vor allem in Folge der französischen Revolution und napoleonischen

129 Kriege getroffen. Im Jahr 1803 beschloss der Reichsdeputiertenhauptschluss die
130 Auflösung großer kirchlicher Territorien, um damit weltliche Herrscher für ihre
131 Gebietsverluste zu entschädigen. Das alles klingt nach Geschichtsstunde, hat aber
132 Auswirkungen bis heute: Um den Vermögensverlust der Kirchen auszugleichen, erhielten
133 sie Staatsleistungen - also Geld. **Diese Geldzahlungen vom Staat an die Kirche laufen**
134 **bis heute.** Allein für das Jahr 2022 haben die Bundesländer 602 Millionen Euro
135 Staatsleistungen an die beiden großen Kirchen veranschlagt. Dabei unterliegen diese
136 Leistungen keiner Nachweispflicht oder Zweckbindung. Sie dienen somit auch nicht der
137 Finanzierung karitativer Dienste, diese werden ohnehin aus staatlichen Mitteln
138 bezahlt. Seit dem Inkrafttreten der Weimarer Verfassung 1919 besteht der
139 Verfassungsauftrag, diese Leistungen zu beenden. Geschehen ist das bislang nicht. Die
140 Ampel-Koalition hat sich vorgenommen, diesen Schritt zu gehen. Die große Frage ist
141 aber, wie die Beendigung abläuft. Die Kirchen verlangen eine Ablösesumme, aus der sie
142 sich in der Zukunft weiterhin finanzieren können, wie bislang aus Staatsleistungen.
143 Das können enorme Geldsummen sein, aber auch Staatsanleihen oder andere
144 Vermögenswerte.

145

146 Wir fordern: Die Staatsleistungen an die Kirchen müssen noch in dieser
147 Legislaturperiode des Deutschen Bundestags dauerhaft beendet werden. Dabei haben sich
148 auch die Bundesländer, die bislang blockieren, zu bewegen. Eine Ablösungssumme in
149 jeglicher Form lehnen wir ab. Wir sehen die Kirchen und andere
150 Religionsgemeinschaften in der Pflicht, sich selbst zu finanzieren. **Die Entschädigung**
151 **ist durch 220 Jahre Staatsleistungen mehr als abgegolten!**

152

153 **Auch Karfreitag ist Party für Jesus - Tanzverbot abschaffen**

154

155 "Stille Feiertage" - an diesen Tagen gilt ein durch die Bundesländer geregeltes
156 öffentliches Tanzverbot. Wie genau dieses Verbot ausgestaltet ist und an welchen
157 Tagen es gilt, variiert zwischen den Ländern. Es kann zusätzlich zum Verbot von
158 öffentlichen Tanzveranstaltungen z.B. auch das Verbot von Sportveranstaltungen
159 umfassen. Immer wieder protestieren Jusos in lokalen, progressiven Bündnissen gegen
160 diesen Zwang zur Andächtigkeit. **Wir fordern weiterhin die Abschaffung jeglicher**
161 **Tanzverbote.**

162

163 **Lückenlose Aufklärung statt Schweigekartell**

164

165 Nach wie vor hält die Debatte um sexuelle Gewalt gegen Kinder in kirchlichen
166 Einrichtungen und durch kirchliche Würdenträger an. Insbesondere die katholische
167 Kirche wird immer wieder durch neue Gutachten in einzelnen Bistümern, vor allem aber
168 durch die dortigen Verschleierungsversuche erschüttert. Auch dieser Umgang mit
169 strukturell bedingten Verbrechen in der eigenen Organisation führt zu zahlreichen
170 Kirchenaustritten. Erschütternd ist aber nicht nur, wie Bischöfe und andere Personen
171 innerhalb der Kirche die Verantwortlichen geschützt und die Aufklärung der Verbrechen
172 blockiert haben. Erschütternd ist auch, wie viel Vertrauen staatliche Institutionen

173 in die interne Aufarbeitung der Kirche gesetzt haben. Der Staat hat eine Nachsicht
174 gegenüber der (katholischen) Kirche walten lassen, wie sie in anderen Kontexten kaum
175 denkbar wäre. Als die katholische Bischofskonferenz 2019 beispielsweise einen
176 "Missbrauchsbericht" veröffentlichte, waren darin Fälle enthalten, die der Justiz bis
177 dahin nicht bekannt gewesen waren. Die Kirche erstattete jedoch keine Anzeige und
178 benannte auch keine Täter. Die Kirche sieht solche Fälle immer noch viel zu oft als
179 interne Angelegenheiten, die sie durch kirchenrechtliche Sanktionen ahnden könne.
180 Dazu kommen staatliche Ermittlungsbehörden, die deutlich zögerlicher bei der
181 Beweissicherung vorgehen, als sie es gegenüber weltlichen Organisationen tun würden.
182 Diese Zurückhaltung muss ein Ende haben! Verbrechen innerhalb der Kirche, vor allem
183 wenn Minderjährige zu Schaden kommen, müssen durch **staatliche**
184 **Ermittlungsbehörden** lückenlos aufgeklärt werden - ohne Rücksicht auf eine
185 Organisation, die immer wieder dem Täterschutz Vorzug gegeben hat. Zusätzlich muss
186 das kanonische Recht geändert werden: Bislang stellt das katholische Kirchenrecht
187 sexuelle Gewalt gegen Minderjährige nur unter Strafe, wenn sie von Klerikern ausgeht.
188 Der Hintergrund ist, dass durch das Kirchenrecht der Zölibat geschützt werden soll
189 und nicht die sexuelle Selbstbestimmung der Jugendlichen.

190

191 **Gemeinsam lernen - nicht getrennt nach Konfessionen**

192

193 Der konfessionelle Religionsunterricht genießt in Deutschland einen besonderen
194 grundgesetzlichen Schutz. Das führt dazu, dass Schüler*innen in Deutschland, sobald
195 es um Religionsunterricht geht, nach ihrer Religionszugehörigkeit getrennt werden. In
196 den meisten Fällen sind das katholischer und/oder evangelischer Religionsunterricht
197 sowie "Werte und Normen" oder ähnliche Fächer für diejenigen, die an diesem
198 Religionsunterricht nicht teilnehmen wollen. Inzwischen ist auch islamischer
199 Religionsunterricht häufiger anzutreffen. Die grundsätzlichen Probleme bleiben
200 dennoch bestehen: Zum einen kann konfessioneller Religionsunterricht nie die
201 weltanschauliche und religiöse Vielfalt, die in der Gesellschaft besteht,
202 widerspiegeln, sondern wird die Schüler*innen nach groben Zugehörigkeiten sortieren.
203 Zum anderen kommt durch die Trennung kein Austausch zwischen unterschiedlichen
204 Anschauungen zustande. Dabei ist für gegenseitige Akzeptanz, aber auch für die
205 persönliche und intellektuelle Entwicklung der Kinder der Austausch zwischen
206 unterschiedlichen Weltanschauungen unerlässlich. Unsere Idealvorstellung ist daher
207 ein gemeinsamer Unterricht für alle. Auf dem Weg dahin kann ein
208 konfessionsübergreifender Religionsunterricht ein richtiger Schritt sein. Aktuell
209 arbeiten die katholische und evangelische Kirche an einem gemeinsamen christlichen
210 Religionsunterricht. Uns hingegen ist wichtig, dass sich ein
211 konfessionsübergreifender Religionsunterricht nicht auf christliche Konfessionen
212 beschränkt. Ein solcher Ansatz existiert bereits in Hamburg, wo verschiedene
213 Religionsgemeinschaften an der Gestaltung des Lehrplans und der Durchführung des
214 Unterrichts beteiligt sind. **Langfristig bleibt unser Ziel aber ein nicht-**
215 **konfessioneller Unterricht, beispielsweise nach dem Vorbild von "Werte und Normen",**
216 **für alle!** Das schließt auch die ausschließlich nicht-konfessionelle Ausbildung der
217 Lehrer*innen ein. Nach unserer Vorstellung sollen kirchliche Autoritäten keine
218 Mitsprache bei der Lehrer*innenausbildung mehr haben.

219

220 Ein weiteres Problem stellen Konfessionsschulen dar, also z.B. evangelische oder
221 katholische Schulen. Wir Jusos lehnen Privatschulen grundsätzlich ab. Wie bei anderen
222 Schulen in freier Trägerschaft auch (z.B. Waldorfschulen) sind Konfessionsschulen ein
223 Mittel der sozialen Abgrenzung. Die Abgrenzung verläuft nicht nur entlang
224 konfessioneller Gruppen, sondern auch sozialer Klassen. So schicken Eltern ihre
225 Kinder oft auch deshalb auf christliche Schulen, weil sie dort eine bürgerliche,
226 homogene Schulgemeinschaft erwarten. Dementsprechend ist auch der Anteil von
227 migrantisierten Schüler*innen auf diesen Schulen unterdurchschnittlich. Hinzu kommt
228 der Einfluss der Religion auf die Schulbildung, der an Konfessionsschulen auch
229 dadurch besteht, dass fast alle Lehrer*innen der entsprechenden Religion angehören.
230 Vielfalt sieht anders aus. Wir Jusos halten aus Gründen der Gleichheit und des
231 sozialen Miteinanders daran fest, dass es eine Schule für alle braucht - und keine
232 Trennung nach Religionszugehörigkeit oder sozialer Zugehörigkeit.

233

234 **Nehmt den Staat in die Verantwortung!**

235

236 Als Argument für die fortwährende Relevanz der Kirchen wird immer wieder ihr
237 karitatives Engagement ins Feld geführt. Dabei ist nicht von der Hand zu weisen, dass
238 kirchliche Träger im Sozial- und Gesundheitssektor wichtige Aufgaben übernehmen. Was
239 dabei jedoch oft übersehen wird, ist, dass die kirchlichen Träger eine Lücke füllen,
240 die der Staat hinterlassen hat. Der Betrieb von Krankenhäusern, Kindertagesstätten,
241 Schulen und weiteren Einrichtungen ist für uns Jusos aber ein Teil der öffentlichen
242 Daseinsvorsorge und damit in öffentlicher Verantwortung anzusiedeln. **Wir wollen, dass**
243 **der Staat wieder in die Verantwortung genommen wird, statt Aufgaben der**
244 **Daseinsvorsorge an die Kirchen abzuwälzen!**

245

246 **Wir wollen endlich der weltanschaulichen Vielfalt in unserer Gesellschaft Rechnung**
247 **tragen! Deshalb fordern wir:**

- 248 • Die Abschaffung des kirchlichen Arbeitsrechts
- 249 • Beendigung aller Staatsleistungen ohne Ablösesumme
- 250 • Abschaffung von Tanzverbot an stillen Feiertagen
- 251 • Langfristig die Einrichtung eines nicht-konfessionellen Unterrichtsfachs über
252 Religion, Ethik, Philosophie und Weltanschauungen wie bspw. im Fach "Werte und
253 Normen" für alle Schüler*innen und die Abschaffung des konfessionellen
254 Religionsunterrichts
- 255 • dass der Staat im Sozial- und Gesundheitssektor wieder mehr Verantwortung
256 übernimmt und somit die kirchliche Träger*innenschaft von Kindertagesstätten,
257 Schulen, Krankenhäusern usw. ablöst.

Antrag I02: Umfassende Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen – Misstrauen vorbeugen, Vertrauen stärken!

Antragsteller*in:	Jusos Uelzen/Lüchow-Dannenberg
Sachgebiet:	I - Inneres und Antifaschismus

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, sich für eine Kennzeichnungspflicht
- 2 für Polizistinnen und Polizisten in Niedersachsen einzusetzen und einen
- 3 entsprechenden Antrag in den niedersächsischen Landtag einzubringen. Diese
- 4 Kennzeichnung soll nach dem Vorbild anderer Bundesländer (z. B. Brandenburg,
- 5 Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt) aus einem individualisierten, aber
- 6 anonymisierten Nummer- und oder Buchstabencode bestehen, der für Außenstehende
- 7 keinerlei Rückschluss auf die Person ermöglicht. Dieser Rückschluss soll nur für
- 8 Personen, die an einem Ermittlungsverfahren durch die Strafverfolgungsbehörden
- 9 beteiligt sind, möglich sein.
- 10 Diese Kennzeichnung soll bei allen Einsätzen, auch und gerade in geschlossen
- 11 Einheiten bei Demonstrationen und anderen Großveranstaltungen gelten.
- 12 Dieser Schritt ist aus unserer Sicht wichtig, um zum einen eine effizientere
- 13 Strafverfolgung von Straftaten einzelner Polizistinnen und Polizisten zu
- 14 gewährleisten und zum anderen, um genau dadurch das Vertrauen und die Polizei als
- 15 Ordnungshüter zu stärken.

Begründung

Leider kommt es gerade bei Großeinsätzen in geschlossenen Einheiten in Ausnahmefällen zu rechtswidrigen Gewaltanwendungen durch einzelne Polizistinnen oder Polizisten. Diese möglicherweise rechtswidrigen Gewaltanwendungen sind im Nachhinein schwer gerichtlich zu überprüfen. Der Hauptgrund dafür ist die Tatsache, dass potenzielle Täter in der Regel nicht ermittelt werden können. Dies führt in der Regel dazu, dass Ermittlungsverfahren gegen Polizisten eingestellt werden, ohne überhaupt nur vor Gericht zu gelangen. Dies geschieht bei derartigen Ermittlungsverfahren häufiger als bei irgendwelchen anderen Personengruppen.

Wenn die Betroffenen bei der Anzeige die Person der vermeintlichen Täterin/des vermeintlichen Täters beschreiben wollen, können sie aufgrund der Einsatzuniformen in der Regel höchstens feststellen, ob sich es um eine Frau oder einen Mann gehandelt hat und aus welchem Bundesland die Person stammt. Gerade für Laien ist es aber darüber hinaus schwierig, genaue Einheitenzugehörigkeiten zu erkennen, die eine Identifizierung ermöglichen würden, geschweige denn eine genaue Personenbeschreibung. Eine effiziente Strafverfolgung ist so kaum möglich. Aber gerade die ist unserer Ansicht nach von großer Bedeutung. Gerade bei der Polizei, als Vertreterin der staatlichen Gewalt, muss das berechnete Vertrauen vorhanden sein, dass das Fehlverhalten einzelner effizient und konsequent verfolgt wird. Ist dieses Vertrauen in einen effizienten Umgang mit solchen Taten Einzelner nicht vorhanden, kann dies zu einem Vertrauensverlust in die Polizei als Ganzes führen. Aber gerade auf dieses Vertrauen ist auch die Polizei angewiesen.

Eine Stigmatisierung der Polizistinnen und Polizisten lehnen wir strikt ab. Wir sind uns der angespannten Personalsituation der Polizei insgesamt und die Belastungen der einzelnen Polizistinnen und Polizisten

bewusst. Die weit überwiegende Anzahl an Polizistinnen und Polizisten begeht solche Taten nicht, es sind die Taten einzelner. Aber gerade diese Taten einzelner und die mangelhafte juristische Aufarbeitung solcher Taten sind es, die die Polizei in ihrer Gesamtheit gelegentlich in einem schlechten Licht dastehen lassen. Dem wollen wir mit der Kennzeichnungspflicht entgegenwirken.

Wir halten die Kennzeichnungspflicht, die auch im Sinne der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ist, auch in Niedersachsen daher für geboten.

Die Kennzeichnungspflicht stand schon 2013 im Koalitionsvertrag – wurde vom Langzeit-Innenminister Boris Pistorius aber schlicht nicht umgesetzt. Nun steht sie wieder im Koalitionsvertrag, die neue Innenministerin Daniela Behrens ließ aber gleich mal verlauten, dass das Thema bei ihr nicht die oberste Priorität hat.

Wir fordern, dass aus dem Bestreben endlich Taten resultieren!

Antrag I03: Schaffung eines grundsätzlichen Abschiebehindernisses

Antragsteller*in:	Jusos Celle
Sachgebiet:	I - Inneres und Antifaschismus

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Die Juso – Bezirkskonferenz möge beschließen: Schaffung eines grundsätzlichen
- 2 Abschiebehindernisses für Personen, die eine Arbeit haben, Deutsch sprechen können
- 3 und keine Vorstrafen haben.

Begründung

Diese Personen leisten einen positiven Beitrag zur Gesellschaft und erfüllen wichtige Kriterien, die für eine gelungene Integration in Deutschland unerlässlich sind. Durch ihre Arbeit tragen sie zur Wirtschaft bei und können sich selbstständig versorgen, was eine Entlastung für das Sozialsystem darstellt. Außerdem sprechen sie Deutsch, was die Kommunikation mit deutschen Mitbürgern erleichtert, und ein gutes Zusammenleben fördert.

Personen ohne Vorstrafen haben zudem bewiesen, dass sie sich an die Gesetze halten und ein verantwortungsvolles Leben führen. Es ist nicht sinnvoll, diese Personen abzuschieben, wenn sie in Deutschland eine Chance auf ein besseres Leben haben und sich integrieren wollen.

Daher bitten wir um die Schaffung eines Abschiebehindernisses für Personen, die eine Arbeit haben, Deutsch sprechen können und keine Vorstrafen haben.

Gerade der Fall Pham Phi Son zeigt das dies dringend geboten ist.

Antrag I04: Importverbot für sauerländische Flugzwerge

Antragsteller*in:	Jusos Celle
Sachgebiet:	I - Inneres und Antifaschismus

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Die Juso – Bezirkskonferenz möge beschließen: Der Import von sauerländischen
- 2 Flugzwerge wird verboten.

Begründung

In der Vergangenheit haben einige Vertreter dieser Gruppe in der Öffentlichkeit rassistische, diskriminierende und beleidigende Äußerungen getätigt. Solche Aussagen haben negative Auswirkungen auf unsere Gesellschaft und dürfen nicht toleriert werden.

Um sicherzustellen, dass diese unangemessenen Einstellungen und Meinungen nicht weiter verbreitet werden, halte ich es für notwendig, den Import von sauerländischen Flugzwerge zu verbieten. Ich bitte Sie daher, diesen Antrag zu prüfen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass unsere Gesellschaft nicht durch derartige Haltungen und Meinungen gefährdet wird.

Antrag I05: Kostenlose Dokumente

Antragsteller*in:	Jusos Hildesheim
Sachgebiet:	I - Inneres und Antifaschismus

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Wir fordern, dass staatliche Dokumente und die Serviceleistungen des Staates für die
- 2 Bürger*Innen keine Kosten mehr verursachen dürfen. Hierunter fallen für uns alle
- 3 Leistungen wie das Ausstellen eines Personalausweises, Reisepasses oder
- 4 Führerscheins bzw. das Umtragen eines Namens oder der Adresse. Auch weitere
- 5 Leistungen wie der Austritt aus der Kirche, Gewerbean oder -abmeldung u.ä. sollten
- 6 kostenfrei sein.

- 7 Soweit erforderlich sollte hierbei auch darauf geachtet werden, dass die Beantragung
- 8 für keine Person an den Kosten für die Erstellung eines notwendigen Passbildes
- 9 scheitert.

- 10 Soweit es bundesgesetzliche Vorgaben zur Höhe der Gebühren gibt, sollten sich alle
- 11 kommunalen Träger an Modellprojekten beteiligen, um diese Kosten zu übernehmen. Für
- 12 Kommunen besteht nach § 1 Abs. 6 Personalausweis- und eID-Karten Gebührenverordnung
- 13 für den Personalausweis bereits die Möglichkeit dies zu tun.

Begründung

Dokumente, die fast jede Privatperson besitzt, wie Personalausweis, Reisepass oder Führerschein dürfen kein Geld kosten.

Insbesondere darf es nicht sein, dass Dokumente zum Ausweisen Geld kosten, obwohl es nach §1 des Personalausweisgesetzes eine gesetzliche Verpflichtung dazu gibt, einen solchen zu besitzen.

Es ist schlicht nicht ersichtlich, wieso diese staatlichen Dienstleistungen im Moment überhaupt Geld kosten ?

Insbesondere für finanziell schwächere Personen wird so eine unnötige Hürde geschaffen diese Dokumente zu erhalten.

Sollen Leute davon abgehalten werden, diese zum Spaß zu beantragen ?

Warum muss jemand, dessen Portemonnaie abhanden gekommen ist und der*die damit schon genug Probleme hat, noch zusätzlich bestraft werden um die Dokumente neu zu beantragen?

Beispielhaft für die Anwendung der Gebührenfreiheit des Personalausweises sind hier Projekte zu nennen wie sie in Bremen oder Hamburg praktiziert werden, bei denen die Gebühren von den lokalen Trägern für Wohnungslose übernommen werden. Nur so besteht für viele Betroffene überhaupt erst die Möglichkeit aus dem Teufelskreis der Wohnungslosigkeit raus zu kommen, denn für die Anmietung einer Wohnung ist oft ein Personalausweis notwendig

Antrag I06: Keine Staatenlosigkeit

Antragsteller*in:	Jusos Hildesheim
Sachgebiet:	I - Inneres und Antifaschismus

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Wir fordern:
- 2 - sich für die Anerkennung von Staatenlosigkeit als eigenständige Fluchtursache
- 3 einzusetzen, und staatenlosen Menschen besonderen Schutz und Unterstützung zukommen
- 4 zu lassen
- 5 - die Situation von Anerkannt Staatenlosen zu verbessern und Ihnen schnellstmöglich
- 6 die Einbürgerung in Deutschland zu ermöglichen
- 7 - für Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit leichtere Möglichkeiten zu
- 8 schaffen die Staatenlosigkeit nachzuweisen
- 9 - alle in Deutschland von ungeklärter Staatsangehörigkeit geborenen Kindern sollten
- 10 die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, bisher ist dies lediglich für Personen die
- 11 min. 8 Jahre in Deutschland gelebt haben, der Fall.
- 12 - sich international für eine Verbesserung der Situation staatenloser Personen und
- 13 Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit einzusetzen und sich für die Umsetzung
- 14 der vom UNHCR geforderten Maßnahmen einzusetzen.

Begründung

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948 heißt es in Artikel 15 :
"Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Staatsangehörigkeit."

Was aber, wenn es keine Zugehörigkeit gibt?

Der Zugang zu bestimmten Grundrechten wie Bildung, Arbeit, medizinischer Versorgung oder Wahlrecht sind oft an die Staatsangehörigkeit gekoppelt.

Ohne die anerkannte Zugehörigkeit zu einem Staat fehlt den Menschen der Zugang zu diesen Grundrechten. Rechte, die für die restliche Bevölkerung oft selbstverständlich sind. Dadurch sind diese Personen besonders oft von Diskriminierung, Gewalt, Armut, Ausbeutung und bürokratischer Willkür betroffen. Das ein Mensch staatenlos ist kann dabei verschiedene politischen oder bürokratischen Gründen haben, unter anderem durch 2: In Deutschland lebten laut Statistischem Bundesamt Ende 2022 mehr als 29.455 Menschen, die keinen Staaten angehörten. Mehr als 23 000 dieser Personen halten sich bereits seit fünf Jahren und länger in Deutschland auf. Seit 2014 hat sich die Anzahl damit mehr als verdoppelt. Im Moment gilt für diese Personen trotz der Anerkennung der Staatenlosigkeit nur ein Aufenthaltsrecht, ein automatisch erteilter Passersatz und andere Rechte beinhalten diese Feststellung allerdings nicht. Anders als im Asylrecht haben diese staatenlosen Menschen auch kein Recht auf Bildung, Arbeit oder Gesundheitsvorsorge, sie dürfen nicht wählen und sind von grundlegenden Sozialleistungen ausgeschlossen und haben auch kein automatisches Recht auf einen Reiseausweis. Sie leben quasi unsichtbar in Deutschland. Auch das von der Regierung geplante Einwanderungsgesetz bringt für die Staatenlosen in Deutschland in dieser Hinsicht keinerlei Veränderungen. Keine der geplanten Erleichterungen vereinfacht Ihnen die Möglichkeiten, in Deutschland eingebürgert zu werden. Die Anforderungen, eine Einbürgerung beantragen zu können, bleiben ohnerrechtmäßigen Aufenthalt weiterhin unmöglich zu erfüllen. Daher fordern wir, dass Deutschland mehr dafür tut, die Situation der Anerkannt

Staatenlosen zu verbessern und Ihnen schnellstmöglich die Einbürgerung in Deutschland zu ermöglichen. Ohne die explizite Feststellung der Staatenlosigkeit, die an die abschließende Klärung der Identität der Person geknüpft ist, gibt es keine Aufenthaltsgenehmigung, ohne die es beim Dauerzustand einer Duldung bleibt. Kinder, deren Eltern in ungeklärter Staatsangehörigkeit leben, übernehmen sie, denn auch wenn man in Deutschland geboren ist, wird eine Verbindung zu einem ihnen unbekanntem Land nachgesagt und entsprechende Beweise gefordert. Für sie bleibt es damit ebenfalls fast unmöglich, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten. Große Probleme beim Nachweis der notwendigen Unterlagen zur Klärung der Identität ist die Bringschuld der Schutzsuchenden. Sie sind abhängig von der Mithilfe der Behörden des Herkunftslandes, die Schwierigkeit, an entsprechende Unterlagen zu kommen, führt zu Willkür und Misstrauen, dass etwas verheimlicht werden soll. Der Mangel an Lösungsansätzen führt häufig zu langwierigen bürokratischen Verfahren. Laut Bundesregierung hielten sich Ende Februar dieses Jahres insgesamt knapp 95 000 Menschen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit in Deutschland auf. Von ihnen sind rund 57 000 Menschen schon mehr als fünf Jahre im Land. Jede zehnte staatenlose Person ist dabei in Deutschland geboren. Bei Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit könnte es sich nach Angaben der Bundesregierung um bis zu einem Drittel um Menschen handeln, die hier geboren sind. **Wir fordern daher, dass es Deutschland Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit leichter macht dies nachzuweisen und alle in Deutschland von ungeklärter Staatsangehörigkeit geborenen Kinder die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, bisher ist dies lediglich für Personen die min. 8 Jahre in Deutschland gelebt haben, der Fall.** Weltweit sieht die Bilanz noch schrecklicher aus, so sollen Ende des Jahres 2021 weltweit rund 4,34 Millionen Personen ohne Staatsangehörigkeit gelebt haben. Laut Flüchtlingshilfswerk UNHCR dürfte die Dunkelziffer wesentlich höher sein. Die Schätzungen gehen hier von bis zu 20 Millionen Personen aus. Durch die anhaltend globalen Krisenherde in den letzten Jahren wird diese Anzahl voraussichtlich noch weiter steigen. Die UNHCR hat bereits 2014 unter dem #IBelong den Regierungen weltweit Maßnahmen zu einem globalen Aktionsplan zur Beendigung der Staatenlosigkeit vorgeschlagen, mit denen innerhalb von zehn Jahren die weltweite Staatenlosigkeit beendet werden sollte. Dabei wiesen sie daraufhin, dass die Vertreibung von Staatenlosen als eine Art Frühwarn-System für mögliche Massenfluchten erkannt werden sollte, da beides häufig zusammenhängt. Solange die Probleme von Staatenlosen nicht angegangen werden, sind keine effektiven Lösungen für Fluchtursachen zu finden. Weiterhin muss die bilaterale, regionale und internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Staatenlosigkeit verbessert werden und es ist ein Austausch über die besten Verfahren bei der Registrierung und Dokumentation notwendig. Die Koordinierung sollte zentral über die UN erfolgen, um nicht gleichzeitig verschiedene, miteinander nicht verträgliche Lösungsansätze zu verfolgen. Mittelfristig soll so auch vermieden werden, dass Menschen aufgrund unterschiedlicher Systeme in verschiedenen Staaten überhaupt in die Staatenlosigkeit abrutschen können. Weiterhin schlägt man folgende Maßnahmen vor um die Staatenlosigkeit von Menschen zu beenden: Daher fordern wir, sich auch international für eine Verbesserung der Situation staatenloser Personen und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit einzusetzen und sich für die **Umsetzung der vom UNHCR geforderten Maßnahmen einzusetzen.** Die Unterstützung der internationalen Abkommen zur Vermeidung der Staatenlosigkeit ist bisher sehr gering. Nur 59 Nationen haben das Übereinkommen von 1954 ratifiziert und nur 31 das Übereinkommen zur Verminderung der Staatenlosigkeit von 1961. Dies ist im Vergleich mit den 146 Staaten, die der Genfer Flüchtlingskonvention 1951 und/oder dem Protokoll von 1967 beigetreten sind, sehr wenige Länder.

Antrag S01: Nachholung von Feiertagen

Antragsteller*in:	Jusos Celle
Sachgebiet:	S - Sonstiges

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Feiertage, die auf Wochenenden fallen sollen nachgeholt werden.

Begründung

Feiertage sind wichtige kulturelle Ereignisse, die oft von vielen Menschen gefeiert werden. Allerdings fallen einige Feiertage auf Samstage oder Sonntage, was dazu führt, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht von diesen freien Tagen profitieren können. Dies kann zu Frustration und Unzufriedenheit führen. Deshalb schlagen wir vor, dass Feiertage, die auf Wochenenden fallen, durch zusätzliche freie Tage während der Woche nachgeholt werden. Auf diese Weise können alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von diesen Feiertagen profitieren und ihre kulturellen Veranstaltungen und Traditionen feiern. Wir glauben, dass dies eine positive Auswirkung auf die Mitarbeiterzufriedenheit und die Arbeitsmoral haben wird.

Antrag S02: Faire Politik mit fairen Fakten

Antragsteller*in:	Jusos Hildesheim
Sachgebiet:	S - Sonstiges

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Das Aufstellen von nicht umsetzbaren, gesetzeswidrigen oder verfassungsfeindlichen
- 2 Forderungen sowie das verbreiten von "Fake-News", mit dem man auf eigener Seite (vor
- 3 allem während des Wahlkampfes) für bessere Umfragewerte werben möchte, ist zu
- 4 unterlassen und unter Strafe zu stellen.

Begründung

Immer häufiger werben Parteien und Politiker mit unglaubwürdigen, gesetzeswidrigen oder verfassungsfeindlichen Forderungen oder mit "Fake-News" im Wahlkampfjahr um Wählerstimmen. Besonders die AfD sowie die CSU bedienen sich immer häufiger der "Stimmungsmache" und Stammtisch-Meinungen, obwohl Sie sich der Tatsache bewusst sind, dass diese Forderungen oder Fakten lediglich der Verzerrung von faktenbasierten Debatten sowie dem aufwiegeln von in die Basisdemokratie enttäuschten Personen dienlich sind.

Politiker*innen enttäuschen damit das in Sie und in die Demokratie gesetzte Vertrauen der Wähler*innen, denn viel zu häufig wollen sie die Fakten in einer Debatte oder in den Medien nicht aufdrängen.

Ein paar aktuelle Beispiele sind folgende:

In der Atomkraft-Debatte im April 2023 fordert Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) im Rahmen des Wahlkampfes, das abgeschaltete Atomkraftwerk Isar 2 in Landesverantwortung weiterzubetreiben. "Für vier bis fünf Jahre sei eine Produktion von Atomstrom in Bayern weiter möglich." Er bedient sich hierbei aneindeutigen "Fake-News".

"Rechtlich unhaltbar", beschreibt Rechtsanwalt Ulrich Wollenteit, Spezialist für Atomrecht, das Angebot von Markus Söder. "Ich kann mir gar nicht vorstellen, dass das ernst gemeint ist", so Wollenteit. Die gesetzliche Regelung sei eindeutig, um diesen Plan umzusetzen, sei eine Grundgesetzänderung notwendig.

In dem unwahrscheinlichen Fall, dass das Grundgesetz tatsächlich geändert wird, gibt es aber noch eine weitere Frage zu klären: Braucht Isar 2 eine neue Genehmigung?

Wollenteit: "Ja. Seit 2011 ist es aber unzulässig, Neugenehmigungen zu erteilen."¹

¹ <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/atomausstieg-bayern-101.html>

Unter der Schlagzeile "Terrorist schlachtet Frauen ... wo bleiben die Lichterketten?" veröffentlichte der AfD-Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner am 2. Juli 2021 einen Videokommentar auf YouTube. Anlass ist der wenige Tage zuvor verübte Messerangriff eines Mannes aus Somalia in der bayerischen Stadt Würzburg, bei dem drei Frauen getötet wurden. Über 10.000 liken und über 1400 kommentieren es.

Zum Abschluss des Videos stellt Brandner Behauptungen auf, die zwar das rechte Narrativ der AfD stützen - die aber wenig bis gar nichts mit der Wahrheit zu tun hat: "Weiß Gott, nicht annähernd alle Moslems sind Mörder oder Terroristen."

Aber komischerweise sind fast alle Terroristen Moslems."¹

Faktencheck: In den vergangenen Jahren gab es in Deutschland terroristische Morde, die von Muslimen verübt wurden. Gleichzeitig gab es eine deutlich höhere Zahl an Anschlägen durch Rechtsextremisten, die indem Video bewusst unbeachtet gelassen werden:

- der Angriff auf eine Synagoge in Halle mit zwei Toten
- der rassistische Angriff eines Mannes auf Jugendliche in München mit neun Toten
- der rassistische Anschlag in Hanau mit neun Toten
- der Mord an einem CDU-Politiker durch einen Rechtsterroristen

1 https://youtu.be/5_0i_JRCxOY?t=508

Antrag S03: Dönerpreisbremse

Antragsteller*in:	Jusos Hildesheim
Sachgebiet:	S - Sonstiges

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Wir setzen uns für die Deckelung der Dönerpreise ein.

Begründung

Der Begriff Krisendöner macht schon den Umlauf. Inzwischen müssen für einen Döner teilweise Rekordpreise von 10€ und mehr bezahlt werden. Noch vor 2 Jahren waren die lecker gefüllten Faldenbröte für kaum mehr als 4€ zu bekommen, nun muss oftmals mehr als das Doppelte dafür ausgegeben werden. Wollen wir es wirklich hinnehmen, dass Döner zu einem Luxusessen geworden ist, anstelle des verbindenden Elements zwischen Arm und Reich auf das sich alle einigen konnten ?

Die Inflation trifft dabei gerade finanziell ärmere Personen, die sich den leckeren Snack inzwischen nicht mehr einfach so leisten können. Aber auch die Betreiber*Innen der Dönerläden werden so oft ihrer Einkommensgrundlage entzogen, denn Sie trifft die höheren Erzeugerpreise natürlich auch direkt. Zur Zeit gibt es noch ca. 18.500 Dönerläden in Deutschland, in denen alleine 60.000 Mitarbeiter*Innen arbeiten. Wenn man die Produktion der Döner miteinberechnet hängen sogar fast 100.000 Jobs bei uns vom Döner ab. Oft sind es Jobs von Personen mit Migrationsgeschichte, die woanders möglicherweise keine Beschäftigung finden würden. Dabei hatten es Dönerläden und Ihre Produzent*Innen schon während der Coronakrise oft alles andere als einfach, denn viele soziale Begegnung zu denen man einen Döner isst, haben nicht stattgefunden.

Und der Döner ist doch so viel mehr als ein Essen, es ist ein Stück deutsch-türkische Kultur, ein Zeichen des Zusammenwachsens zwischen zwei verschiedenen Ländern. Dönerläden sind oft auch Begegnungsstätten zwischen diesen verschiedenen Kulturen und gerade in dörflichen Strukturen für jüngere Leute oft der Ort wo man sich trifft, der Imbiss im Dorf. Wir weisen außerdem daraufhin, dass dieses Thema eine enorme Popularität besitzt, insbesondere in den Sozialen Medien. Die SPD Berlin hatte die Forderung nach einer Dönerpreisbremse teilweise schon im Wahlkampf plakatiert und damit enorme Aufmerksamkeit erregt. Denn die stark gestiegenen Preise sind ein enormes Thema für die Bürger*Innen und wir müssen mit der Dönerpreisbremse endlich eine deutliche Antwort darauf geben. Deshalb wäre es wichtig mit der Einführung einer Dönerpreisbremse öffentlich zu zeigen, dass wir auf der Seite der vielen Leute mit geringen Einkünften stehen und Ihre Sorgen ernst nehmen. Gerade der Döner spiegelt dabei als modernes Gericht unsere Esskultur wieder. Das schnelle Gericht zum Mitnehmen entwickelt sich weiter und es gibt neben der klassischen Variante mit Fleisch auch leckere vegetarische oder vegane Döner. Die Döner Kultur in Deutschland darf deshalb nicht das Opfer dieser Inflationsspirale werden. Wir sprechen uns deshalb für eine staatliche Unterstützung anhand den in den Steuererklärungen und der laut TSE-Kassendaten verkauften Döner vor Corona von min. 2€ aus, bis die Produktionskosten wieder auf ein angemessenes Maß gesunken sind. Dies hätte zusätzlich den Nutzen, dass Dönerläden die Ihre Verkäufe ordnungsgemäß versteuert haben, mehr davon profitieren würden als solche die Ihre Verkäufe nicht erklärt haben.

Antrag S04: Kinder brauchen Schutz! - Für eine Stärkung des Kinderschutzes in unserer Gesellschaft

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Sachgebiet:	S - Sonstiges

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

1 Einleitung

2 Starke Kinder, starke Welt! Da sind wir uns alle einig. Aber leider ist die Situation
3 von Kindern in Deutschland oftmals prekär. Egal, ob Gewalterlebnisse an Schulen,
4 mangelnde Aufklärung von Eltern über Gewalt gegen Kinder und die Grenzen der
5 Erziehung, Entwürdigung von Kindern vor Gericht, Kinderarmut, schlechte
6 Repräsentation von Kindern in der Politik, Unzureichende Aufklärung von Lehrkräften
7 über Kinderschutz, struktureller Rassismus, Sexismus und Ableismus, der viele Kinder
8 trifft, teilweise unzureichende Umsetzung der Kinderrechte: in allen Lebensbereichen
9 von Kindern fehlt es an Grundsätzlichem. Kinder gehören zu den vulnerabelsten Gruppen
10 unserer Gesellschaft und deshalb ist es unsere Aufgabe sie zu schützen und sie an
11 demokratischen Prozessen teilhaben zu lassen. Um Kinderschutz und Kinderrechte in
12 Deutschland zu stärken und auszubauen, haben wir Forderungen aufgestellt, die sich an
13 vier Säulen orientieren. Der Kampf gegen Kinderarmut muss geführt werden, um allen
14 Kindern ein würdiges Leben zu ermöglichen und finanzielle Ungleichheit nicht bereits
15 im Kindesalter zu manifestieren. Die Beteiligung von Kindern muss vorangebracht
16 werden, um die mehr als 13 Millionen Kinder in Deutschland an demokratischen
17 Prozessen zu beteiligen und sie endlich als einen gleichwertigen Teil unserer
18 Gesellschaft anzuerkennen. Bildung und Aufklärung über Kinderrechte und Kinderschutz
19 sind unerlässlich, um Kinder zu stärken und um Schulen zu Schutzräumen zu machen.
20 Auch das Justizsystem muss sich Kindern und ihren Bedürfnissen anpassen. Erst, wenn
21 wir uns mehr für Kinder einsetzen, können wir irgendwann sagen: Starke Kinder, starke
22 Welt!

23 Beteiligung

24

25 Die UN-Kinderrechtskonvention trat am 02. September 1990 in Kraft und spricht allen
26 Kindern auf der Welt dieselben Rechte zu. Unabhängig von Herkunft, Sprache, Hautfarbe
27 und Geschlecht haben Kinder das Recht auf Nichtdiskriminierung, das Recht auf Leben,
28 Überleben und Entwicklung, die Einhaltung der Kindesinteressen sowie das Recht auf
29 Beteiligung. Bereits in vielen Städten und Gemeinden in Niedersachsen und dem
30 gesamten Bundesgebiet können wir viele Kinderparlamente und -beiräte bei ihrer
31 erfolgreichen Arbeit sehen. Allerdings ist die Einführung von den Kinderparlamenten/-
32 beiräten noch lange kein Standard in unseren Kommunen. Doch für die Kinder bietet die
33 Möglichkeit sich für die eigenen Interessen und die ihrer Freund*innen stark zu
34 machen, viele Chancen. Sie lernen durch Partizipation an politischen Projekten, für
35 ihre eigene Meinung einzustehen, ihr Selbstvertrauen wird gestärkt und die
36 Eigenständigkeit gefördert. Diese Eigenschaften sind existentiell für Kinder, um ihre
37 Meinung in Konfliktsituationen zu äußern und sind somit ein wichtiger Bestandteil im
38 Bereich des Kinderschutzes. Daher müssen wir uns für einen Ausbau von

39 Kinderparlamenten/-beiräten stark machen. Die Einrichtung eines solchen Gremiums muss
40 immer mit einem eigenen Budget verbunden sein. Nur so können die Kinder ernsthaft
41 Ideen entwickeln und später umsetzen. Dafür bedarf es ebenfalls eine professionelle
42 und eine geschulte Begleitung durch Erwachsene. Kinder müssen in den Prozessen von
43 Erwachsenen begleitet, aber nicht kontrolliert werden. Daher bedarf es einer aktiven
44 Jugendarbeit in den Kommunen, welche vom Bund und Land finanziell unterstützt werden
45 muss.

46

47 Doch wir sehen nicht nur die Kommunen in der Verantwortung, Kinder stärker in das
48 politische Handeln einzubeziehen. Sowohl auf Bundes-, als auch auf Landesebene soll
49 ein Kinderparlament eingerichtet werden, damit die Kinder auch auf höherer
50 politischer Ebene Gehör finden und ihre Interessen und Ideen umsetzen können. Um dem
51 Kinderparlament auch hier Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, müssen die
52 Kinderparlamente ein reguliertes Antragsrecht für den Bundestag und den Landtag
53 erhalten. Dadurch wird eine professionelle und geschulte Betreuung unabdingbar.

54

55 Daher fordern wir:

56

57 -Die Stärkung von Kinder- und Jugendparlamenten in den Kommunen und damit
58 einhergehend auch eine stärkere finanzielle Ausstattung sowie eine professionelle und
59 geschulte Betreuung.

60 -Eine Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments auf Landes- und
61 Bundesebene mit einem regulierten Antragsrecht sowie professioneller und geschulter
62 Betreuung.

63

64 **Aufklärung & Schulsystem**

65 Im Schulsystem ist noch großer Handlungsbedarf im Umgang mit Gewalt gegen Kinder. So
66 muss beispielsweise die genaue Bedeutung des Begriffes „Gewalt“ für die Akteur*innen
67 an den Schulen durch Fortbildungen und Workshops zugänglich gemacht werden. Zur
68 Gewalt gehört nämlich neben körperlicher Gewalt auch psychische Gewalt (z.B. unter
69 Druck setzen, Herbeiführen von Schuldgefühlen) und Vernachlässigung (z.B. kein
70 Bereitstellen von Essen, nachlässige Beaufsichtigung, kein Wahrnehmen von
71 Arztterminen). Etwa 60% der Fälle von Kindesmisshandlung liegt Vernachlässigung zu
72 Grunde. Dementsprechend benötigen Lehrkräfte und die multiprofessionellen Teams
73 regelmäßige Fortbildungen zum Thema Kinderschutz, die neben dem Wahrnehmen von
74 Warnsignalen auch den Umgang mit der Situation behandeln. Dabei sollte das Kind
75 ebenfalls im Zentrum stehen, da Kinder in der Schule altersgerecht und über die
76 Grenze zwischen Erziehung und Gewalt aufgeklärt werden müssen.

77 Außerdem werden durch Schulpastor*innen andere Religionen und Atheist*innen
78 ausgeschlossen und diskriminiert. Deswegen fordern wir, dass Schulpastor*innen keine
79 Lösung für die Schule darstellen und es multiprofessionelle Teams für alle
80 Schüler*innen geben muss. Dadurch können die individuellen Bedürfnisse und
81 Anforderungen der Schüler*innen viel mehr berücksichtigt und stärker gefördert
82 werden.

83 Es braucht eine ständige Reflexion und Kinderschutzkonzepte müssen regelmäßig
84 überprüft und gegebenenfalls angepasst werden, um den aktuellen Herausforderungen und
85 Ansprüchen gerecht zu werden. Die Konzepte dürfen nicht in der Schublade
86 verschwinden! Gerade Corona hat gezeigt, dass wir hier einen erhöhten Bedarf haben
87 und dass wir dem schnell Rechnung tragen müssen. Schließlich wollen wir kein Kind
88 alleine lassen und im Sinne der Chancengerechtigkeit muss hier endlich mehr
89 passieren! Es braucht mehr Anlaufstellen, Aufklärungskampagnen und Angebote, um
90 Gewalt gegenüber Kindern vorzubeugen.

91 Deshalb fordern wir:

- 92 • eine differenzierte Betrachtung von Gewalt gegen Kindern, um körperliche Gewalt,
93 psychische Gewalt und Vernachlässigung zu identifizieren und pädagogisch
94 angemessen damit umzugehen.
- 95 • mehr Fortbildungen für Lehrkräfte und die multiprofessionellen Teams zum Thema
96 Kinderschutz, die neben dem Wahrnehmen von Warnsignalen auch den Umgang mit der
97 Situation behandeln.
- 98 • ständige Reflexion und Kinderschutzkonzepte, die den aktuellen Herausforderungen
99 und Ansprüchen gerecht werden.
- 100 • mehr Anlaufstellen, Aufklärungskampagnen und Angebote, um Gewalt gegenüber
101 Kindern vorzubeugen

102

103 **Kinderarmut**

104

105 Mehr als jedes fünfte Kind und jede*r vierte junge Erwachsene gilt in Deutschland als
106 armutsgefährdet. Alleinerziehende sowie Familien mit drei und mehr Kindern sind
107 besonders betroffen. Im Jahr 2021 waren es rund 2,9 Millionen Kinder und Jugendliche
108 sowie 1,55 Millionen junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren. Diese Zahlen machen
109 sehr deutlich, dass nach wie vor eindeutig zu viele Menschen in Deutschland,
110 besonders aber Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene von Armut betroffen oder
111 bedroht sind. Wir müssen anerkennen, dass die Menschen, die aus armutsbetroffenen
112 Familien stammen, statistisch ein höheres Risiko haben, selbst von Armut betroffen zu
113 sein. Dieser problematische Zustand muss durch entschiedenes und solidarisches
114 Handeln aufgebrochen werden. Gleichzeitig können wir nicht hinnehmen, dass die
115 Vermögensungleichheit auch heute immer weiter zunimmt und die Menschen mit hohem
116 Vermögen gerade in Zeiten der Krise profitieren, während die Menschen mit niedrigem
117 Einkommen und keinem Vermögen noch ärmer werden. Das aktuell weiter steigende Risiko,
118 von Armut betroffen zu sein, muss endlich reduziert werden.

119

120 Deshalb fordern wir:

- 121 • Die Einführung einer Kindergrundsicherung, die Kindergeld, Kinderzuschlag,
122 Sozialgeld und Steuerfreibeträge bündelt. Diese Kindergrundsicherung muss allen
123 Kindern und Jugendlichen bis zum Ende des 18. Lebensjahres das sächliche
124 Existenzminimum garantieren. Bei Auszubildenden soll diese Grundsicherung bis
125 zum 25. Lebensjahr und bei Studierenden bis zum 27. Lebensjahr gezahlt werden.
126 Die Kosten, die durch die Kindergrundsicherung zusätzlich entstehen, sollen

- 127 keine Mehrbelastung für die Menschen bedeuten, die schon heute wenig haben,
128 sondern sollen solidarisch von denjenigen getragen werden, die hohe Vermögen
129 besitzen. Das soll beispielsweise durch die Wiedereinführung einer modernen
130 Vermögenssteuer, eine Anhebung der Erbschaftssteuer, die Einführung einer
131 Börsenumsatzsteuer oder die Einführung eines „Kinder-Solis“ ermöglicht werden.
- 132 • Die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern, um die gesamtgesellschaftliche
133 Verantwortung für die Lebensstandards der Kinder zu unterstreichen.
 - 134 • Die finanzielle Förderung und Unterstützung von Kinderhäusern, in denen Kinder
135 in Ruhe ihre Hausaufgaben erledigen, Probleme mit pädagogischem Fachpersonal
136 besprechen, Nachhilfe erhalten, gemeinsam kochen oder anderen Aktivitäten
137 nachgehen können. Hier sollen noch mehr Räume geschaffen werden, um ein gutes
138 soziales Umfeld und Miteinander für von Armut betroffene Kinder zu schaffen.
 - 139 • Die Einführung einer Expert*innenkommission, die unter Einbeziehung von
140 Wissenschaftler*innen, Vertreter*innen von Sozial- und Wirtschaftsverbänden
141 sowie Gewerkschaften und Betroffenenorganisationen, die Frage nach der
142 Neuberechnung des Existenzminimums für die Zukunft klärt und alle entscheidenden
143 Faktoren, die gerade die Perspektive der Kinder einbezieht, berücksichtigt.

144

145 **Justiz**

146

147 Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Sie gehören einer sehr vulnerablen Gruppe an,
148 darum ist ein sensibler Umgang mit Kindern von äußerster Relevanz. Kinder, die als
149 Zeug*innen vor Gericht aussagen müssen, haben zuvor häufig Traumata erfahren. Dadurch
150 erfordert der Umgang mit ihnen noch zusätzliche Einfühlsamkeit. Aktuell gibt es für
151 Familien- und Jugendrichter*innen – die meistens die Zeug*innenvernehmung bei Kindern
152 durchführen – keine verpflichtenden Fortbildungen zum Umgang mit traumatisierten
153 Kindern. Dies führt teilweise zu einem falschen Umgang mit diesen, da Richter*innen
154 eine juristische und keine pädagogische Ausbildung bekommen (unabhängig von dem
155 Bereich, in dem sie arbeiten). Dadurch können zusätzliche psychische Belastungen für
156 die Kinder entstehen.

157 Kinder, die Gewalterfahrungen machen, benötigen eine psychologische Behandlung, um
158 die Geschehnisse aufzuarbeiten. Derzeit dürfen Kinder, die sich im Zeug*innenstand
159 befinden, während des laufenden Gerichtsverfahrens, eine solche Behandlung nicht in
160 Anspruch nehmen. Grund hierfür ist der Irrglaube, die Erinnerungen der Kinder würden
161 durch eine Psychotherapie verfälscht und eine Verurteilung der Täter*innen würde
162 dadurch schwieriger. Für die betroffenen Kinder hat dieses Verbot massive psychische
163 Folgen – gerade in Anbetracht der langen Dauer von Gerichtsverfahren. Obwohl
164 Verfahren, an denen Kinder beteiligt sind, mit höherer Priorität behandelt werden,
165 können bis zur Verurteilung der Täter*innen Jahre vergehen – Jahre, in denen Kindern
166 psychologische Betreuung verwehrt wird. Nach aktuellem Wissensstand kann die Theorie,
167 Kinder würden durch psychologische Behandlung ihre Erinnerungen verändern, nicht
168 bestätigt werden, die Erinnerungen werden lediglich in den Kontext gesetzt. Dass sie
169 trotzdem keine Hilfe durch Psychotherapie erfahren dürfen, ist nicht nur unmenschlich
170 und grausam, es verstößt auch gegen Art. 24 der UN-Kinderrechtskonvention. Damit das
171 Leid traumatisierter Kinder durch einen Gerichtsprozess nicht zusätzlich verlängert

172 wird, muss ihnen der Zugang zu einer professionellen psychischen Behandlung erlaubt
173 werden.

174 Wenn Kinder in einem Gerichtsverfahren involviert sind, muss sich das Verfahren dem
175 Kind anpassen, nicht umgekehrt! Hierzu sind verschiedene Maßnahmen erforderlich, wie
176 z.B. die Zeug*innenvernehmung des Kindes in altersgerecht ausgestatteten Räumen
177 außerhalb des Gerichtgebäudes. Zur altersgemäßen Ausstattung zählen, neben der
178 Gestaltung des Raumes und der Anpassung der Tisch- und Stuhlhöhe, auch die
179 Platzierung der Gutachter*innen im Raum. Eine Retraumatisierung des Kindes durch
180 Anwesenheit der Täter*innen muss – sofern möglich – vermieden werden. Darüber hinaus
181 müssen Kinder altersgerecht über den Inhalt und den Prozess des Gerichtsverfahrens
182 informiert werden, damit sie verstehen, was passiert und warum es passiert.

183 Daher fordern wir:

- 184 • Dass Familien- und Jugendrichter*innen regelmäßige Schulungen zur Befragung von
185 Kindern und Jugendlichen im Zeug*innenstand erhalten, um einen altersgemäßen
186 Umgang mit ihnen zu ermöglichen.
- 187 • Kindern soll im Zeug*innenstand eine psychologische Behandlung während des
188 laufenden Gerichtsverfahrens ermöglicht werden.
- 189 • Im Rahmen einer kindersensiblen Justiz sollen altersgerechte Räume außerhalb des
190 Gerichtsgebäudes zur Zeug*innenbefragung von Kindern genutzt werden.
- 191 • Eine altersgerechte Aufklärung über das Gerichtsverfahren für Kinder.
- 192 Prinzipiell ist der Grundsatz "Hilfe statt Strafe" zu wahren.

Antrag U01: Privates Feuerwerk? Nein Danke!

Antragsteller*in:	Jusos Göttingen
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Der Verkauf und das Zünden von privatem Feuerwerk soll verboten und durch zentrale
- 2 von den Gemeinden organisierte Feuerwerke in der Silvesternacht ersetzt werden. Ein
- 3 Verstoß gegen ein solches Verbot sollte als Ordnungswidrigkeit mit einer
- 4 entsprechenden Geldstrafe geahndet werden. Eine Ausnahme für leises Bodenfeuerwerk
- 5 ist denkbar.
- 6 Parallel soll Aufklärungsarbeit über die Folgen und Auswirkungen von Feuerwerk
- 7 geleistet werden. Langfristig wollen wir Feuerwerk z.B. durch Laser-Shows und
- 8 Drohnen-Choreografien ersetzen.

Begründung

Das Ziel eines solchen Verbotes ist, die Feinstaub- und CO₂-belastung sowie die Lärmbelästigung zum Wohle der Umwelt zu reduzieren. In Anbetracht des Klimawandels sollten die Interessen der Umwelt besonders im Vordergrund stehen. Zudem kommt es jedes Jahr zu Todesfällen und Verletzungen wie zum Beispiel Beeinträchtigungen beim Hören und dem Verlust von Gliedmaßen. Auch diese könnten somit verhindert werden. Auf das Bedürfnis der Gesellschaft, mit einem Feuerwerk das neue Jahr zu feiern, wird durch die geplanten zentralen Feuerwerke eingegangen, welche aus künstlerischen Aspekten auch mehr Möglichkeiten bietet und wobei es sich um ein Konzept handelt, was beispielsweise in Frankreich bereits gut funktioniert.

Antrag U02: Solidarität mit den Tafeln bundesweit

Antragsteller*in:	Jusos Göttingen
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

1 Wir fordern ein Lebensmittelverschwendungsgesetz in dem unter anderem folgende
2 Forderungen umgesetzt werden:

3 **Forderung:**

- 4 • Eine Bundesweite Staatliche Grundfinanzierung der Tafeln,
- 5 • Rechtssichere, einfache Lebensmittelspenden möglich machen mit
6 steuerlicher Begünstigung Erzeuger und für Hersteller, wie auch für den
7 Lebensmittelhandel. Alle Akteure an einen Tisch holen.
- 8 • Tafeln und andere Gemeinnützige, spendenempfangende Organisationen muss der
9 Staa durch finanzielle Mittel unterstützen. Dadurch wird notwendige
10 Infrastruktur (Lager und Transport) geschaffen, angepasst und unterhalten. Nicht
11 zu vergessen qualifiziertes Personal.
- 12 • Verbraucher*innen werden mit umfassenden Bildungskampagne über Maßnahmen
13 gegen Verschwendung aufgeklärt.
- 14 • Entkriminalisierung von Lebensmittelrettung (Hierbei ist vor allem Containern
15 gemeint)

Antrag U03: Muss Wald wirtschaftlich sein?

Antragsteller*in:	Jusos Göttingen
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Die Fläche der nicht bewirtschafteten Waldflächen Göttingens, Niedersachsens,
- 2 Deutschlands und Europas steigern. Wirtschaftliche Waldflächen auf ein Minimum
- 3 reduzieren. Wildtierkorridore & Waldlaufwege mit angrenzenden Ländern vernetzen. Der
- 4 Abbau von Holz sollte sich ausschließlich daran orientieren, wie viel davon vor Ort
- 5 gebraucht wird. Bezogen auf das Land Niedersachsen und den einzelnen Forstbezirken.
- 6 Bedarfsorientieren Verbrauch mit Hilfe von Digitaler Technologien steuern.
- 7 **Forderungen:**
- 8 • Ökologischen Mehrwert entlohnen, Ökosystemdienstleistung des Waldes anerkennen.
- 9 • Staatliche Anreize für Naturnahen Waldbau ausweiten und Klimaresiliente Wälder
- 10 durch Fördertöpfe schaffen.
- 11 • Strategie für einen ökologischen, nachhaltigen Wald weiterentwickeln.
- 12 • Den Import/Export von Holzprodukten außerhalb der EU minimieren.
- 13 • Den Import/Export von Holzprodukten innerhalb der EU auf
- 14 Notwendigkeit begrenzen.
- 15 • Produkte mit Holz/Papier aus nicht regionalem Anbau mit Aufpreis belegen, wenn
- 16 es ein regionales Produkt gibt.
- 17 • Holz als CO_2 -Speicher langfristig verbauen und die Verwendung von Holz in
- 18 kurzlebigen Produkten auf das geringste minimieren.
- 19 • Vernetzung von Industrie mit Umwelt-Schutzverbänden und Wissenschaft stärken.
- 20 • Klimastabile Wälder sind oberste Prämisse, Holz- und Sägeindustrie müssen sich
- 21 an die zukünftig verfügbaren Baumarten anpassen.
- 22 • Waren verstärkt auf Sozialökologische Nachhaltigkeit prüfen (NGOs dabei
- 23 einbeziehen).

Begründung

Für uns Jusos muss der Wald in erster Linie nicht wirtschaftlich sein. Der Wald ist ein Lebensraum. Wir setzen uns dafür ein das Wald keine Rohstoffproduktionsstätte ist. Wald darf auch nicht nur als Naherholungsgebiet für uns Menschen gesehen werden. Tiere und vor allem auch die Pflanzen, die häufig vergessen werden, sind Lebewesen. Ihren Lebensraum nach unseren wirtschaftlichen Interessen zu gestalten, zeigt die Dekadenz der Menschheit.

Aussagen wie „Die deutschen Säge-, Papier- und Holzwerkstoffindustrien gehören zu den führenden Unternehmen ihrer Branchen in Europa. Entscheidend beeinflusst wurde diese Entwicklung durch die Erschließung neuer Absatzmärkte im Ausland und den Aufbau moderner Verarbeitungseinheiten in den vergangenen Jahren.“ (Clusterstudie Niedersachsen 2007) belegen genau dieses Denken. Durch unsere Exportüberschuss-Strategie schaden wir nicht nur den Menschen an Orten deren Holzgewerbe wir durch unseren Export kaputt machen, sondern auch der Umwelt mit jedem Kilometer, den wir Holz weiter und

jedem Kubikmeter Holz, dass wir mehr exportieren als notwendig wäre. Die Globalisierung und Vernetzung von Holzindustrie und davon abhängigen Gewerben sollte dazu beitragen, weniger Überschuss zu produzieren, die Natur zu schützen und Arbeitsplätze vor Ort zu erhalten. Wichtig ist, dass der Wald vor Ort ein individueller Lebensraum ist, der die Bedürfnisse der Lebensformen in ihm erfüllen muss. Daher sollten wir die „Wild“ Wald-Fläche im Vergleich zur „Wirtschaftlichen“ Wald-Fläche vergrößern.

*Die wirtschaftliche Nutzung des Waldes ganz abzuschaffen ist so unmöglich wie es schädlich wäre. Wir wären auf Holzimporte angewiesen, deren Nachhaltigkeit und sozialökologische Verträglichkeit wir nicht so gut überprüfen können, wie die Industrie vor Ort. Auch die Stärkung des ländlichen Raums, durch das Holzgewerbe darf nicht vergessen werden. Holz ist für viele Industriezweige ein wertvoller nachhaltiger Rohstoff. Wir sollten jeden Arbeitsplatz, der mit dem Wald zu tun hat, schützen und wertschätzen. Dennoch sind die Methoden zu überprüfen. Schweres Forstgerät schadet dem Wald. Verschmutzung und Unrat, sowie Lärm machen dem Wald zu schaffen. Die Betriebe, die von der Waldwirtschaft abhängig sind, sollten auch nicht einem radikalen Markt ausgeliefert sein. Sondern die schützenden Maßnahmen des Staates bekommen die es braucht, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Allerdings nicht um den Wohlstand einzelner zu vergrößern. Eine Einbindung der Privatwaldbesitzer*innen und ein stätiger Austausch mit und zwischen allen Interessensgruppen ist dabei das wichtigste Mittel. Die Regierungen und ihre Vertreter*innen auf allen Ebenen müssen das dauerhaft organisieren. Die Vernetzung mit Umwelt-Schutzverbänden und Wissenschaft ist dabei Voraussetzung für eine faire Interessensfindung.*

Antrag U04: Einweg-Vapes verbieten

Antragsteller*in:	Jusos Celle
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Die Juso – Bezirkskonferenz möge beschließen, dass Einweg-Vapes in Deutschland
- 2 verboten werden sollen.

Begründung

Einweg-Vapes sind Verdampfer, welche in der Regel mit einem Geschmacksstoff befüllt sind, welcher eine begrenzte Anzahl an Zügen zulässt und dann entsorgt werden muss. Dieses Verfahren ist nicht nachhaltig und aufgrund dessen auch nicht zeitgemäß. In Einweg-Vapes sind Akkus verbaut, die eigentlich genau wie ein Handyakku mehrere Jahre genutzt werden könnten. Da bei diesen Vapes eine längerfristige Nutzung nicht möglich ist, müssen sie verboten werden. Außerdem gibt es bereits viele Alternativen an E-Zigaretten, die langfristig genutzt (und wiederaufgeladen) werden können.

Hinweis: In Bayern wird bereits vom dortigen Umweltminister ein Verbot ins Spiel gebracht.

Antrag U05: Nutzung von Schneekanonen verbieten

Antragsteller*in:	Jusos Celle
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Die Juso – Bezirkskonferenz möge beschließen, dass die Nutzung von Schneekanonen und
- 2 sonstigen Methoden zur künstlichen Schneeerzeugung in großen Mengen verboten oder
- 3 zumindest stark eingeschränkt werden soll.

Begründung

Durch Beschneiungsanlagen gibt es enormen Ressourcenverbrauch und Umweltschäden. Daher müssen sich Skigebiete umstellen und auf klima- und naturverträglichen Tourismus setzen, denn Schneekanonen haben nur für einen kleinen Teil der Bevölkerung einen fragwürdigen Nutzen. Um eine Lösung für den gesamten angrenzenden Alpenraum zu erzielen, sollte sich Deutschland darüber hinaus mit Österreich und der Schweiz abstimmen. Hintergrund ist vor allem die derzeitige Energiekrise, aber auch die schlechte Natur- und Umweltbilanz von Beschneiungsanlagen generell. Die schlechte Ökobilanz ist schon immer problematisch, in der derzeitigen Krisensituation ist sie jedoch schlicht unmoralisch. Ein Verzicht auf Beschneigung kann in einem Winter 16 Millionen Kilowattstunden Strom in Bayern sparen, zudem Millionen Liter Wasser. Laut dem WWF werden jährlich etwa eine Million Liter Wasser benötigt, um nur einen Hektar Pistenfläche künstlich zu beschneien. Außerdem steigt der Energieverbrauch von Schneekanonen, um so wärmer es ist.

Ein Beispiel aus Österreich: Dort gibt es inzwischen etwa 33.000 Schneekanonen und 455 Speicherteiche in den Bergen – Tendenz steigend. Denn die Winter werden durch den Klimawandel immer kürzer, die Schneedecken immer dünner.

Quellen:

BUND Naturschutz in Bayern

Welt.de

Antrag U06: Flüge mit Privatjets bekämpfen

Antragsteller*in:	Jusos Celle
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Die Juso – Bezirkskonferenz möge beschließen, dass Flüge mit Privatjets stark
- 2 reduziert werden sollen.

Begründung

Privatjets belasten das Klima im Verhältnis zu ihrer Transportkapazität überdurchschnittlich stark. Wissenschaftler bemängeln, dass die Klimapolitik den privaten Flugverkehr so gut wie nicht berücksichtigt.

Die CO₂-Bilanz von Privatjets ist schlecht: Der hohe Pro-Kopf-Ausstoß von CO₂ durch Passagiere in Privatjets ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die kleinen Flugzeuge deutlich weniger Menschen transportieren können als zum Beispiel ein Jumbojet – selbst bei voller Auslastung. Hinzu kommt, dass sich die CO₂-Bilanz von Flugzeugen in der Regel verbessert, je weiter sie fliegen beziehungsweise je seltener sie starten und landen. Denn bei Starts und Landungen sind die Emissionen besonders hoch (Auch ein Argument gegen kurze Inlandsflüge).

Auf einem Flug von London nach New York in einem Jumbojet emittieren Reisende der Economy-Class 313 Kilogramm CO₂ pro Person. Fliegt eine Person dieselbe Strecke mit dem Privatjet, emittiert sie 25.056 Kilogramm CO₂. Auf ein Jahr hochgerechnet, können einzelne Nutzer von Privatflugzeugen zu Emissionen von bis zu 7.500 Tonnen beitragen.

Im Jahr 2022 haben Flüge mit Privatjets, die auf deutschen Flughäfen starteten, eine Rekordanzahl erreicht. Mehr als 94.000 Starts von Business-Flugzeugen gab es in Deutschland – und damit etwa 8.000 mehr als im Vorjahr. Fast drei Viertel der in Deutschland gestarteten Flüge seien kürzer als 500 Kilometer gewesen. Häufig geflogene Strecken waren demnach Hamburg – Sylt oder Berlin – München. Bei längeren Flügen war der mit Abstand häufigste Zielort Mallorca.

Quelle:

Deutschlandfunk.de

Antrag U07: Import von Problemfrüchten reduzieren

Antragsteller*in:	Jusos Hildesheim
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Der Import von Problemfrüchten muss durch hohe Importzölle reduziert werden.

Begründung

Problemfrüchte bezeichnet vor allem Obst aber auch Gemüse, die bei uns keine Saison uns hat aber dennoch Tonnenweise für den Deutschen Markt im Ausland angebaut, unter schlechten Arbeitsbedingungen und zumeist noch roh geerntet und schlussendlich über lange Lieferketten in unsere Nahversorger gelangt. Die Klimabilanz und die Folgen für die Umwelt, die den Anbau von Obst außerhalb der Saison verursacht, sind ein Desaster. Im diesem Antrag fordern wir eine Erhöhung des Zolls auf eben dieses Obst und Gemüse aus folgenden Gründen:

Die meisten Erdbeeren, die momentan in den deutschen Supermarktregalen liegen, kommen aus der wasserarmen Provinz Huelva in Spanien. Dort werden die Früchte in riesigen Monokulturen unter **großem Wasserverbrauch** und intensivem Düngereinsatz

„Für die Herstellung eines Kilos Erdbeeren benötigt man im Durchschnitt etwa 300 Liter Wasser – also zweivolle Badewannen.“

Bis die Erdbeere aus Spanien bei uns auf dem Teller landet, hat sie eine weite Reise hinter sich: Eine 500 Gramm Schale spanischer Erdbeeren ist für den Ausstoß von **gut 440 Gramm CO2** verantwortlich (Best Alliance Erdbeeren vom REWE-Vertragsanbau in Südspanien 2).

Ein weiteres Problem der Erdbeeren aus Spanien ist die **hohe Pestizidbelastung**. Öko-Test hat 2018 Erdbeeren auf mehr als 500 verschiedene Pestizide analysiert. Fast alle kamen aus der Provinz Huelva. In der Hälfte der untersuchten Erdbeeren steckten besonders **bedenkliche Pestizide**.³ Sie stehen unter Verdacht, krebserregend oder schädlich für die Fortpflanzung zu sein, wie beispielsweise das Pestizid Bupirimat, dessen Einsatz laut Öko-Test in Deutschland gar nicht erlaubt ist.

Trotz **Lieferkettengesetz** leben und arbeiten Arbeiter*innen in Spanien unter **menschenunwürdigen Bedingungen** und arbeiten deutlich mehr als im Arbeitsvertrag eigentlich steht. Etwa 5.000 Menschen leben in der Region Almería in Slums, ohne fließend „Wir arbeiten mehr. Bis zu **70 Stunden pro Woche**. Bezahlt werden aber nur 40, von Montag bis Freitag. Samstag und Sonntag und Überstunden werden nicht abgerechnet“, sagte ein Arbeiter in einem Beitrag der Tagesschau.

Neben den Plastikschildchen, in denen wir die Erdbeeren kaufen, sorgen auch die **Plastikfolien**, mit denen die Treibhäuser bedeckt werden, für gigantische Müllberge. Ein Großteil der Folien landet auf **illegalen Müllhalden**. Durch die Sonne zerfällt das Plastik, **Mikroplastik** entsteht und wird durch Wind und Wasser verteilt, bis es schließlich in der Nahrungskette landet.

Die **Haupterntezeit** für Erdbeeren beginnt in Deutschland im Mai und reicht bis in den Juli Außerhalb dieser Zeit kann man auf gefrorenes (nach Möglichkeit heimisches) oder aber auf das Obst und Gemüse der jeweiligen Saison zurückgreifen.

Für die heimischen Erdbeeren aus Deutschland müssen wir ohne höhere Importzölle derzeit mehr **Zahlungsbereitschaft** mitbringen: Im vergangenen Jahr haben Landwirt*innen sogar einen Teil ihrer Erntevernichtet – weil sich der Anbau der Früchte nicht mehr lohnt. „Es gab keine Chance, die Erdbeeren zu verkaufen“. Im Einzelhandel gibt es zu viele billige Früchte aus dem Ausland, erklärte Stephan Bäcker

aus dem Münsterland gegenüber dem WDR.

Im Gegensatz zu den anderen Ländern hat der höhere Preis der heimischen Erdbeeren einige entscheidende Gründe: Bei uns ist der **Mindestlohn höher**, auch die **höheren sozialen Standards** sowie die **Anforderungen an Umwelt- und Pflanzenschutz**.

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/lieferketten-tomaten-spanien-arbeitsbedingungen-101.html>

<https://utopia.de/mikroplastik-fakten-109893/>

<https://www1.wdr.de/nachrichten/erdbeeren-vernichten-preis-100.html>

<https://www.wwf.de/aktiv-werden/tipps-fuer-den-alltag/vernuenftig-einkaufen/erdbeeren-zur-richtigen-zeit-vom-richtigen-ort>

http://www.pcf-projekt.de/files/1233231277/pcf_pilotprojekt_ergebnisbericht.pdf

<https://utopia.de/oeko-test-erdbeeren-rewe-edeka-aldi-lidl-pestizide-88534/>

Antrag U08: Fleischloser Tag in staatlichen Küchen

Antragsteller*in:	Jusos Hildesheim
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Ein vegetarischer Tag ist einmal pro Woche in allen staatlich subventionierten und
- 2 geführten Küchen einzuführen. An den übrigen Tagen muss als Alternative zu den
- 3 Hauptmahlzeiten mit Fleisch auch eine vegane oder vegetarische Hauptmahlzeit
- 4 angeboten werden.

Begründung

Wenn wir uns die historische Bevölkerungsentwicklung seit den 1960er Jahren ansehen, ist die Population von 3 Milliarden auf 8 Milliarden gestiegen, also mehr als verdoppelt. Unser Fleischkonsum hat sich mehr als verfünffacht. Es gibt 80 Milliarden Nutztiere, die weltweit unter nicht artgerechter Haltung für unseren Konsum gehalten und geschlachtet werden.

Die Erzeugung einer Kalorie Fleisch bedarf im Durchschnitt dem Verfüttern von dreißig Kalorien pflanzlicher Nahrung, während weltweit 800 Millionen Menschen hungern.

Auch aus Gründen des Umweltschutzes und der Gesundheit lohnt sich der Umstieg auf eine fleischreduzierte Ernährung laut Dirk Messner, dem Präsidenten des Umweltbundesamtes:

„Fleischproduktion schadet nachweislich der Umwelt und trägt zur Erderhitzung bei. Unsere Studie zeigt: Fleischersatz könnte eine große Rolle bei einer umweltschonenden und auch gesünderen Ernährung spielen. Solange der Preis der Lebensmittel aber nicht auch die Umweltschäden widerspiegelt, wird das billige Nackensteak noch länger den Vorzug vor einem Sojaschnitzel bekommen. Hier ist die Politik gefragt, diese Rahmenbedingungen zu verändern.“

Laut der Studie des Umweltbundesamtes im Jahr 2020 entstehen bei der Produktion von Fleischersatz auf pflanzlicher Basis wie Soja, Weizen, oder Erbsen im Vergleich zu Rindfleisch bis zu weniger als ein Zehntel der Treibhausgase, gleichzeitig ist der Wasserverbrauch und Flächenverbrauch um ein Vielfach geringer.

<https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/fleischersatz-auf-pflanzenbasis-bester-umweltbilanz>

Antrag U09: Klimaneutral & simpel europäisches Buchungssystem für Bahnreisen

Antragsteller*in:	Jusos Nienburg
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Forderungen:
- 2 • Ein von der Europäischen Union verwaltetes Buchungssystem für Bahnreisen in der
- 3 Europäischen Union
- 4 • Marktfähige Preise für Bahnreisen in der EU

Begründung

Bahnreisen in Europa mit dem Fern- und Nachtverkehr sollen zur klimaneutralen Alternativen zum Flugzeug werden. Unsere Infrastruktur ist dieser Aufgabe schon seit Jahren gewachsen. Die Anzahl an Schnellfahrstrecken wächst seit dem Jahr 1981 stetig. Eine Buchung von einer länderübergreifenden Bahnreise ist nicht ohne mehrere Fahrkarten möglich. Jedes Bahnunternehmen hat seine eigenen Preise und Konditionen, dieses „Ticket-Chaos“ sorgt für eine unnötig komplizierte Buchung. Die Verbraucher*innen tragen bei der Buchung von mehreren Fahrkarten selbst die Verantwortung, wenn Anschlusszüge nicht erreicht werden können. Dies machte Reisen über längere Strecken in der EU unattraktiv. Das Interrail-Ticket ist im Moment die einzige flexible Alternative zu diesem „Ticket-Chaos“. Ein Interrail Ticket beginnt bei ca. 300 €. Dieser Preis ist im Vergleich zum Flugzeug nicht konkurrenzfähig. Preise für Billigflieger beginnen bei annähernd 10 €.

Ein von der EU betriebenes Buchungssystem würde hier Abhilfe schaffen. Ein in der ganzen EU betriebenes Tarifsystem mit einheitlichen Preisen und Konditionen macht Bahnreisen in Europa einfacher und attraktiver. Viele Verkehrsexpert*innen fordern schon seit Längerem ein einheitliches Buchungssystem für Bahnreisen in der EU. Staats- sowie Privatbahnen müssen sich in das Tarif- und Buchungssystem integrieren, so wird vorgebeugt, dass es Strecken gibt, die nicht mit dem Buchungssystem gebucht werden können. Dieses einheitliche Tarifsystem sorgt für die einfachste Buchung einer Bahnreise in der EU. Die Buchung sollte im Internet, an den Schaltern der Bahnen und an Automaten möglich sein, so können auch Menschen ohne Internetzugang diese Erleichterung nutzen, schließlich waren laut dem Statistischen Bundesamt 3.8 Millionen Bürger*innen noch nie im Internet. Viele Bürger*innen sind bereit, anstatt dem Flugzeug den Zug zu nutzen. Wenn die Bahnunternehmen aufgrund ihrer hohen Preise und unübersichtlichen Tarife die Buchung zu einem Abenteuer machen, nehmen die Verbraucher*innen doch lieber den Billigflieger und fördern so eine klimaschädliche Branche, die das Arbeitsrecht mit Füßen tritt. Ein einheitliches Buchungssystem ist ein Schritt in Richtung klimaneutrale Mobilität.

Umsetzung:

Die Kosten für Bahnunternehmen sind hoch. Man kann die Kosten einer Bahnreise durch Europa nicht von 10 € decken. Als Lösung ist hier eine Subventionierung vorgesehen. Es soll einen von der EU verwalteten Subventionstopf geben. Einzahler sind die Nationalstaaten zu Anteil ihrer Schienenkilometer. Bsp.: Deutschland 14%. Zudem sollen Anteile aus dem EU-Haushalt gezahlt werden. Die Eisenbahnunternehmen sollen über eine EU-Richtlinie dazu verpflichtet werden, an dem „Europa Tarif“ teilzunehmen. Die Eisenbahnunternehmen (privat und staatlich) werden für ihren Aufwand aus dem EU-Topf entschädigt.

Der Verbraucherpreis soll zwischen Kaufdatum und Abfahrt variieren. (je früher man bucht, desto günstiger). Der Preis soll hier durch die Höhe der Subvention geregelt sein. Nationale Tarife sollen hier durch nicht angepasst werden. Der Europa Tarif gilt lediglich für Grenzüberschreitende Reisen innerhalb der EU. Um die Attraktivität und Machbarkeit des Tarifs zu prüfen, ist eine Probezeit sinnvoll. Kann die Infrastruktur diese Aufgabe überhaupt leisten? Funktioniert so eine Finanzierung gut? Eine Probezeit ist zur Testung der Umstände gut, um danach den Tarif und die Finanzierung genauer auszuarbeiten

Antrag U10: Erleuchtung der Nicht-Beleuchtung!

Antragsteller*in:	Jusos Nienburg
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Wir fordern:
- 2 • Eine Einschränkung von Leuchtreklame
- 3 • Das Verbot von eingeschalteter Leuchtreklame außerhalb der öffentlichen
- 4 Öffnungszeiten eines Unternehmens oder einer Organisation
- 5 • Ein Verbot von eingeschalteter Leuchtreklame vor Sonnenuntergang und nach
- 6 Sonnenaufgang
- 7 • Eine stärkere Verankerung von Lichtverschmutzung innerhalb des Bundes-
- 8 Immissionsschutzgesetzes.

Begründung

Lichtverschmutzung ist ein Problem, das noch nicht weitgehend im Bundes-Immissionsschutzgesetzes erfasst ist. Daher gibt es auch keine einheitliche Regelung zur Verwendung von Leuchtreklame.

Das Verwenden von Leuchtreklame sorgt gerade in Städten für eine erhebliche Lichtverschmutzung. Das hat negative Auswirkungen auf Pflanzen, Tiere und den Menschen, denn durch das Licht kommt es zur Störung von Tag-Nacht-Zyklen. Bei Pflanzen kann es zu Wachstumsstörungen kommen, bei Tieren und Menschen kann sie zu Schlafstörungen führen. Des Weiteren sind einige nachtaktive Insektenarten in Deutschland aufgrund von Irritation durch Lichtverschmutzung ausgestorben oder vom Aussterben bedroht.

Zusätzlich bedeutet Leuchtreklame einen vermeidbaren Stromverbrauch.

Durch eine sinnvolle Regulierung von dieser kann somit Energie eingespart und auch die Verwendung von Ressourcen vermindert werden, was wiederum gut für kommende Generationen und das Klima ist.

Antrag U11: Mittelstand und Arbeiter*innen entlasten!!!

Antragsteller*in:	Jusos Nienburg
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

1 Forderungen

- 2 • Wir fordern die Abschaffung des Merit-Order-Systems, da dieses dazu führt, dass
3 die teuerste Energiequelle die allgemeinen Energie- und Stromkosten bestimmt.
4 Ersetzt werden soll dieses durch ein staatlich subventioniertes System, welches
5 die allgemeinen Energie- und Stromkosten auf das Niveau des günstigsten
6 Anbieters setzt.
- 7 • Um weitergehend die Senkung von Energiekosten, besonders im Bereich der
8 Heizkosten, für Privatpersonen voranzutreiben, fordern wir die weitere - und im
9 Vergleich zum Status Quo weiterreichende - Förderung vom Einbau von Solaranlagen
10 und Wärmepumpen in Wohnhäusern (Ein- und Mehrfamilien), sowohl in Neu- als auch
11 Altbauten. Dies würde langfristig Familien, Eigentümer, Mieter und Vermieter in
12 (großen) Teilen von Energiekonzernen als Versorger unabhängiger machen und damit
13 ihre Ausgaben senken.
- 14 • Diese Subventionen sollen auch Groß- bzw. gewerblichen Vermietern zur Verfügung
15 stehen. Damit sind Vermieter gemeint, deren Haupt- oder auch einzige
16 Einnahmequelle, das Vermieten von Wohnraum an Privatpersonen ist.

Begründung

Die aktuelle Energiekrise, welche aufgrund des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine die existiert, belastet die Mittel- und Arbeiterschicht stark. Diese müssen nachhaltig entlastet werden. Für die Jusos in der SPD sollte die Unterstützung dieser stark belasteten Gruppen ein Hauptanliegen sein. Gerade auch im Hinblick darauf, dass die Energiekrise durch unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen hervorgerufen wurde, muss eine Lösung auf Grundlage erneuerbarer Energien gefunden werden. Unsere Lösung ist hierfür, das höchst unsoziale Merit-Order System abzuschaffen. Dieses treibt die Stromkosten künstlich in die Höhe und hat über Jahrzehnte hinweg den Ausbau der erneuerbaren Energien geschadet. Der Nachfolger soll die Kosten gering halten, dafür müsste man die Strompreise bis auf den Preis des günstigsten Strom (Erneuerbare) subventionieren. Dies müsste mit den Regeln der Schuldenbremse in Einklang gebracht werden, in dem diese Subventionen als Investitionsausgaben und nicht als Konsumausgaben deklariert werden. Desweiteren wollen wir dafür sorgen, dass einzelne Haushalte sowie Miethäuser und auch Unternehmen Energie unabhängiger werden. Dies sorgt dafür das Energiekund*innen durch die Unabhängigkeit vom Strommarkt nicht von Schwankungen am Energiemarkt betroffen sind. Zudem fördert es die Klimaneutralität und das Erreichen der Klimaziele. Dieser Antrag und sein Inhalt bietet nachhaltige und an den Bürger*innen orientierte Entlastungen welche langfristig und nicht nur 3-Monate lang ihre Kraft entfalten.

Antrag V01: Perspektivisches Verbot von Inlandsflügen in Deutschland

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Sachgebiet:	V - Verkehr

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Wir fordern, dass Inlandsflüge, die mit ICE-Verbindungen in weniger als 5 Stunden zu
- 2 erreichen sind, umgehend zu verbieten. Zum Jahr 2030 sind alle deutschen Inlandsflüge
- 3 zu verbieten. In besonderen Ausnahmefällen sollen Inlandsflüge weiterhin erlaubt
- 4 bleiben; namentlich dann, wenn es sich um Organtransporte oder den Transport von
- 5 Blutkonserven handelt.

Begründung

Der Verkehrssektor hat im Jahr 2021 bei den ausgestoßenen Treibhausgasemissionen in Deutschland einen Anteil von 19%. Verglichen zu anderen Sektoren (Energiewirtschaft, Industrie, Gebäude, Landwirtschaft und Abfall und Sonstiges) hat der Verkehrssektor zum Jahr 1990 die geringste prozentuale Verringerungsrate von Treibhausgasemissionen erreicht. Es wurden 2021 lediglich 9,4 % weniger Treibhausgase ausgestoßen als noch im Jahr 1990.

Um die Folgen des Klimawandels zu begrenzen, ist es daher zwingend notwendig, dass die Treibhausgasemissionen in dem Verkehrssektor drastisch reduziert werden. Durch das besagte Inlandsflugverbot sind ehemalige Passagiere dazu gezwungen, auf die Bahn oder das Auto umzusteigen. Der Zugverkehr erhält dadurch einen erhöhten Zulauf und die Treibhausgasemissionen werden dadurch stark gesenkt, da Passagiere von einem stark umweltschädlichen Verkehrsmittel zu einem umweltschonenderen Verkehrsmittel umsteigen. Dabei ist die Infrastruktur für ICE-Verbindungen ist stark auszubauen und dem Straßenausbau vorzuziehen.

Quelle: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/klimaschutz-im-verkehr#rolle>

Antrag W01: Ernährung neu denken!

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Sachgebiet:	W - Wirtschaft und Finanzen

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

1 **Die Welt in der wir leben**

2 Die Inflation trifft nicht alle gleich. Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen
3 leiden besonders unter der hohen Inflation von zuletzt 7%. Bei Lebensmitteln beträgt
4 dieser Wert sogar 22%. Die Inflation im Lebensmittelbereich ist nun bereits für 40%
5 der allgemeinen Inflation verantwortlich. Für viele Menschen bedeutet das, dass sie
6 sich überlegen müssen, ob sie sich gesund ernähren oder heizen wollen. Oder sie haben
7 so wenig Geld, dass sie auf die Tafeln angewiesen sind, welche jetzt schon aus allen
8 Nähten platzen und mancherorts sogar schon einen Aufnahmestopp verhängen mussten. Das
9 kann für uns als Jungsozialist*innen nicht der richtige Weg sein!

10 Kurzfristig sind Forderungen, wie die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel abzuschaffen
11 unterstützenswert. Dabei muss darauf geachtet werden, dass Konzerne die
12 Umsatzsteuersenkungen auch an die Verbraucher*Innen weitergeben und es nicht nur zu
13 einer Gewinnerhöhung der Konzerne führt.

14 Wir fordern daher in der kurzen Frist auch, dass kartellrechtlich härter gegen die
15 oligopolen Konzernstrukturen vorgegangen wird, mit denen einige Konzerne die
16 Inflation heute schon zur Preiserhöhung nutzen.

17 Nur was würde dadurch langfristiger passieren? Der Staat würde auf diese Steuern
18 verzichten, aber die Unternehmen und ihre Gewinne blieben konstant, denn die
19 Mehrwertsteuer ist eine Verbraucher*innensteuer, welche nur diese bezahlen müssen.
20 Dabei kann nicht ein Mal sinnvoll ermittelt werden, wie sich die Lebensmittelpreise
21 konkret zusammensetzen. Laut der Verbraucher*innenzentrale sind ein Teil der
22 Gewinnerhöhungen nämlich auch nicht auf gestiegene interne und externe Kosten
23 zurückzuführen, sondern es steht der Verdacht der Gewinnmaximierung im Raum.

24 Das kann längerfristig nicht unser Ziel sein zu hoffen. Denn Lebensmittel sind Teil
25 der Daseinsvorsorge, mit dem kein Profit gemacht werden und welche unter guten
26 Bedingungen produziert und verkauft werden sollten.

27 Neben der materiellen Perspektive dürfen wir nämlich auch nicht die Qualität der
28 angebotenen Lebensmittel vergessen. Denn diese sollten nicht nur günstig, sondern
29 auch nahrhaft sein, was oftmals nicht der Fall ist. Vielfach werden
30 Konservierungsstoffe, Aromen, billige Ersatzstoffe (Palmfett, etc.) und vieles mehr
31 eingesetzt, deren Zusammenwirken nicht genau untersucht ist und von denen manche
32 sogar unter Verdacht stehen, für Adipositas, Krebs, Diabetes Typ 2 oder andere
33 Zivilisationskrankheiten zu sorgen oder diese zu befördern. Es wird also de facto
34 Geld, welches bei billigen Lebensmitteln eingespart wird, wieder kollektiv für höhere
35 Gesundheitsausgaben fällig, da eine fehlerhafte Ernährung stattfindet.

36 Zugegeben, dabei handelt es sich oft um sogenannte "Fertiggerichte", aber dies darf
37 kein Grund sein, dass es über das normale Maß ungesund ist und auf Dauer krank machen
38 kann. Viele Menschen haben schlicht keine Zeit, um langwierig zu kochen, weil sie

39 beispielsweise neben dem Job sich auch noch um ihre familiäre Situation kümmern
40 müssen. Das muss so festgehalten werden. Und solange dies nicht verbessert wird, muss
41 an anderen Stellen angesetzt werden. Aber auch wenn hier nachgebessert werden würde,
42 ist es zudem eine Frage der Bequemlichkeit zu kochen, was dennoch kein Grund sein
43 sollte, zu potenziell krankmachenden Produkten greifen zu müssen .

44 Natürlich sind bestimmte Lebensmittel wie bspw. Süßwaren grundsätzlich als ungesund
45 einzuordnen, aber vielfach werden auch eigentlich „normale“ Lebensmittel mit Zucker
46 in den verschiedensten Zustände versetzt, oftmals sogar mehrfach in demselben
47 Produkt, was diese Lebensmittel deshalb noch ungesünder macht. Die mangelhafte
48 Regulation des Lebensmittelsektors nach dem Risikoprinzip in den USA, welche vielen
49 bekannt ist, sollte uns hier ein warnendes Beispiel sein, wohin es führt, wenn der
50 Staat bei der Ernährung wegschaut.

51

52 **Das neoliberale Dogma der “Eigenverantwortung”**

53 Wer kennt die Zeitungen, Artikel, Fernsehsendungen und Internetclips nicht? Du bist
54 alleine daran schuld, dass du dich ungesund ernährst und du solltest daran alleine
55 etwas ändern müssen. Dieser weit propagierte Ansatz, welcher schon seit der
56 Erfindung des individuellen CO₂-Fußabdrucks durch die Firma Shell im Bereich des
57 Umwelt- und Klimaschutzes von der Verantwortung großer Konzerne und Staaten ablenken
58 soll, gilt oftmals ebenso im Ernährungssektor. Betroffenen wird suggeriert, sie
59 müssten nur ihr eigenes Konsumverhalten ändern, um zivilisatorische Probleme zu
60 lösen. Schließlich bediene die Wirtschaft nur die Nachfrage. Dabei wird nicht nur
61 ignoriert, dass es oftmals gar keine richtige Alternative gibt. Wir lehnen das
62 Verschieben der Verantwortung für eine gesunde Ernährung auf das Individuum ab und
63 sehen Produzent*innen und die Politik mit ihrer Möglichkeit zu Maßgaben und
64 Richtlinien für Produkte im Handlungsfeld.

65

66 **Lebensmittel sind Teil der Daseinsvorsorge!**

67 Der Bereich der Ernährungswirtschaft, also die Produktion und der Handel, ist ein so
68 grundlegender Bereich des Lebens, denn alle Menschen müssen essen und trinken, dass
69 wir es dort für angebracht halten, diese Unternehmen zu vergesellschaften, zum
70 Beispiel im Sinne einer staatsfernen Anstalt des öffentlichen Rechts. Zumindest aber
71 sollte jedweder kapitalistische Verwertungs- und Profitlogik aus diesem Bereich
72 herausgehalten werden, da es in der Verwertungslogik des Kapitalismus darum geht,
73 Profite zu erwirtschaften und diese zu erhöhen, also zu wachsen. Das ist bei der
74 Ernährungswirtschaft ebenso. Dies geht dabei aber oft zu Lasten der Qualität der
75 Ernährung. Lebensmittel sollen, relativ gesehen, hohe Gewinnmargen hervorbringen und
76 die Qualität hat hinten anzustehen. Die sogenannten "Innovationen", die dabei
77 entstehen, dienen vor allem dazu, Produkte noch preiswerter in der Herstellung zu
78 gestalten, damit der Gewinn erhöht werden kann. Neue Produkte, die dann zusätzlich
79 auf diesen “Markt” kommen, dienen diesem Prinzip ebenso, werden uns aber verkauft,
80 als etwas, was wir schon immer benötigt haben. Ganz nach dem Prinzip des
81 Kapitalismus, uns Dinge hinterherzuwerfen, die wir eigentlich gar nicht brauchen ,
82 welche aber durch Konditionierung in der Werbung antrainiert werden.

83 Zudem hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass jeder Teilbereich der

84 Ernährungswirtschaft durch einen hohen Grad an Monopolisierung gekennzeichnet ist,
85 was zu einer oligopolistischen Marktsituation führt, welche im nächsten Teil näher
86 erläutert wird. Dies verzerrt den sogenannten "Markt" massiv und trägt in Krisen zu
87 einer noch höheren Inflation bei. Die allgemeine Studienlage zeigt sehr eindeutig,
88 dass die wenige Konzerne, die über breite Teile der Ernährung entscheiden, die
89 aktuelle Situation zum Teil ausnutzen, im Streben nach höherer Gewinnmaximierung.

90

91 **Landwirtschaft**

92 Landwirtschaftliche Betriebe blieben dabei von der Sozialisation der
93 Ernährungswirtschaft in unserem Verständnis unberührt, da diese im Bereich der
94 Ernährungswirtschaft nicht durch einen oligopolistischen Markt ausgezeichnet sind.
95 Viele landwirtschaftliche Betriebe haben aber viele andere Probleme Stichworte wie
96 Pestizide, Nitratbelastung, Biodiversität oder die Situation der Erntehelfer*innen
97 sind nur einige davon.

98 Nicht nur erst seit Corona haben Erntehelfer*innen einen schweren Stand. Sie sind
99 oftmals mit mehreren schwerwiegenden Problemen konfrontiert. Sie erhalten oft
100 niedrige Löhne, die nicht dem Mindestlohn entsprechen. Dies führt zu finanzieller
101 Unsicherheit und geringem Einkommen. Außerdem haben sie keine festen Arbeitsverträge
102 und sind daher von kurzfristigen Beschäftigungsverhältnissen abhängig. Dies macht
103 ihre Arbeitsbedingungen unsicher und instabil. In der Landwirtschaft werden oft lange
104 Arbeitszeiten verlangt, insbesondere während der Erntezeit. Erntehelfer*innen müssen
105 oft Überstunden leisten, um die Arbeitsanforderungen zu erfüllen. Außerdem haben sie
106 häufig Schwierigkeiten, angemessenen Wohnraum zu finden. Oft werden sie in
107 Massenunterkünften oder beengten Wohnverhältnissen untergebracht, die nicht den
108 Standards für menschenwürdige Unterkünfte entsprechen. Zudem kommen sie oft aus dem
109 Ausland und haben möglicherweise Schwierigkeiten mit der Sprache und der Anpassung an
110 die kulturellen Gegebenheiten in Deutschland. Dies kann zu Kommunikationsproblemen
111 und sozialer Isolation führen, wodurch es auch erschwert wird, dass sie ihre Rechte
112 wahrnehmen können und was in vielen Fällen zu Ausbeutung führt.

113 Die Landwirtschaft verursacht 12% der deutschen Treibhausgase. Also ist sie nicht nur
114 Opfer der Klimakrise, sondern treibt sie auch an. Weltweit ist sie sogar für 30% der
115 Treibhausgasemissionen verantwortlich. Die intensive Nutzung und Überdüngung von
116 Böden, die Massentierhaltung und die großflächige Umwandlung naturbelassener
117 Ökosysteme wie Wälder und Moore führen zu immer mehr klimaschädlichen Gasen wie
118 Methan und CO₂. Durch Anbauflächen für Soja als Tierfutter und Rinderweiden, für die
119 naturnahe Flächen umgenutzt werden, wird das Klima stark beeinflusst. Für die 4,5
120 Millionen Tonnen Sojaschrot, die wir jährlich importieren, beansprucht Deutschland
121 knapp 3 Millionen Hektar Fläche im Ausland. Viele Flächen in Deutschland sind durch
122 die massive Überdüngung zudem stark mit Nitrat verunreinigt, was sich sogar schon im
123 Trinkwasser nachweisen lässt. Wenn die Belastung nicht weniger wird, dann könnten
124 sich die Kosten noch mehr auf den Trinkwasserpreis niederschlagen, wie eine Analyse
125 der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung
126 (DIW Berlin) zeigt.

127 Durch Pestizideinsatz wird zudem die Biodiversität massiv geschädigt. Denn viele
128 Pestizide sind nicht nur für sogenannte "Schädlinge" tödlich, sondern auch für viele
129 andere Tierarten, die entscheidend für das Fortbestehen des Ökosystems und somit der

130 Landwirtschaft an sich sind. In den letzten knapp 30 Jahren sind die Insektenbestände
131 um 75% zurückgegangen. Einer der Hauptgründe dafür ist eben der großflächige Einsatz
132 von Pestiziden und Herbiziden.

133 Deshalb fordern wir:

- 134 • Förderung von genoss*innenschaftlichen Landwirtschaftsbetrieben EU-weit
- 135 • Förderung eines nach den Nachhaltigkeitskriterien orientiertes
136 Landwirtschaftssystem ohne Wachstumszwang EU-weit
- 137 • Konsequente Umsetzung der europäischen Nitrat-Richtlinie
- 138 • Einführung umfassender Meldepflichten und Kontrollen für die Düngung
- 139 • Lebensmittelpreise müssen Produktionskosten decken
- 140 • positiver Beitrag ökologisch produzierender Landwirt*innen muss mehr
141 gesellschaftliche Anerkennung erfahren und auch ökonomisch wertgeschätzt werden
- 142 • Die Festlegung eines angemessenen, branchenspezifischen Mindestlohns für
143 Erntehelfer*innen
- 144 • Dass Erntehelfer*innen feste Arbeitsverträge erhalten und ihre
145 Arbeitsbedingungen sicher und stabil sind.
- 146 • Die Festlegung von Grenzen für die Arbeitszeit der Erntehelfer*innen
- 147 • Es sollte dafür gesorgt werden, dass Erntehelfer*innen Zugang zu
148 menschenwürdiger Unterkunft haben, die den Standards für Wohnqualität
149 entspricht.
- 150 • Dass Maßnahmen ergriffen werden sollten, um Erntehelfer*innen beim Erlernen der
151 Sprache und bei der Integration zu unterstützen.
- 152 • Effektive Mechanismen zur Bekämpfung von Arbeitsausbeutung, unfairen
153 Arbeitspraktiken und Menschenhandel einzuführen.
- 154 • Erntehelfer*innen sollten EU-weit Zugang zu Sozialleistungen wie
155 Krankenversicherung, Rentenversicherung und Arbeitslosengeld haben.
- 156 • Erntehelfer*innen sollten besser über ihre Rechte informiert werden und Zugang zu
157 Unterstützungsdiensten haben.

158

159 Dies hat auch viel mit den Saatguthersteller*innen zutun. Dort haben wenige
160 Unternehmen durch ihre Patente auf Saatgut eine große Marktmacht. Durch eine Anfrage
161 im EU Parlament aus dem Jahr 2014 hat sich ergeben, dass die 5 größten
162 Saatguthersteller*innen 95% des gesamten Gemüsesaatgutmarktes kontrollieren. Alleine
163 Monsanto (2018 vom deutschen Agrochemie-Riesen "Bayer" übernommen) 25% des
164 Gemüsesaatgutmarktes in der EU. Laut dem UN-Bericht über globale Landwirtschaft
165 (International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for
166 Development, IAAST) schafft die Konzentration auf dem Saatgutmarkt folgende Probleme:
167 Eine begrenzte Anzahl von Lieferant*innen führt zu einer Konzentration in Forschung
168 und Entwicklung auf eine stark begrenzte Anzahl von Saatgutsorten. Diese
169 Konzentration erschwert den Markteintritt neuer Unternehmen und der Zusammenschluss
170 hat wettbewerbswidrige Auswirkungen, die zu einem massiven Anstieg der Saatgutpreise
171 führen können. In dem Bericht "Too Big to Feed" vom Oktober 2017, betont eine
172 internationale Expert*innengruppe, dass die Konsolidierung der Saatgutindustrie die

173 Landwirt*innen zunehmend von einer handvoll Lieferant*innen abhängig gemacht hat und
174 ihre Fähigkeit untergraben hat, selber entscheiden zu können, was, wie und für wen
175 sie anbauen wollen. Diese Konzentration verstärkt auch die Tendenz der Industrie, die
176 Forschung auf eine begrenzte Anzahl kommerziell rentabler Arten und Sorten zu
177 beschränken. Derzeit konzentrieren sich beispielsweise 40 % der Forschungsmittel des
178 privaten Sektors auf die Pflanze Mais. Nach Angaben der Ernährungs- und
179 Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen wurde die landwirtschaftliche
180 Biodiversität zwischen 1900 und 2000 um 75% reduziert. Drei Viertel unserer Nahrung
181 beziehen wir von nur 12 Pflanzenarten und fünf Tierarten. Die landwirtschaftliche
182 Biodiversität ist jedoch die Grundlage für die Ernährungssicherheit. Die Industrie
183 hat alles in ihrer Macht Stehende getan, um die Landwirt*innen zu ermutigen, keine
184 neuen Sorten mehr zu züchten. Zuerst mit Hybridsaatgut, dann mit Patenten auf
185 Saatgut, was sie dazu zwingt, immer wieder Saatgut kaufen zu müssen, anstelle eigenes
186 zu benutzen durch Überbleibsel der letzten Ernte.

187 Deshalb fordern wir:

- 188 • Patente auf Saatgut müssen grundsätzlich verboten werden und bestehende Patente
189 aufgehoben werden
- 190 • Förderung einer Diversifizierung des Saatgutes auf mehr Pflanzenarten
- 191 • Die fünf marktstärksten Agrochemie-Konzerne zerschlagen und das Wettbewerbsrecht
192 verschärfen

193

194 **Die Ernährungsindustrie**

195 Vordergründig sind auf diesem „Markt“ viele verschiedene kleine und mittelständische
196 Betriebe vorhanden. Diese aber wiederum liefern den bekannten großen Herstellern zu,
197 sie dienen also nur als „Dienstleister*innen“. Wie zum Beispiel die Firma Tönnies,
198 welche eine Zulieferfirma für viele verschiedene Hersteller ist.

199 In der Ernährungsindustrie sind die Arbeitsbedingungen, unter denen Produkte von
200 Zulieferern hergestellt werden, oftmals problematisch. Es häufen sich Berichte der
201 Mitarbeiter*innen über lange Arbeitszeiten, hohe körperliche Belastung,
202 unzureichenden Arbeitsschutz und mangelnde Pausen- und Ruhezeiten. Auch der
203 Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit, um Kosten zu senken und soziale
204 Verantwortung zu umgehen, zählen industriell zur herkömmlichen Praxis. Der medial
205 bekannte Fall um den Fleischhersteller Tönnies im Jahre 2021 rückte diese
206 Problematiken wieder in den Fokus.

207 Das alles bedeutet, selbst bei Eigenmarken von Discountern und Supermärkten
208 produzieren bekannte Markenhersteller oftmals mit. Ihre „Marktmacht“ einzuschätzen
209 ist aufgrund der undurchsichtigen Unternehmensstrukturen oftmals nicht so einfach,
210 aber laut eines Papers der NGO „IPES FOOD“ aus dem Jahr 2017 mit dem Titel „TOO BIG
211 TO FEED - Exploring the impacts of mega-mergers, consolidation and concentration of
212 power in the agri-food sector“ generieren die Zehn größten Unternehmen oder
213 Korporationen alleine 90% des gesamten Umsatzes weltweit gesehen, weshalb man dort
214 von einem oligopolistischen Gebilde sprechen kann und sollte. Wenn wir von den zehn
215 größten sprechen, sind hier gemeint: Nestlé, Unilever, Coca-Cola, Danone, PepsiCo,
216 Kellogg's, Associated British Foods, Mondelez, Mars, General Mills und die Kraft

217 Heinz Company, sowie ihre jeweiligen Tochter-, Unterfirmen sowie Zulieferer. Diese
218 "Marktstruktur" lässt sich dann aber auch auf ein so globalisiertes Land wie die
219 Bundesrepublik Deutschland übertragen. Deshalb besteht immer die Gefahr vor illegalen
220 Preisabsprachen, Preisdruck auf Zulieferfirmen und Wettbewerber*innen, welchem sie
221 nicht standhalten können und einem großen politischen Gewicht der Unternehmen,
222 welches schädlich für das demokratische Gemeinwesen ist.

223 Deshalb fordern wir:

- 224 • alle Unternehmen, welche direkt oder indirekt, als Zulieferfirma etc., (mit mehr
225 als einem Prozent) auf diesem "Markt" vertreten sind, im Sinne des Umsatzes,
226 vergesellschaftet werden sollten (Denn ab einem Prozent kann man von einer
227 Einflussnahme auf den „Markt“ sprechen, aber kleine "Krämerläden" blieben davon
228 unberührt)
- 229 • Das sichergestellt werden muss, dass die Angestellten faire und angemessene
230 Löhne erhalten, die den gesetzlichen Vorgaben entsprechen.
- 231 • Das Maßnahmen ergriffen werden, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern (Pausen-
232 und Ruhezeiten, ausreichender Arbeitsschutz, Schulungen zur Vermeidung von
233 Verletzungen und Minimierung von gesundheitlichen Risiken am Arbeitsplatz)
- 234 • dass sichergestellt ist, dass die Mitarbeiter*innen angemessene und
235 menschenwürdige Unterkünfte erhalten.
- 236 • Werkverträge sollten branchenübergreifend abgeschafft und Leiharbeit auf ein
237 Minimum eingeschränkt werden.
- 238 • das Maßnahmen ergriffen werden sollten zur Förderung von Gesundheit und
239 Sicherheit am Arbeitsplatz (z.B Schulungen zur Vermeidung von Verletzungen und
240 zur Förderung des Wohlbefindens)

241

242 **Der Lebensmitteleinzelhandel**

243 Der Lebensmitteleinzelhandel zeichnet sich, wie die Ernährungsindustrie, durch einen
244 oligopolistischen "Markt" aus. Durch diese Stellung der einzelnen Unternehmen,
245 Korporationen und Gruppen haben diese eine besondere "Marktmacht", was bedeutet, dass
246 sie kleinere Akteur*innen unter Druck setzen können, Preise für Zuliefer*innen de
247 facto diktieren und Preisabsprachen und Kartelle wahrscheinlicher werden. Diese
248 Unternehmen haben einen "Marktanteil" von ca. 85% und das alleine nur bei den vier
249 größten Gruppen. Insgesamt sind zu 99% nur 10 Unternehmen vertreten, was dazu geführt
250 hat, dass diese Unternehmen sich den Markt aufgeteilt haben.

251 Bei der Rewe Group und der Edeka Gruppe gestaltet sich die Verstaatlichung aber noch
252 einmal etwas komplizierter. Denn diesen Unternehmen gehören nicht alle Standorte
253 selbst. Denn einige von ihnen gehören Einzelpersonen beziehungsweise werden sie
254 familiär betrieben. Es handelt sich also um ein "Franchise Modell". Auf diese
255 Problematik einzugehen, bedeutet aber nicht, dass mit diesen Einzelpersonen anders
256 "umgegangen" werden sollte als mit den sonstigen Unternehmen im
257 Lebensmitteleinzelhandel. Auch diese Märkte gehören zur Daseinsvorsorge und sollten
258 ebenfalls in die Hand des Staates überführt werden. Zudem stehen vor allem diese
259 Unternehmen aufgrund der hohen Energiepreise deutlich mehr in der Bredouille als die
260 anderen (hierarchisch gestalteteren) Unternehmen.

261 Deshalb fordern wir:

- 262 • Das auf dem deutschen Markt alle Konglomerate und Unternehmensgruppen, welche zu
263 mehr als einem Prozent auf dem "Markt" vertreten sind vergesellschaftet werden
264 sollten (Ausgenommen davon sind hier Unternehmen, welche nur zu einem kleinen
265 Teil Lebensmittel & Getränke verkaufen, sondern vor Drogerieartikel.)

266

267 **Wir müssen die Besitzfrage stellen**

268 Die Sozialisation sollte im Rahmen des Art. 15 GG mit Bezug auf Art. 14 GG bezüglich
269 der Entschädigungsforderungen vonstatten gehen. Wie hoch diese
270 Entschädigungsforderungen am Ende sein werden, das kann hier abschließend nicht
271 geklärt werden und wird gerichtlich verhandelt werden müssen. Ein zu diskutierendes
272 Modell der Vergesellschaftung kann potentiell die Überführung in eine Anstalt des
273 öffentlichen Rechts sein. Dabei muss aber das Verhältnis zwischen Zentralisierungen
274 und Differenzierung bei der Produktion und des Handels in der Ernährungswirtschaft
275 geprüft und ausgehandelt werden. Wichtig ist bei jeder Form der Vergesellschaftung
276 die Staatsferne und demokratische Mitbestimmung innerhalb der Ernährungswirtschaft zu
277 gewährleisten. Verschiedene Modelle zur Umsetzung der Vergesellschaftung können
278 diskutiert werden. Wichtig ist aber: Wir müssen endlich die Besitzfrage stellen! Die
279 Lebensmittelwirtschaft gehört nicht in Privatbesitz!

Antrag W02: Begrenzung von Nebentätigkeiten von Abgeordneten

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Sachgebiet:	W - Wirtschaft und Finanzen

Die Jusos im Bezirk Hannover beschließen:

- 1 Wir fordern eine lückenlose Transparenzpflicht für Nebentätigkeiten und
- 2 Nebenverdienste der Abgeordneten, sowie den Abzug großer Nebenverdienste vom
- 3 Abgeordnetengehalt, damit so insbesondere hochbezahlte Nebentätigkeiten und
- 4 Parteispenden vermieden werden. Wichtig ist hierbei, dass nur der Verdienst von
- 5 einmaligen Kleinstbeträgen nicht anzuzeigen ist, alles andere aber im besten Fall
- 6 automatisiert zu erfassen und der Öffentlichkeit/dem Staat (als Arbeitgeber)
- 7 mitzuteilen ist.

- 8 Ebenfalls wäre ein direktes Verbot der Annahme von Geldgeschenken und jeglicher
- 9 Handlungen für verschiedene Firmen und anderen Personengruppen sinnvoll.
- 10 Selbstverständlich gilt die Beschränkung der Tätigkeiten nur, sofern diese nicht
- 11 durch das politische Amt erforderlich sind. Hierfür wäre eine Sanktionsliste, wie
- 12 beispielsweise im Finanzdienstleistungsbereich denkbar, nach der demokratiefeindliche
- 13 Institutionen wenig, bis gar keinen Einfluss mehr auf unsere Politik nehmen können.

Begründung

Eine der größten Bedrohungen für moderne Demokratien ist der fortschreitende Einfluss von Geldgebern auf die Politik, so dürfen Firmen an Gesetzen mitarbeiten, die sie selbst betreffen, was durchaus sinnvoll ist, da man in vielen Situationen auf das Wissen von Firmenvertretern angewiesen ist. Jedoch ist eindeutig zu viel Einflussmaßnahme möglich, wenn zudem Politiker eingekauft werden können, die dann vorwiegend im Interesse gewisser Firmen handeln können und so Firmen nicht nur an sie selbst regulierenden Gesetzen mitarbeiten können, sondern diese gleich gänzlich im Firmeninteresse geschrieben werden.

Ziel dieses Antrags ist die Vermeidung einer Vielzahl von Interessenkonflikten und Einflussnahmen (im Rahmen von Lobbyismus) auf die Abgeordneten unseres Bundes- und unserer Länderparlamente. Denn wer als Politiker eine Nebentätigkeit größeren Umfangs und/oder größerer Bezahlung annimmt, verfolgt offensichtlich nicht mehr das Interesse hauptsächlich sein Amt auszuüben und verfolgt somit zwangsweise weniger das Ziel seiner Wähler und verfehlt in speziellen Fällen auch den Auftrag seines Amtes. Denn für persönliche Bereicherung wird keiner unserer Politiker gewählt.

Wer Abgeordneter eines Bundes- oder Landesparlaments ist, verdient durch seine Diät in diesem Land mehr als genug, um ein komfortables Leben zu führen und seine dadurch gegebenenfalls gesteigerten Ausgaben zu decken. Eine stärkere Transparenzpflicht und Beschränkung von Nebentätigkeiten sowie der Annahme von Parteispenden kann dazu führen, dass Einflussnahme auf unsere Parlamente und Politiker unterbunden oder mindestens erschwert wird. Ebenfalls wichtig ist, dass das Amt eine Vollzeittätigkeit ist, die großes Engagement vom Abgeordneten verlangt und auch so von den Würdenträgern ausgeübt werden muss, um nicht der Glaubhaftigkeit unserer Demokratie zu schaden. Denn vergangene Interessenskonflikte haben gezeigt, dass durch reine Geldinteresse unsere Demokratie gerne mal untergraben wird.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass so gut wie jedem Arbeitnehmer aus egal welcher

Branche dem Arbeitgeber Nebentätigkeiten genau anzuzeigen und vom Arbeitgeber zu bestätigen sind und dieser auch das Recht hat diese zu untersagen. Dadurch kommt die Frage auf, wieso denn der Staat bisher kaum Einfluss auf die Nebentätigkeiten der Abgeordneten nimmt und beispielsweise nur Nebentätigkeiten, die einen eindeutigen Interessenkonflikt zur politischen Tätigkeit darstellen, untersagt werden.

Ein zentraler Bestandteil einer funktionierenden Demokratie ist die Vermeidung von Korruption seiner Würdenträger. Diese ist jedoch insbesondere durch die zurzeit zulässigen Nebentätigkeiten und -einnahmen von Politikern (wenig Anzeigepflichten und auch erst ab sehr hohen Geldbeträgen) in vielen Fällen kaum zu verhindern und erst im Nachhinein aufdeckbar. So beispielsweise auch insbesondere in den Krisensituationen der letzten Jahre.

Ein viel größeres Problem mangelnder Regulierung stellt aber die mögliche Einflussmaßnahme ausländischer Interessengruppen dar. So können auch demokratiefeindliche Länder, wie beispielsweise Katar und Russland mittels der zurzeit gegebenen Möglichkeiten Lobbyismus zu betreiben Einfluss auf unsere Politiker zu nehmen. Dies stellt in weitere Zukunft gedacht ein ernst zu nehmendes Problem dar, weil diese Länder offensichtlich Interessen verfolgen, die nicht den Interessen der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes entsprechen.